

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Mitmonatspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Reaktion: Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Montags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate lösen die gespaltene Petition oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatvorrichtung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Vellegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gefällsauslage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im vorraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Der Leipziger Stadtrat veröffentlicht die Zahlen über die Verteilung der Wahlstimmen in den sieben Leipziger Landtagswahlkreisen.

Die Leipziger Handelskammer hat es abgelehnt, zwischen Gastwirten und Brauereien in der Bierpreisfrage zu verhandeln.

Der Versuch des Verbandsvorstandes der schwedischen Gelben, seine Mitglieder zum Streikbruch zu kommandieren, ist total mißglückt.

In Pittsburgh wurden elf streikende Arbeiter vom Militär erschossen.

Das „liberale“ Pluralwahlgesetz.

Leipzig, 24. August.

Die Unzinnigkeit des „liberalen“ Pluralwahlsystems, das bei den nächsten Landtagswahlen zum ersten Male erprobt werden soll, wird jetzt alle Tage durch Zahlen in der Presse aus den verschiedenen Wahlkreisen demonstriert. In keinem Falle ist aber bisher die Widersinnigkeit des neuen Wahlrechts so drastisch illustriert worden, wie es durch die Zahlen geschieht, die das Leipziger Wahlamt für die sieben Leipziger Wahlkreise ermittelt hat. Lassen wir die amtliche Tabelle zunächst hier folgen:

Wahlkreis	Summe	eine	zwei	drei	vier
	Wähler	Stimme	Stimmen	Stimmen	Stimmen
1. Innere Stadt, Ostvorstadt, innere Südvorstadt	8424	2746	2822	987	2419
2. Nordvorstadt, L.-Gohlis, L.-Eutritzsch	9886	3588	3282	1140	2001
3. Neustadt, L.-Neuschönfels, L.-Görlsdorf	13514	5870	3680	1088	2848
4. L.-Ang.-Trotten, L.-Sellerhausen, L.-Neussellerhausen, L.-Thonberg, L.-Neudörfchen	6004	3175	1945	657	827
5. Neu-Südvorstadt, L.-Connewitz, L.-Lößnig	11608	4104	2811	1886	3857
6. Westvorstadt, L.-Plagwitz und L.-Schleußig	10624	3151	2450	1207	3807
7. L.-Endenau und L.-Kleinschöner	9580	5145	2504	783	1148
Insgesamt:	70240	27224	17058	7726	17887

Definitiv sind die Zahlen dieser Tabelle nicht, da in der Zusammenstellung die dem 2., 4., 5. und 7. Wahlkreise zugewiesenen Landgemeinden noch fehlen. So fehlt dem

2. Kreise Möckern, beim 4. Kreise Stötteritz, Stünz, Paunsdorf, Schönefeld und Modau, beim 5. Döbeln, Dösen, Probstheida, beim 7. Großzschocher-Windorf und Leutzsch.

An dieser Tabelle fällt zunächst die außerordentliche Ungleichheit der Wahlkreise auf. Die Zahl der Wähler schwankt in den einzelnen Wahlkreisen zwischen 6604 im vierten und 13514 im dritten Wahlkreis. Der Unterschied beträgt hier über 200 Prozent. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese Wahlkreisgeometrie Berechnung ist. Das Verhältnis in den beiden Wahlkreisen würde ein ganz andres geworden sein, wenn, was auch geographisch richtiger gewesen wäre, Reudnitz zum vierten und die beiden Sellerhausen zum dritten Wahlkreis geschlagen worden wären. Dann würde auch keine so große Differenz in der Zahl der Mehrstimmwähler zu verzeichnen sein. Im dritten Wahlkreis wurden 2848 Mehrstimmwähler gezählt, im vierten Kreise nur 827, also über 200 weniger. Ebenso ist das Verhältnis bei den Dreistimmigen: 1666 im dritten und 657 im vierten Wahlkreis, also ebenfalls eine Differenz von rund 1000 Wählern. Die Ungleichheit der Wahlkreise, wie sie zwischen dem dritten und vierten in die Erscheinung tritt, hätte aber sehr leicht beseitigt werden können; wenn es nicht geschehen ist, so merkt man eben die Absicht.

Doch sehen wir von der Wahlkreisgeometrie ab und betrachten wir die Zahlenverhältnisse in den einzelnen und zwischen den verschiedenen Wahlkreisen. In allen sieben Wahlkreisen gibt es 70240 Wähler, von denen 27224 oder rund 30 Prozent eine Stimme, während 43016 oder 70 Prozent der Stimmberechtigten 128532 Stimmen haben. Rechnet man aber die Ein- und Zweistimmigen zusammen, dann haben

45177 Stimmberechtigte 63130 Stimmen,
25063 92526,

oder rund 65 Prozent der Stimmberechtigten müssen

40 Prozent,

35 Prozent der Stimmberechtigten müssen

60 Prozent

der Stimmenzahl überhaupt. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit!

In den einzelnen Wahlkreisen gestaltet sich das Verhältnis hier etwas günstiger, dort dafür um so ungünstiger. Stellt man die Stimmenzahl, die die Ein- und Zweistimmigen aufbringen, der der Dreis- und Vierstimmigen gegenüber, so ergibt sich dieses Bild:

1 u. 2 Stimmen 3 u. 4 Stimmen

1. Wahlkreis	5380	12487
2. "	7997	15144
3. "	12630	16200
4. "	7005	5279
5. "	11726	17486
6. "	8000	18849
7. "	10158	6041

Mit Ausnahme des vierten und siebten Wahlkreises erdrücken also die privilegierten Wähler mit drei und vier Stimmen die große Masse der Wähler mit einer und zwei Stimmen. Relativ günstig liegen die Verhältnisse im vierten und siebten Wahlkreise. Im vierten Wahlkreise bringen die Wähler mit einer und zwei Stimmen nahezu 2000 Stimmen mehr auf als die Wähler mit drei und vier Stimmen; im siebten Wahlkreise hat die erste Gruppe gar ein Übergewicht von 3000 Stimmen. In diesen beiden Wahlkreisen kann also mit Sicherheit auf einen Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten gerechnet werden. Hier handelt es sich aber nicht um die Kalkulation, in welchen Wahlkreisen die Sozialdemokratie eventuell auf einen Erfolg rechnen könnte, sondern um den Nachweis der Ungerechtigkeit des neuen Wahlsystems. Und in dieser Beziehung sagt ein Blick auf die amtliche Wahltafel alles. Die konserватiv-nationalliberale Reaktion hat ihren Zweck, die Arbeiterklasse von neuem zu entrichten, in vollem Umfang erreicht. Wenn unter dem erbärmlichen Pluralwahlsystem ein oder zwei Sozialdemokraten mehr gewählt werden, als unter dem elenden Dreiklassenwahlsystem, so wird die Arbeiterklasse deshalb nicht die Waffen strecken in ihrem Kampfe um das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Mit Feuereifer wird die Sozialdemokratie in allen Wahlkreisen in die Wahlbewegung gehen, um die Wirkung dieses „liberalen“ Pluralwahlsystems zu erproben und vor dem ganzen Lande die Ungerechtigkeit des neuen Wahlsystems zu erhärten. So wird der Wahlkampf die frische, fröhliche Einleitung werden zu dem neuen Wahlrechtskampfe.

Sozialdemokratische Landesversammlung für Sachsen.

Vorversammlung.

Zittau, 22. August.

Die diesjährige sozialdemokratische Landeskonferenz wurde am Sonntag abend gegen 8 Uhr in dem festlich geschmückten Saale des Hotels Drei Kronen eröffnet. Die Delegierten und Komiteemitglieder, etwa 100 an der Zahl, hatten sich schon lange vor Beginn eingefunden, zahlreiche Parteigenossen und Genossinnen waren als Gäste erschienen. Der eigentlichen Eröffnung ging die von den Arbeitergesangvereinen Obersbach, Eisau, Großschönau, Hartau, Leutersdorf, Löbau, Neugersdorf, Obersdorf, Seifhennersdorf, „Echo“ und „Gutenberg“-Zittau stimmungsvoll vorgetragene Uthmannsche Internationale voran. Nachdem die kraftvollen Lieder des alten Kampfliedes verklungen waren, ergriff das Wort der Vorsitzende des Zittauer Wahlvereins

Schmetter-Zittau: Parteigenossen und Genossinnen! Im Auftrage des Lokalkomitees und der Lausitzer Genossen bringe ich Ihnen, den Vertretern des klassenbewußten Proletariats Sachsen, ein herzliches „Glick auf“ zu Ihren Beratungen ent-

Arbeiter, gedenkt des schwedischen Generalstreiks!

Seuilleton.

Der Teufel vom Sande.

Erzählung von Hans Hoffmann.

Nachdruck verboten.
So wurde hierorts erwiesen, was noch heutigen Tages gilt: wer in Pommern schöne Künste einführen will, der soll es mit Vorsicht tun, weil sonst die pommerische Natur sehr stürmisch dagegen revoltiert.

Hierüber verlor die schöne Edelfrau die Lust an der Sache, denn ein Schlößchen mitten in so nichtsahnigem Streusand zu bauen, schien ihr mehr Schimpf als Glanz zu erbringen.

Auch waren ihr die brutalen Gewässer des Osses um dieses Streiches willen ganz verleidet, und sie beschloß, einen Schritt zurück zu tun, und sich lieber an dem andern Ufer des friedlicheren Binnensees anzubauen. Das ward logisch in Angriff genommen, Pfähle in den schwammigen Grund getrieben und darauf zuvörderst zur Probe ihrer Festigkeit ein ziemlich bescheidenes Blockhaus errichtet, das den Namen Jagdschloß nur leihweise und in Vertretung erhalten.

In diesem legte sich die Herrin noch im Laufe des Sommers und genas eines wohlgeschaffenen Töchterchens. Im folgenden Sommer tat sie genau dasselbe, und darüber ward der Bau des Schlosses bis auf weiteres hinausgeschoben. Der männliche Stammhalter hingegen ist ungeboren geblieben bis auf den heutigen Tag.

Um diese Zeit fiel leider das Unheil ins Land, das tausendfaches Entsetzen über alle Städte und Dörfer des armen Pommernlandes schwemmte. Liebe Verbündete des guten Herzogs Bogislaw kamen ins Quartier, die tapferen Wallensteinen, und räumten binnen kurzem mit dem Wohlstande ihrer Witte fast so gründlich auf, als wenn die Ostsee ihren Dünenstrand in der ganzen Länge und Breite über das Land gespien hätte. Auch verhielt sich diese Plage gegen menschliche Unterschiede des Standes und Besitzes fast so unparteiisch wie die Sturmfluten und andre strenge Naturgewalten: Bauer, Bürger, Edelmann und Herzog wurden mit der gerechtesten Gleichmäßigkeit gebrandschatzt und ausgesogen.

So befam von diesem Uebel auch Jochen Kielöwer auf seinen Stolpischen Gütern ein wohlgemessener Teil zu kosten, Vieh und Menschen zerrannen ihm gleichsam unter den Händen wie Schneemänner im Frühlingsregen, die Felder lagen brach, weil niemand sie mehr düngte noch bestellte, und was ihn zu allem Drangsalieren noch am allermeisten verdroß, waren gewisse zutäppische Aufmerksamkeiten, die die Gäste seiner Frau zu erweisen scheiterten, und die nicht ihm allein, sondern sogar ihr selber mißbehagten. Denn ob sie gleich gegen ein gemäßigtes Scharmieren und Käressieren nicht gerade etwas Stichhaltiges einzuwenden hatte, so war ihr die Weise dieser Herren doch ein wenig gar zu ehrlich. Auch ward ihre Hochachtung vor ihren männlichen Tugenden beeinträchtigt durch den ständigen Duft von riesenstarke Getränen, der nicht mehr von ihnen wisch, und durch etliche andre kleine Angewohnheiten.

Am Ende zog er sich mit den Seinen, nebst einem Nestchen von Dienerschaft, in sein stilles Blockhaus am Lebäse zurück, die andern Güter der Fürsorge des lieben

Gottes überlassend. Dort sahen die Kielöwer zusammengebaut in den Sümpfen und mussten sich nicht, ließen das Elend draußen tobten und ruhten in Sicherheit. Denn wie überhaupt der östliche Landstrich von dem Greuel so ziemlich verschont blieb, so drang in diese stillen Wildnis erst recht niemals ein feindlicher Fuß. Zuweilen wagten sie wohl, stießen die Köpfe heraus und zeigten sich im Stolpischen; doch allemal schier im Handumdrehen waren sie wieder da und hartrten im verborgenen besserer Zeiten.

Die Jahre des Harrens kamen und gingen und mehrten sich; denn als die Kaiserlichen endlich mit Stank geschieden waren, fanden sich die Schweden ein, ebenso liebe Verbündete des guten Herzogs Bogislaw, trieben es erst eine kurze Weile mit trüglicher Milde und danach noch etwas ärger als die Wallensteinen zuvor.

Bei solchem stillen Leben aber gebiehen die Kielöwer nicht zum Schlechtesten, die zwei kleinen Fräuleins sogar fast übersüßig gut, denn nicht nur, daß sie köstlich prall genährt waren von Hirshbraten und Lachsleisch, vertraten sie auch eine solche Kraftfülle des Übermuts, daß ein schwedischer Feldoberst daran eine ungleich größere Freude möchte gehabt haben, als fromme Eltern und Erzieher.

Nun hatte sich im Anfang, als man das gebliebene Gesinde musterte, darunter auch ein alter Pastor vorgefunden, den man da behielt, teils aus Barmherzigkeit, teils weil er sich zu mancherlei Dingen brauchbar erwies. Es ward eine Dachkammer zur Haussapelle eingerichtet, und daselbst waltete er Sonntags mit Freuden seines Amtes. Außerdem war er zu benutzen zum Fliegen, Schuhflicken, Perückenmachen und Lockendrehen, Rüben-

gegen. Wie Tausende und Abertausende von Arbeitern im tiefen Schacht nach diesem Gruss schmachten, der ihnen die Freiheit aus dem Feste der finstern Erde bringt, so hängen Tausende von Arbeitern der Finanz- und Sachsen an den von Ihnen in den nächsten Tagen gepflogenen Beratungen, von denen sie neue Möglichkeiten und Sichtpunkte im Kampfe gegen die Reaktion in der engeren Heimat erwarten. Als Vertreter der Sächsischen Sozialdemokratie sind Sie gekommen, um dafür zu sorgen, dass Taktik und Praxis mit dem Denken der in jahre Alteit tätigen politisch organisierten Arbeiterschaft gebracht werden. Eine Heerschau soll es sein, um in großen Zügen die praktische Tätigkeit jedes Einzelnen, die im Gesamten zum Ausdruck kommt, einer Betrachtung zu würdigen. Aber genau so, wie das sächsische Proletariat an Ihren Beratungen hängt und sie beobachtet, genau so werden ungleich stärkere Scharen bürgerlicher Gegner, Freunde der Reaktion ihre Augsaugen nach dem östlichen Winkel Sachsen, um für sich eine Gelegenheit an erhalten, deren sie sich im Kampfe gegen das vorwärtsstreitende sächsische Proletariat bedienen wollen. Sachsen's Proletariat sieht gern da und wird zur Einheit im großen beitragen. Die vermeintlich Niedergeritzten wird das mit neuer Hoffnungsfreudigkeit nach den Beratungen erschließen. Ob die bürgerliche Reaktion von denselben Hoffnungen getragen ist, ich wage es zu verneinen, denn das verräderische Spiel, das sie neuerdings mit den Kräften des Volkes gespielt haben, dürfte ihnen die Hoffnungen nehmen. Zwei Arbeiterparlamente werden in diesem Jahre in Sachsen tagen. Im Osten das Parlament der sächsischen und im Westen das Parlament der gesamten deutschen Sozialdemokratie. Mögen sich unsere Hoffnungen, die wir an beide knüpfen, im vollen Maße erfüllen.

Die Oberlausitz ist kein historischer Boden der deutschen Arbeiterbewegung, gleichwohl haben wir aber auch hier Dinge zu verzeichnen, an denen wir deutlich den Wandel der Zeiten, die Spuren eines Vorwärtsdringens der modernen Arbeiterbewegung erkennen und schätzen können. Ein seltames Zusammentreffen ist es, dass auf derselben Scholle, auf der vor zwölf Jahren Juttaus Arbeiterländer zum ersten Male mit dem Ried der Arbeit an die Deutschnationalität traten, gegenwärtig das sächsische Proletariat sein Parlament tagen lässt. Vier Jahre Parteigeschichte zählte damals die Arbeiterschaft des ersten Kreises. Was unter der Leibnitzbauer des verbliebenen sächsischen Juwels an Schikanen erbaut werden konnte, was überreicher Kulturreichtum erstritten konnte, das wurde auch in unserer Stadt, die unter liberaler Obhut stand, der Arbeiterschaft angezeigt. Doch ich konstatiere mit Genugtuung, dass auch hierin eine Handlung zum besseren, zur vernünftigeren Auffassung der Dinge sich vollzogen hat, nicht etwa um der schönen Augen der Arbeiterschaft willen, sondern weil man sich sagte, es muss doch nichts. Mit Freuden aber muss ich die hiesige Arbeiterschaft an die Zeit zurückzurufen lassen, in der kleine schwache Arbeiterscharen für die heilige Sache des Proletariats tätig waren. Klein war die Schar, aber um so mächtiger ihre Waffe, mit der sie Gerechtigkeit für das darbende Proletariat an erkämpfen sich anschickten. Der von den Gegnern gefürchtete, in Berlin herausgegebene Sozialdemokrat drang im Jahre 1868 zum ersten Male und in einem Exemplar in unsere Heimat. Das verheißende Wort Sozialismus sammelte bald einige Anhänger für unsere Sache. Ein halbes Dutzend Arbeiter war es, das bald die politische Situation belebte. Ihr Kampf war schwer, weil der Gedankengang der Oberlausitzer Arbeiterschaft von Natur aus schwierig veranlagt, sich ihnen entgegenstellte. Aber doch war es möglich, im Jahre 1871 829 Arbeiterstimmen um das Banner der Sozialdemokratie zu sammeln. Bis zum Jahre 1878 hatte sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen mehr als verdoppelt. Und auch die Schrecken verbreitende Zeit des Sozialistengesetzes verhinderte das Wachstum dieser Zahl nicht zu verhindern. Trotz der Schikanen, trotz der Machinationen gingen es vorwärts. Den Handlungen, die allerorten stattfanden, mussten sich auch die hiesigen Genossen unterziehen und wohl fühlte ein Ausspruch unseres verstorbenen Karl Mühlbach die Überschreitung erkennt, mit der unsere Genossen arbeiteten.

Als einmal ein Polizeibeamter während dieser Zeit ihm vorhielt, er habe verbotene Schriften verteilt, da sagte er ihm kurz: „Ah, was verkehrt du davon, du verkehrt einen Dreißig davon!“ (Große Heiterkeit.) August Bebel und Liebknecht, deren Namen einen guten, aber auch mahnenden Klang haben, weilten öfters in diesen Mauern. Vier Jahre nach dem Falle des Sozialistengesetzes traten 22 Genossen zur Gründung des Sozialdemokratischen Vereins zusammen, der heute auf über 1000 Mitglieder angewachsen ist.

Wenn ich trotz dieser Dinge behalte, dass die Oberlausitz kein historischer Boden der Sozialdemokratie sei, so lässt sich aber auf der andern Seite behaupten, dass er ein solcher für den Kapitalismus war. Die Textilindustrie ist uralt im Bezirk, aber so alt sie ist, so alt sind auch die Klagen über die schlechten Löhne, mit denen die Textilarbeiter ihr Dasein fristen müssen. Als im Jahre 1883 Wahlrecht im Auftrag Lassalles im nahen Neugersdorfer Vertrag erstatte, kam den Handwerbern und Fabrikarbeitern das ganz besonders zum Bewusstsein, und es machte sich sogar Streitlust in ihnen bemerkbar. Aber das kapitalistische Joch war stärker als sie, es hielt sie gefangen und sie mussten sich flüchten, weiter dachten. Es gibt wohl nicht viele

puppen, Einheizer, Bettstopfen und andern feineren Diensten im Haushalte.

Diesem übertrug man nun mehr auch die Erziehung der Kinder; doch das war ein Fehlergriff, denn sie vermochten ihn weltweit besser in Jucht zu halten, als er sie, so sehr waren sie ihm an Willenskraft und andern einschlägigen Tugenden überlegen.

So mussten sich denn die Eltern selbst darangeben, die Sitten ihrer Töchter zu regeln. Auch versuchte das Jochen mit aller ihm gewohnten Geschicklichkeit: jede Uebelheit erhielt einen sorgsam bemessenen Lohn in Gestalt einer festen Zahl von Rutenstreichen; jedoch erfand es sich bald, dass auch sein Gemüth zu weich war, das eigne Fleisch und Blut ohne große Qual alltäglich zu hauen; auch glich ihre Tatkräft in allem, was Unart hieß, den Wucherkräutern, welche nach allem Beschneiden und Unrufen nur immer lustiger aussiehen und um sich greifen.

Da fand seine Gemahlin mitleidig einen Ausweg. Sie schlug vor, nach Art hochfürstlichen Erziehungshaushalts einen Prügelnabend anzuschaffen, der das grösste an Strafen auf sich nähme. Es war dies ein Luxus, den die Ungunst der Seiten noch eben zu erlauben schien; auch tat ihr der Gedanke wohl um des vornehmen Geschmäckleins willen: denn die Krantheit des Grönenwahns brachte ihr immer wieder durch, gleichwie das Krebsbeil, an einer Stelle durch Schnitt besiegt, gemeinlich an einer andern wieder zutage tritt.

Jochen Kielow er begab sich alsbald nach Leba und noch etwas weiterhin auf die Suche. Es war aber in jenen Jahren nichts leichter, als verwaise Kinder aufzutreiben, da solche vielmehr schier an allen Strafen herumließen wie herrenlose Hunde. So fand er denn bald ein strammes Bürschchen, das ihm für seine Zwecke ausnehmend gefiel. Es mochte einige Jahre mehr als seine Töchter jähren, war nur erst mäßig angehungert, und seine Kleidung schien nach Schnitt und Standhaftigkeit von besseren Tagen zu erzählen. Er hatte flachsblonde, sehr

Industriebegleite, in denen der kleine Unternehmer so schnell zum Großkapitalisten wurde, als der Lausbub. Und das war in der Lausbub möglich, weil die Arbeiter mit einem Arbeitslohn aufzufinden sein mussten und müssen, der ihnen kaum das Notwendigste zu schaffen ermöglichte. Mann, Weib, die älteren Kinder selbst müssen mit für den Unterhalt sorgen, wenn anders die Familie nicht noch schneller dezimiert soll. Löhne von 6 bis 10 M. pro Woche, oft nur die Hälfte werden gezahlt, das befagt genug. Und selbst von diesen schon ohnedies schlechten Löhnen treut sich der Unternehmer noch Abzüge zu machen. Gestern mittag sprach ich mit einer Weberin, der 1.80 M. pro Stück abgezogen worden waren. (Viel-Muse.) Auf Grund solcher wirtschaftlicher Verhältnisse ist es kein Wunder, wenn die Wirtschaftsüberblick der Zittauer Handels- und Gewerbeamtssammler, die Vertreterin der Industriellen, vom Jahre 1908 konstatiert, dass die Krise im hiesigen Bezirk nicht so allgemein wirkte, als in andern, das heißt, Konkurse nicht so allgemein üblich waren. Bisschen beweisen etwas anderes, aber fast die Arbeiterschaft. Während in den Jahren 1900 bis 1907 die Arbeiterzahl um 7000 wuchs, ging sie im Jahre 1908 um 1000 zurück. Und darunter waren unsere besten Arbeiter. In den Jahren 1905 und 1906 wuchsen die Erwerbslebensdauern nur so aus der Erde heraus. Das läuft auf ein Flotteren der Industrie schließen, und wenn die Textilarbeiter in dieser Zeit um eine kleine Lohn erhöhung einzuhalten, dann wurden sie abgewiesen. In einigen Dörfern flüchten die Industriellen sich dem Druck, den die Arbeiter vermögen ihrer Organisation auszuüben imstande waren. Die Gewerkschaften haben also noch ein weites Feld zu bearbeiten. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ist in den letzten fünf Jahren ganz besonders gestiegen, so dass wir heute im ersten Kreis circa 5000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben. Daran und an der Mitgliederzahl unserer politischen Organisation ist zu erkennen, dass wir unser Ziel noch lange nicht erreicht haben.

Bei Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse weiß jeder zu beurteilen, warum die Unternehmer die gelben Gewerkschaften auch im hiesigen Kreise ins Leben riefen. Der Landesversammlung liegt nun ob, nicht nur Heerschau zu halten und an dem Gang der Dinge Kritik zu üben, sondern sie hat auch besonders mit zwei wichtigen Fragen sich zu beschäftigen, dem Gemeindewahlprogramm, das uns eine Möglichkeit für uns in den Gemeindewahlen tätigen Genossen geben soll, ferner mit der Frage der Reichsfinanzreform und mit den bevorstehenden Landtagswahlen. Hier gilt es, für die bürgerliche Reaktion eine moralische Niederlage zu bereiten. Das Pluralsystem hat dem Dreiklassensystem nichts voraus. Es nähert die Wähler nur noch mehr wie das erste. Aber trotzdem müssen wir wählen. Der Kampf ist schwer, wir haben es hier in unserem Kreise besonders mit dem Freistaat zu tun. Wer den Freistaat kennen lernen will, der muss zu uns nach Zittau kommen. Mit dem Freistaat ist es seit Jahren immer mehr bergab gegangen. Die Situation wird am besten gekennzeichnet, wenn man bedenkt, dass Zittau im Jahre 1848 den Präsidenten für den demokratischen sächsischen Landtag stellte. Es dirigierte die Delegierten eine Genehmigung bereiteten, zu sehen, wie das Interesse der Zittauer Arbeiterschaft an der Tagung des sächsischen Arbeitersparlaments auch bei uns gewahrt ist. Von der Tagung der Landesversammlung erhielten sie das Erste besserer Verhältnisse. Das kann aber nur werden, wenn auch heute jeder den Schwur mit nach Hause nimmt, zu wirken für die Stärkung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zur Vermehrung der Leser der Arbeiterpresse. Wenn die Arbeiterschaft den mahnenden Worten, die auf der Landesversammlung zum Ausdruck kommen, folgen, dann müssen Karl Haups Worte wahr werden:

Es strahlt die Flur
Im gold'nen Sonnenlanze
Und überall trägt sie die Spur
Vom lichten Siegeskrone —
Wohlauf zum Kampf mit Kraft und Racht,
Auf daß auf dieser Erde
Auch und der Freiheit Sonne lacht,
Dem Geist ein Frühling werde!

Im Auftrage des Zentralkomitees spricht sodann Genosse Sündermann-Dresden dem Vorredner und der ganzen Zittauer Volksverwaltung namens aller Delegierten und Gäste herzlichen Dank für seine warmen und herzlichen Begrüßungswoorte aus. Wer die Verhältnisse in der Oberlausitz kennt, wird bestätigen müssen, dass die heutige Landesversammlung eine glänzende Quittung für die Entwicklung des Sozialismus bedeutet. Als ich vor 18 Jahren zum ersten Mal nach der Oberlausitz kam, konnte man hier von dem Vorhandensein einer sozialdemokratischen Bewegung noch nicht reden. Es war selbstverständlich, dass uns kein Vorsatz zur Verschließung stand, in kleinen Zimmern und im Freien mussten wir versuchen, neue Anhänger für die Partei zu gewinnen. Die seitdem verflossene Zeit ist so kurz, dass sie fast gar nichts bedeutet in der Entwicklungsgeschichte der politischen Parteien Deutschlands, und doch ist in dieser kurzen Zeit in der Oberlausitz ein ruhiger Fortschritt erzielt. Im Jahre 1891 waren in den drei Kreisen der Oberlausitz 1405 Genossen organisiert, im letzten Jahre waren es bereits 2493. (Bravo!) Genau die gleiche Entwicklung zeigt sich bei den

steifen Haare, die nach allen Seiten kräftig von seinem runden Kopf abflohen, und zwei dunkelgraue, grosse Augen, die gegen den Fremden Blüte eines treuerherzen Trozes schoßen. Auf dessen Fragen wußte er kaum etwas Rechtes vorzubringen, als dass er Barnim hieß; alle andern Erinnerungen waren in den Schrednissen der jüngsten Zeit als in einem blutigen Meere untergegangen. Und da ihn später keine Seele mehr danach fragte, so blieb seine Vergangenheit für ihn und andre vergessen und verschlossen.

Joachim von Kielow er nahm ihn mit sich und brachte ihn nach Hause. Die beiden Mädchen empfingen ihn mit Jubelgeschrei, teils weil sie seine Bestimmung kannten, teils weil sie in ihm sich einen fröhlichen Helferschelcher ihrer Schelmenstreiche erhofften. Auf jeden Fall sündigten sie gleich am ersten Tage noch um vieles freudiger dahin, als sie es sonst schon gewohnt waren.

Da nun abends dem kleinen Barnim die Pflichten seines neuen Berufs mit ernsten Worten vors Auge gerückt wurden, machte er ein verworrenes und fast dummes Gesicht, als ob er durchaus nicht begreifen könnte, was doch so einfach war. Erst die bedeutenden Schwankungen der Haselrute in der gelassenen Faust seines neuen Pflegers oder Brügelvaters und dazu die feierliche Aufzählung der Tagesfünden, so die zwei niedlichen Klefschen sollten zustande gebracht haben, schien ihn ein klein wenig im Verständnis des ungewohnten Rechtsverhältnisses zu fördern.

Endlich nach Verkündigung des Spruches geschehen gemäß gefragt, ob er noch etwas vorzubringen habe, antwortete er mit einem Blick treuerherzen Wohlgefällens auf die schöne Hausherrin: „Die Frau da soll mich schlagen.“

Man legte es ihm als Schläueheit aus, als ob er meinte, ihre zartere Kraft werde die Streiche minder empfindlich machen. Allein auch nachdem er beide Nachrichten durchgeprobt und viel eher das Gegenteil erfahren hatte (denn Jochen war etwas träge von Natur und erinnerte

Reichstagswahlen. Im Jahre 1871 wurden in allen drei Kreisen 820 Stimmen abgegeben, im Jahre 1884 2308, im Jahre 1891 13747, im Jahre 1903 31790 und im Jahre 1907 30052. Das ist der Beweis geleistet, dass die Bewegung nicht nur oberflächlich eingesetzt hat, sondern dass der Sozialismus tiefe Eindrücke ist in die Kreise der Oberlausitzer Arbeiter. Denn es ist selbstverständlich, dass andernfalls der Rückzug bei den lebhaften Reichtagswahlen ein viel ungeheuerlicher gewesen wäre. (Sehr wahr!) Bedenkt man die sprunghafte Entwicklung in den letzten Reichstagswahlen die bürgerlichen Parteien alles verbanden und nicht nur die Reichstagssitze an entzogen, sondern auch die Herzen der Oberlausitzer Arbeiter abwendete, und das wir trotzdem über 30000 Stimmen heranzogen, so wissen wir, dass man versucht hat, was man will, regen lassen kann, und das trotzdem die Oberlausitzer Arbeiter fest zu uns stehen und in ihrer Meinung nicht zu beeinträchtigen sind. (Sehr richtig!) Das beweist auch, dass nach den letzten Reichstagswahlen die Gründung einer selbständigen Presse für Fortschritt von der Landesversammlung anerkannt wird, und man dabei hinzufügt, dass die Arbeiter hier unter den miserablen Verhältnissen zu leben haben. (Sehr richtig!) Wir können Vergleiche ziehen zwischen den Verhältnissen in der Oberlausitz und denen im Erzgebirge. Aber im Erzgebirge ist die Bewegung älter, und Agitatoren von guten, alten Klingenden Namen waren nicht möglich gehalten habe; denn wenn die letzten Jahre auch spärlich an unseren Organisationen und dem Ausbau unserer Presse vorübergegangen sind, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen sich auch verschlechterten, so wissen wir doch, dass, wenn bessere Tage anbrechen, die Oberlausitzer Arbeiter mit allen Kräften wieder tätig sein werden für die Organisation. Auch seitens derjenigen, die immer vorgeben, ein warmes Herz für die Arbeiter zu haben, und die bei den letzten Reichstagswahlen betonten, dass sie nicht nur die Fortentwicklung der sozialen Gesetzgebung im Reichstage befürworten würden, sondern dass sie auch für eine Verbesserung der Erfahrungsbefreiungen der Arbeiter eintreten würden, sind die Arbeiter betrogen; diese Leute sind ja nie gewohnt, ihr Wort zu halten, und die Oberlausitzer Arbeiter wissen, dass sie von allen bürgerlichen Parteien in gleicher Weise stets ignorieren sind, denn die Ausbeuter sind sich alle gleich, ob sie konservativ, nationalliberal oder freisinnig sind, und deshalb ist es kein Wunder, wenn die letzten Jahre vom Unternehmertum dazu benutzt wurden, um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu bekämpfen in einer Art und Weise, die jeder Beschreibung spottet. In seinem Bezirk in ganz Sachsen ist so intensiv gearbeitet worden, um die sogenannten vaterländischen Streikbrechervereine, die gelben Gewerkschaften, ins Leben zu rufen, wie hier in der Oberlausitz. Aber wir wissen, dass diese Anstrengungen nicht die Erfolge bringen können, die das Unternehmertum gewünscht hatte. Die Erfolge sind so minimal, dass wir angesichts der Landesversammlung sagen können, dass im wirtschaftlichen Leben jene Giftpflanzen von Organisationen, die vom Unternehmertum geschaffen und dann vertrieben waren, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verschlechtern, der Vergangenheit angehören, und dass unsere modernen politischen und wirtschaftlichen Organisationen wie in der Vergangenheit sich auch in der Zukunft weiter entwickeln werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Landesversammlung konstituiert sich sodann. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden gewählt Lipinski-Leipzig und Schmitt-Zittau, zu Schriftführern Leuthold-Dresden, Müller-Genthin, Nyssel-Leipzig und Lorenz-Niederplathn.

Die Mandatserklärungskommission setzt sich zusammen aus den Genossen Blasche-Freiberg, Höhne-Böbau und Krause-Eugen.

Die vom Zentralkomitee vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Zentralkomitees.
 - a) Organisation und Agitation. Referent: Karl Sündermann.
 - b) Kassenbericht. Referent: Ernst Braune.
 - c) Unser Gemeindewahlprogramm. Referent: E. Schulze.
2. Die Landtagswahlkandidaten.
3. Bestätigung der Landtagswahlkandidaten.
4. Die Reichsfinanzreform. Referent: Erich Geyer.
5. Anträge der Parteigenossen.
6. Wahl des Ortes für das Zentralkomitee.
7. Wahl des Ortes für die nächste Landesversammlung.

Unter Ablehnung eines von Sündermann befürworteten Antrages Nyssel-Leipzig, Punkt 4 an zweiter Stelle zu beraten, wird die Tagesordnung genehmigt.

Gleichfalls genehmigt wird die vom Zentralkomitee vorgeschlagene Geschäftsordnung.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Montag 9 Uhr vertagt.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

leicht inmitten einer Arbeit), so blieb er doch bei seiner Bitte und wiederholte: „Die Frau soll mich schlagen, weil sie so rein ist.“ Er deutete dabei mit grossem Ernst auf die schimmernde Weise ihrer Hautfarbe.

Das erfreute sie, und sie war nun auch überzeugt, dass ihr Gemahl diesmal das Rechte getroffen habe, wovon sie sonst beinahe noch etwas schwerer zu überzeugen war als andre Frauen.

Unter dem Stäuben aber, so lange es währte, gab der Knabe nicht einen einzigen Laut zu hören, sondern bis die Zähne zusammen und duldet standhaft. Dahingegen die armen Mädchen heulten trostlos fort und lachten kein Nachlassen. Die Strafen des Knaben aber nahmen sie hin mit Kummer als eine schwere Schidung, die extragen werden musste wie die Plagen des Himmels.

Auch die andre Hoffnung trog, dass der junge Barnim gemäß seinen etwas reiferen Jahren einen misbernden Einfluss auf ihre Sitten üben werde: vielmehr schien es seine eifrigste Sorge zu sein, die täglich für andre erduldeten Züchtigungen sich in Wahrheit selbststätig und aus eigener Kraft durch ungähige schwere Strafstaten redlich zu verdienen. Nur gegen den Abend nach der Prügelstunde flegte er sich so schachmatt zu fühlen, dass eine Rettung zu den Wissenschaften in ihm erwachte. Dann begab er sich still in das Kämmerlein des alten Pastors und empfing von dessen liebevoller Geduld die ersten Anleitungen in der Schreib- und Lesekunst, sowie im größten der Gottesgelandtheit. Er lernte diese subtiles Dinge ebenso leicht und frisch wie die wilden Künste der kleinen Gefährtinnen,

(Fortsetzung folgt.)

1. Beilage zu Nr. 194 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 24. August 1909.

Politische Uebersicht.

Die Budgetfrage in England.

Wie vorauszusehen war, ist die englische liberale Regierung dem Konflikt mit den Lordskammern aus dem Wege gegangen. Es wird erinnerlich sein, daß manche Lords mit der Verwerfung der Finanzbill drohten, weil sie eine Klausel enthielt, die seineswegs als ihr Bestandteil betrachtet werden konnte. Das war die Klausel über die Schädigung der Ländereien. Natürlich war dieser konstitutionelle Einwand nur ein Vorwand, um der gesamten Finanzreform, die eine dreifache Bodensteuer zum ersten Male schuf, los zu werden, und die jüngeren Mitglieder des Kabinetts erklärten sofort, daß wenn es dazu kommen sollte, die liberale Partei nicht zögern werde, den Kampf mit den Lordskammern aufzunehmen. Wir haben aber bereits damals (siehe den Leitartikel "Die liberalen Verfassungswidder" in Nr. 167) vorausgesagt, daß diese tapferen Worte eitel Wind sind. Die Regierung hat sich wirklich besonnen und hat die Schädigungsklausel fallen lassen. Sie hat die Kosten — etwa 2 oder 3 Millionen Pfund — auf sich genommen, dadurch die Klausel zu einer rein finanziellen gemacht und somit dem Konflikt mit den Lords vorgebeugt. Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit.

Nach diesem und vielen anderen Zugeständnissen an die Landlords kann jetzt die englische Finanzklausel als glücklich unter Dach und Fach gebracht gelten. Es muß noch immer zur Ehre der englischen Regierung anerkannt werden, daß sie nicht so gern wie die deutsche vor dem Untertanen zu kapitulieren bereit ist. Die Grundsteuern sind bestehen geblieben, und die Junker werden sich mit ihr abfinden müssen. Anderseits bleibt freilich bestehen, daß die ganze Summe der Neubelastung des Bodens nur etwa 10 Millionen Mark von den gesamten zur Deckung des Defizits erforderlichen 320 Millionen Mark ausmacht. Dagegen haben die Arbeiter in der Form von indirekten Steuern, und zwar auf Tabak und Bier, eine neue Last von 120 und mehr Millionen Mark zu tragen. Von dieser Seite aber traf die Regierung auf keinen Widerstand. "Seit das Budget eingebrochen worden ist," erklärte vor einigen Tagen der Premierminister Asquith auf einer öffentlichen Versammlung, „bekomme ich fast jeden Tag Beschwerden über diese oder jene Vorschift im Budget, aber noch kein einziges Mal habe ich von irgendeiner Versammlung oder Organisation der Arbeiter gehört, die sich über die neuen Steuern beklagt hätte.“ Tatsächlich erklärte Keir Hardie großmütig, daß die „Arbeiterklasse immer bereit sei, ihren Teil der Ausgaben des Staates zu tragen“, und die Arbeiterpartei trat mit Begeisterung für das Budget ein. Für sie sind die Landklauseln nicht etwa bloß eine neue Einnahmequelle des Staates, sondern der Beginn der Expropriation von Grund und Boden. Kein Wunder, daß es der Regierung endlich gelungen ist, ihre Finanzreform durchzuführen. Die Arbeitermassen, von ihren offiziellen Parlamentsvertretern geleitet, zahlen ihre 120 Millionen „gern“, und der hartnäckige Widerstand der Lords, gegen die 10 Millionen wurde durch Konzessionen halbwegs, gebrochen.

Das Verhalten der Arbeiterfraktion in der Budgetfrage kann wohl als ein Beitrag zur Erkenntnis des Wesens dieser Partei dienen. Gescheiter noch als die amerikanischen Gompers gebärden sich die Vertreter und Leiter dieser Partei auf ihren Reisen im Auslande als Vollblutsozialisten, die, wie der Herr Macdonald auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart im Jahre 1907, zwar viel vom Klassenkampfe sprechen, sind sie aber erst wieder zu Hause, dann handeln sie wie waschende Liberalen und wenden alle Mühe daran, den Klassenkampf zu vertuschen. Das nennt man „praktische Politik“ — praktische in dem doppelten Sinne, daß man zu Hause eine glatte parlamentarische Karriere macht und zur selben Zeit die internationale Bewegung irregeführt und sie gegen die englische Sozialdemokratie ausspielt.

Deutsches Reich.

Das Ende der Diamantenträume.

Alle, die da glauben an die Worte Dernburgs, müssen es bitter büßen. Nun scheint die Reihe auch an Herrn Schlutius in Karow (Mecklenburg) gekommen zu sein. Herr Schlutius ließ bekanntlich nach dem letzten Preissturz die Shares der South African Territories für seine Rechnung vom Schaffhauser Bankverein auslaufen, er hoffte durch die Neu gründung der Kharas-Kompanie, der famosen „Tochtergesellschaft“, wieder Geld ins Geschäft der Territories zu bringen, war er doch der Unterstützung der hohen Regierung für sein „nationales“ Unternehmen gewiß. So konnte Herr Schlutius auch eine neuerliche Preiseiteigerung der verkrachten, billig erworbenen Shares und damit einen netten Profit erwarten.

Nachdem die Presse den Humbug der Gründung einer Tochtergesellschaft aufgedeckt hat, beginnt jedoch die offenkundige Verantwortung für die zukünftige Entwicklung der Dinge Herrn Dernburg, der der neuen Gründung erst wohlwollend entgegenkommt, ernstlich zu belasten. Darauf ist eine heute erschienene Verlautbarung der Regierung zuzuführen, die erklärt:

Verhandlungen über diesen Gegenstand (über die Gründung der Tochtergesellschaft) zwischen dem Reichs-Kolonialamt und den betreffenden Gesellschaften haben nicht stattgefunden. Die Beziehungen des Staatssekretärs zu dem Unternehmen beschränken sich auf die Entgegennahme einer Mitteilung über die erfolgte Gründung der Gesellschaft. Bei dieser Gelegenheit hat der Staatssekretär seiner Genehmigung Ausdruck gegeben, daß deutsches Privatkapital — und zwar, wie aus der Mitteilung hervorging, ohne Appell an das Publikum — bereit sei, wesentliche Summen zur Erfüllung des Südwestsafarischen Schutzgebietes aufzubringen. Es wurden dabei gesprächsweise die technischen Mittel und Wege berichtet, wie diesen Zielen am ehesten näher zu kommen wäre. Der Gründer der neuen Gesellschaft ist dem Staatssekretär persönlich unbekannt. Meldungen über eine im Zusammenhang mit der Neu gründung stehende Rolle des Staatssekretärs nach Mecklenburg oder Ostende gehören in das Reich der Fabel. Ein Antrag auf Genehmigung der Ueber-

führung der Rechte der Territories Limited auf die neue Gesellschaft ist bisher bei dem Reichs-Kolonialamt nicht gestellt. Die Frage der Zulässigkeit wird der Prüfung durch die Reichs-Konsulat unterliegen, und die Übertragung, soweit das Reichs-Kolonialamt zuständig ist, jedenfalls nur dann genehmigt werden, wenn durch dieselbe die Interessen des Schutzgebietes und des Publikums in ausreichendem Maße geschützt erscheinen.

Herr Schlutius wird diesen verspäteten Rückzug Dernburgs mit dem Verlust eines guten Teiles der in Shires angelegten Gelder bezahlen müssen, denn mit der Erklärung der Regierung muß auch der lezte Rest von Vertrauen gegen die neue und die alte Gesellschaft schwinden. Herr Schlutius erließ gestern noch einen urkundlichen Aufruf an die Besitzer von Shares, indem diese aufgefordert werden, ihre Papiere vertrauensvoll weiter zu behalten, da es ja möglich sei, daß doch noch Diamanten gefunden würden. Heute erläßt Herr Schlutius bereits eine Erklärung, die sich nur mehr auf Spekulationsinteressen beruft, von der Möglichkeit eventueller Diamantensuche aber völlig abstieht. Die Erklärung lautet:

An die Besitzer von Shares der South African Territories Limited, London. Ich bringe hiermit zur Kenntnis der Interessenten, daß mein Besitz an Shares der South African Territories Limited, London, auf hundertfünfzigtausend Stück gestiegen ist. Die Erhöhung ist dadurch hervorgerufen, daß ich im Interesse der Erhaltung des Kurzes und um Schädigungen der Sharesbesitzer vorzubeugen, mich genötigt sah, das Blankoangebot per Ultimo August aufzunehmen. Mein Besitz kann eine weitere Steigerung erfahren durch dienten Blankoangebot, welche an der heutigen Londoner Börse noch per Ultimo August gemacht werden sollten und die ich aus gleichem Grunde akzeptieren muß. Ich werde meinen gesamten Besitz behalten und ihn zu treuen Händen der Reichsbank übergeben. Da die Shares der South African Territories circa vierhundertachtzigtausend Stück betrügen, so wird durch die Festlegung meines Besitzes die Möglichkeit entfallen, die Shares der South African Territories zu Blankospekulationen zu benutzen. Auf Grund der Kenntnis allen bis jetzt zugänglichen Materials richte ich an alle Sharesbesitzer nochmals in ihrem eigenen Interesse das dringende Eruchen, ihren Besitz vertrauensvoll festzuhalten. J. Schlutius-Karow.

Herr Schlutius wird mit diesen flehentlichen Bitten die Angst der Gepperten nicht beseitigen und ein massenhaftes Ausgebot der Shares kaum verhindern. Das massenhafte Ausgebot bedeutet aber einen neuerlichen rapiden Kurssprung, der vor kurzem unter dem Vorwand der von der Regierung protegierten Kharasgründung in die Höhe getriebenen Shares und damit — den endgültigen Zusammenbruch des ganzen Bürgengebäudes. Herr Dernburg hat wie Herr Schudmann eben rechtzeitig gesprochen —, um eine neue Katastrophe herbeizuführen. Daß auch betrogene Betrüger unter den Geschädigten sein werden, dürfte den Gepperten wenig Trost bieten. Die Kolonialpolitik Dernburgs ist ein teures Vergnügen.

Die Leipziger Volkszeitung in Niedersachsen.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Kaiserliches Postamt 10. Leipzig, den 21. August 1909.
Konto Nr. 8 beim Postschreinamt Leipzig.
Das Kaiserliche Russische Postamt in St. Petersburg wünscht die Streichung der im dritten Vierteljahr 1909 bestellten und bis 18. August auch gelieferten 11 Exemplare der Leipziger Volkszeitung. Es wird um ges. Mitteilung gebeten, ob diese entsprochen werden soll; anderfalls wollen Sie angeben, ob Sie damit einverstanden sind, daß den Beziehern ein Teil des Bezugspreises erstatzt werde.

J. V. Portasjewicz,
Die Leipziger Volkszeitung ist natürlich bereit, wenn sich Ihre durch das Petersburger Hofpostamt bedienten Freier persönlich an den Verlag wenden, ihnen einen Teil des Bezugspreises zurückzuerstatten. Russischen Beamten aber Geld in die Finger zu geben — lieber nicht! —

Die rettende Scharlachepidemie.

Die Furcht vor den Folgen ihrer eigenen Taten treibt die Verbündeten des Schnapsblocks zu den tollsten und lächerlichsten Streichen. In der Provinz Schlesien betreiben unsre Genossen seit Wochen eine außerordentlich lebhafte Agitation, die besonders stark in dem Wahlkreis Militsch-Trebnitz, der Domäne des „ungekrönten Königs von Preußen“, v. Heydebrand und der Laß, eingefecht hat. Die Genossen lassen keinen Sonntag vorübergehen, an dem sie nicht Versammlungen unter freiem Himmel oder in geschlossenen Lokalen veranstalten. Die Landbevölkerung befürchtet die Versammlungen in früher nicht gefallenen Massen. Am vergangenen Sonntag sollte nun auch in Altenau bei Militsch eine Versammlung abgehalten werden, die aber durch die weise Vorsicht des zuständigen Amtsvorsteher, Leutnant Lehmann, noch rechtzeitig vereitelt wurde. Die Art und Weise, in der dies geschah, ist außerordentlich charakteristisch für das Regiment der unumstrittnen herrschenden Ortsgewaltigen in den Domänen der schlesischen Gründen. Genosse Scholz-Breslau hatte rechtzeitig den Amtsvorsteher von der geplanten Versammlung in Kenntnis gesetzt. Darauf erhielt er den folgenden Bescheid:

Bogislawitz, 17. August 1909.

Herrn Gustav Scholz
mit dem Benecken zurückgereicht, daß ich nicht eher die Genehmigung zu dieser Versammlung erteile, bevor mir nicht die Tagesordnung mitgeteilt worden ist.

Der Amtsvorsteher Lehmann.

Genosse Scholz machte den gesetzekundigen Herrn Leutnant, Großgrundbesitzer und Amtsvorsteher darauf aufmerksam, daß er von ihm gar nicht die Genehmigung der Versammlung, sondern nur die gesetzlich vorgeschriebene Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung verlangt habe, und daß es ihm gar nicht einfalle, der ungesetzlichen Forderung nach Bekanntgabe der Tagesordnung Platz zu geben. Der also in die Enge getriebene Österler des Gesetzes half sich nun kurzerhand mit dem folgenden Telegramm aus der Paläste:

Wegen Scharlach-Epidemie darf Versammlung in Altenau nicht abgehalten werden.
Der Amtsvorsteher.

Der treue Österler seiner Gutsbürger glaubte damit nuff offenbar jede Forderung sowohl für seine Schuhbehörden wie für die Breslauer Umstürzer abgewendet zu haben. Zur Vorsicht hatte er aber auch noch die bekannten Künste überreiflicher Staatsräte an dem Witze des Volkstags spielen lassen, in dem die Versammlung abgehalten werden sollte. Als dieser angehalten wurde, seinen Saal zu einer späteren Versammlung herzugeben, lehnte der brave Diener des Herrn Amtsvorsteher das mit den Worten ab: „Ich bin von keiner Seite beeinflußt, aber hören kann ich in meinem Lokal nicht gestatten, weil ich vom Amtsvorsteher keine Genehmigung dazu habe.“

Das Schönste an dieser lieblichen oberösterreichischen Historie aber kommt noch. Als nämlich unsre Genossen sich trotz des Versammlungsverbots nach Altenau begaben und sich dort nach der so gefährlichen Scharlachepidemie erkundigten, konnten sie weder in dem Orte selbst, noch in den umliegenden Dörfern auch nur die geringsten Spuren davon in Erfahrung bringen. Kein Mensch wußte von einem Krankheits- oder Todesfall zu melden, und auch die für das gesundheitliche Wohl ihrer Untertanen so besorgte Behörde hatte keinen Finger gerührt, um durch Bekanntmachungen oder sonst auf irgend eine Weise die Bevölkerung von der drohenden Epidemie in Kenntnis zu setzen! Unsre Genossen haben aus dieser Feststellung natürlich die nötigen Schritte gezogen und werden dem Herrn Amtsvorsteher Gelegenheit geben, seine Maßregeln vor einer höheren Instanz zu verantworten. Vor allem aber werden sie trotz der „Scharlachepidemie“ in den umliegenden Ortschaften nach wie vor Versammlungen einberufen.

Berlin, 24. August. Die preußische Regierung hat den Antrag auf Erbauung des Elbe-Kiel-Kanals, der von Kiel angestrebt wird, abgelehnt.

Für und wider den Hansabund. Die Kappalager unter den verschiedenen Strömungen der deutschen Mittelstandsreiter um den Beitritt zum Hansabund beschäftigt nun schon seit Monaten die beteiligten Korporationen und ihre Presse. Ein Teil der Handwerker und Kleinrämer tritt, verdrängt durch die konservativer-klerikale Steuerpfluscher, für die Beteiligung am Hansabund ein, in der Hoffnung, daß auf diese Weise dem freien Treiben der Jungen endlich ein Paroli geboten werden könnte, während ein anderer, nicht unbedeutlicher Teil der berufenen Schüler des Mittelstandes von einer Frontstellung gegen seine konservativen Freunde nichts wissen will und nicht ohne Berechtigung betont, daß die an der Spitze des Hansabundes stehenden Großindustriellen und Bankmagnaten die allerungemeinsten Freunde des Mittelstandes sind. Jetzt hat sich auch der erweiterte Vorstand des über ganz Deutschland verbreiteten Bundes der Handwerker mit der Frage beschäftigt und jede Beteiligung категорisch abgelehnt. In der angenommenen Resolution heißt es zum Schlus: „Die im Bund der Handwerker vereinigten vielen Tausende von deutschen Handwerkern warnen ihre Brüder, den Konsumenten der Warenhäuser, Großbankiers, Großindustriellen usw. Folge zu leisten. Ebenso spricht der Bund der Handwerker seine Verwunderung darüber aus, daß der Berliner Innungsbaudschuß seinen Beitritt zum Hansabund vollzogen hat, womit der Innungsbaudschuß eine ungesehliche Handlung begangen hat, die ungemein durch Anstreit aus dem Hansabund herausmachen ist.“

Die so plötzlich erwachte peinliche Sorge um die Gesellschaft der Innungsbeschlüsse macht sich einigermaßen komisch. Wenn all die Innungen aufgelöst werden sollten, die über den Rahmen ihrer geleglichen Besitzungen hinaus kapitalistische Kloppenpolitik getrieben haben, dann würden nicht allzu viele übrig bleiben.

s. Der Respekt vor einem Ministerwort scheint bei Polizei und Gerichten nicht sonderlich groß zu sein. In Breslau fanden vor mehreren Wochen 7 öffentliche Protestversammlungen gegen die fliegende Plakate kenntlich gemacht und außerdem wurden sie, dem neuen Vereinsgesetz entsprechend, in unserem Breslauer Parteiorgan bekannt gegeben. Leider war diese lehre Art der Bekanntmachung nicht ganz genau 24 Stunden vor der Versammlung geschehen, es fehlten nur wenige Stunden an dieser Frist. Dieses Verschen genügte aber, allen Versammlungsleitern ein Strafantrag von 5 Mr. aufzufüllen, das jetzt von den Gerichten bestätigt wurde. — Herr Behmann-Döllweg sagte als Staatssekretär kenntlich bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes, er werde veranlassen, daß bei Auslegung des neuen Gesetzes keine Schikanen unterlaufen werden. Welchen Wert ein solches Ministerwort hat, können wir an diesem Breslauer Fall erkennen.

Die nadelbare Landwirtschaft. Der Mittergutsbesitzer bildet in einem hinterpommerschen Orte verlaufen sein 1000 Morgen großes Gut an den Mittergutsbesitzer Richter für 415000 Mr. Da er vor zwei Jahren nur 320000 Mr. für das Gut gab, so hat er alle Ursache über den Niedergang der Landwirtschaft zu klagen. Noch schlimmer aber ist der Besitzer des Gutes Ermielau daran, daß dieses vor drei Jahren für den Preis von 50000 Mr. erwarb und dieser Tage für 120000 Mr. verkauft. Es wird die höchste Zeit, daß den Agrariern in Gestalt neuer Liebesgaben wieder ein ordentlicher Happen hingeworfen wird, damit ihre furchtbare Notlage endlich ein Ende findet.

Zentrumsbürgl. In der Zentrumspartei krässt es jetzt an allen Orten. In Dortmund-Stadt und -Land haben eine 25 Polizeiamte, die bisher Vertrauensstellungen innehaben, ihre Ämter niedergelegt.

Oesterreich-Ungarn.

Deutschfreiheitlich.

Nach einer Mitteilung des christlich-sozialen Wiener Bezirksschulrates an den antiklerikalen Kampfverein Freie Schule hat das vom „deutschfreiheitlichen“ Grafen Stippler geleitete Unterrichtsministerium den Ruf der Freien Schule gegen die von den klerikalen Schulbehörden wider Recht und Gesetz verfügte Schließung der Musterschulen des Vereins vorworf und die Schließung bestätigt.

Kulturarbeit.

In Bosnien befindet die katholische Kirche bei der Oktupation eine Kirche, eine Volks- und eine höhere Schule. Jetzt nach 30 Jahren österreichisch-ungarischer Kulturarbeit verfügt die Kirche in Bosnien über 200 Kirchen, 72 Schulen, 11 höhere Schulen, 12 Männer- und 12 Frauenklöster mit 800 Mönchen und 1000 Nonnen.

Rußland.

Die Nowaja Rus bringt nach einer russischen wissenschaftlichen Arbeit über das Amurgebiet folgende Zusammenstellung der von Russland für die Erhaltung des Amurgebietes verausgabten Gelder. Das Gebiet verursachte stets Defizite, seine Verwaltung kostete mehr als seine Steuern dem Staat eingebracht haben. Als zum Jahre 1907 betrug die Summe dieser Defizite 715 521 000 Rubel. Die chinesisch-russische Bahn kostete 404 828 100 Rubel und da sie fast keine Bedeutung für die Entwicklung des russischen Handels hat, so muß sie aufs Konto des Amurgebietes gesetzt werden. Der russisch-japanische Krieg kostete 2 262 804 247 Rubel, alles zusammen 8 403 211 046 Rubel, das heißt 7 Milliarden Mr. Die russischen Kapitalisten bedauern tiefs, daß die Bauern abgepreßten Summen, statt den Kapitalismus zu nähren, an den Fingern der russischen Bürokratie lieben geblieben sind.

Belgien.

Gegen die klerikale Regierung.

Der Tag meldet aus Brüssel: Die klerikale Partei veranstaltet gegenwärtig im ganzen Lande Festlichkeiten zur Feier

des 25-jährigen Bestehens der Mittelstandsvereinigung. Als bei einer solchen Feier gestern in Hasselt der Ministerpräsident Schollaert die Fete feierte, wurde er auf das bestufige ausgespielt. Es kam zu großen Krawallen, wobei die katholischen Fahnen und Plakate zerissen und zahlreiche Personen verwundet wurden. Ein katholischer Priester erhielt Stoßschläge über den Kopf, ein anderer Verlegerungen im Gesicht. Die Gendarmerie musste mit aufgezogenem Batonnet vorgehen. Als der Ministerpräsident abends um 7 Uhr Hasselt verließ, erfolgten von neuem feindselige Kundgebungen. Der große Platz vor dem Bahnhof war bei der Abfahrt des Ministers von einer pfiffigen Menge erfüllt.

Cirkei.

Die Albanesen.

Der Kölnischen Zeitung wird aus Westfalen vom 22. August gemeldet: Die Albanesen lehnten es ab, Verhandlungen anzunehmen. Infolgedessen wurde um 10 Uhr vor-mittags von der Station Berlebeux aus mit Schusswaffen geschürt die Säuberung des umliegenden Geländes von Albanesen begonnen. Der Bahnhofsverkehr wurde eingestellt. Die Verluste sind noch nicht bekannt.

Sächsische Angelegenheiten.

Nationalliberaler Wortbruch.

Im Organe der Mittelstandsvereinigung für Sachsen ist mehrmals behauptet worden, es hätten sich vor der Landtagswahl sieben nationalliberale Abgeordnete verpflichtet, für die Umfragergebnisse einzutreten, sie hätten aber später diese Zusagen nicht gehalten. Zu diesen Wortbrüchigen gehört nach einer Darstellung des Sekretärs Fahrenbach vom Mittelstandsbunde auch der bisherige nationalliberale Vertreter des 41. ländlichen Wahlkreises, Gemeindevorstand Kleinheimpel in Zwickau. Nach dieser Darstellung handelte es sich in einer Vertrauensmännerversammlung der Mittelstandsvereinigung im 41. ländlichen Wahlkreis vor den letzten Landtagswahlen um die Frage, ob man dem bisherigen nationalliberalen Abgeordneten eine besondere Mittelstandskandidatur entgegenstellen solle. Unterm 1. Juni 1907 richtete Gemeindevorstand Kleinheimpel auf eine Anfrage an die Mittelstandsvereinigung ein Schreiben, worin er ausführte:

Nach erfolgtem Studium der Denkschrift (der Mittelstandsvereinigung) erkläre ich auf Ihre Anfrage vom 20. Mai 1907 ganz ergebenst folgendes: Ich erkenne die in Ihrem erwähnten Schreiben unter 1 bis mit 10 gestellten Hauptforderungen hiermit an und werde, falls die Wahl als Abgeordneter des 41. ländlichen Landtagswahlkreises auf mich fallen sollte, für diese Wünsche bestens eintreten...

Ich bin von Beginn der Bewegung an Anhänger und Verfechter der Umfragergebnisse gewesen und bin es heute noch. Die in einem Drucksatze beifolgende Neuordnung ist mein Werk. Es kostete heiße Kämpfe, und auch allen Aufschreibungs- und Abänderungsversuchen habe ich bis heute erfolgreich widerstanden.

Am 20. Juni 1907 wiederholte der wackere Kleinheimpel seine Versicherungen und drängte auf die Bestätigung seiner Kandidatur. Daraufhin antwortete ihm die Mittelstandsvereinigung:

Von dem Inhalte Ihrer beiden Zusicherungen haben wir mit großer Begeisterung Kenntnis genommen und sind wir nicht abgeneigt, Ihre Kandidatur zur Unterstützung zu empfehlen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, trotzdem sie sich auf unsere Vorstellungen verpflichtet hatten, im Landtag nach dem Fraktionszwange unterworfen und gegen ihre Versprechen handelten oder bei wichtigen Anlässen, bei den Beratungen und Abstimmungen, schließen. Ein solcher Fall ist unsern Anhängern vor nicht langer Zeit im Vogtland passiert. Unsere Leute sind deshalb mißtrauisch geworden und verlangen alle möglichen Sicherheiten. Und ist deshalb der Aufruf geworden, an Sie die Anfrage zu richten, ob Sie geneigt sind, in solchen Fällen dem Fraktionszwange entgegenzuarbeiten und den Sitzungen (z. B. bei der kommenden Beratung der Umsatzsteuerfrage) beizuhören und entschieden zur Geltung zu bringen.

Am 15. Juli 1907 schrieb darauf Herr Kleinheimpel an die Mittelstandsvereinigung zurück:

Ich habe Ihnen zweimal, unterm 1. und 20. Juni 1907, bestimmt erklärt, daß ich Ihre Hauptforderungen anerkenne und dafür bestens eintreten werde. Wenn Sie nun immer noch zweifeln, so ist dies für mich, nachdem ich Ihnen Beweise genug erbracht habe, verleidet.

Erst auf diese in der bestimmtesten Form gegebenen Zusicherungen hin wurde Herr Kleinheimpel in der Zwickauer Vertrauensmännerversammlung der Mittelstandsvereinigung den Wählern des Mittelstandes empfohlen. Am 29. Januar 1908, kurz vor Beratung der Umsatzsteuer, erinnerte die Mittelstandsvereinigung Herrn Kleinheimpel an sein gegebenes Versprechen. Trotzdem unterstützte er die nationalliberalen Verschlechterungsantötage und kurz vor Schluss des Landtages stimmte er gegen die Umsatzsteuer. Unter solchen Umständen, so meinte Herr Fahrenbach, könne man den Wählern des Mittelstandes nicht abermals zumuten, Herrn Kleinheimpel ihre Stimme zu geben.

Herr Kleinheimpel wird also gut tun, auf eine neue Kandidatur zu verzichten. Warum aber zieht Herr Fahrenbach sein Geschütz nicht gleich mit gegen die andern sechs Nationalliberalen, die sich der Mittelstandsvereinigung gegenüber auf die Umsatzsteuer festgelegt, ihre Versprechungen aber nicht gehalten haben? Gespannt darf man aber sein, was die Leitung der nationalliberalen Partei zu diesen Enthüllungen sagen wird. Vermutlich wird sie diese sie kompromittierenden Kundgebungen ebenso ruhig ertragen wie die — Langhamer-Affäre!

Eine Niederlage im Kampfe gegen die Arbeiterturnvereine.

Das Urteil des Landgerichts Leipzig, das dem Allgemeinen städtischen Turnverein zu Pegau auf seine Beschwerde die vorher entzogene Rechtsfähigkeit wieder zuspricht und von einer Auflösung absieht, hat folgenden Wortlaut:

In der Sache betreffend den Allgemeinen städtischen Turnverein zu Pegau, wird auf die Beschwerde des genannten Vereins — vertreten durch die Rechtsanwälte Neu und Dr. Höhler in Leipzig — der Beschluss des Königlichen Amtsgerichts Pegau vom 5. August 1908 (Blatt 108 der Akten) aufgehoben. Geduldieren bleiben für das Rechtsmittel außer Ansatz.

Was die tatsächlichen Grundlagen dieser Entscheidung anlangt, so wird auf den Vorbeschluß des Beschwerdegerichts vom 9. September 1908 (Blatt 22 c ff. der Akten) und denjenigen des Königlichen Oberlandesgerichts Dresden vom 3. November 1908 (Blatt 237 ff. der Akten), sowie auf die Erörterungen Blatt 242 ff., 247 ff. des ersten Bandes, 8 ff., 58, 59 ff. des zweiten Bandes der Akten verwiesen. Die wesentlichen Entscheidungs-

grundlagen ergeben sich überdies aus den nachstehenden Erörterungen.

Nach dem angeführten Beschuß des Oberlandesgerichts, an dessen rechtliche Ausschaffung das Beschwerdegericht gebunden ist, kommen wesentlich drei Gruppen von Tatsachen für die Entscheidung in Betracht, nämlich der Beitritt des Vereins zum Arbeiter-Turnbunde, der Bezug der Arbeiter-Turn-Zeitung und der Gebrauch des Turnvierbuchs "Der freie Turner". Es hat sich nun zunächst nicht widerlegen lassen, daß der Beitritt zum Arbeiter-Turnbunde, vornehmlich zu einem Zweck erfolgt sei, um die Unterstützung des Bundes bei eintretenden Turnunfällen zu erlangen. Weiter kann auch als festgestellt angesehen werden, daß der Bezug der Arbeiter-Turn-Zeitung — deren Achtung allerdings zweifellos sozialdemokratisch ist — nicht von Vereinswegen in der Weise geschehen ist, daß man in dem Bezug und der Verbreitung dieser Zeitung und ihres politischen Inhalts einen Zweck des beschwerdeführenden Vereins erblicken möchte. Insbesondere liegt ein Anhalt dafür vor, daß der jetzt nicht mehr stattfindende Bezug dieses Blattes für die Vorstandspersonen zum Zweck sozialdemokratischer Propaganda seitens des Vereins stattgefunden habe. Daselbe muß endlich für den Gebrauch des Liederbuchs "Der freie Turner" gelten. Auch hier ist das Beschwerdegericht der Ansicht, daß das Buch, soweit es politische Lieder enthält, unzweckmäßig sozialdemokratische Propaganda dienen soll und kann. Außerdem aber läßt sich auch hier nicht feststellen, daß das Singen solcher Lieder, insbesondere durch die Turnschüler, von Vereinswegen betrieben oder auch nur bestimmt worden sei. Die Erörterungen, Blatt 50 ff. des zweiten Bandes, die unbedenklich als beweiskräftig angesehen werden dürfen, ergeben in dieser Hinsicht ein wesentlich anderes Bild, als die dem erstenstänlichen Beschuß zugrunde liegenden. Was in diesen Punkten festgestellt ist und was sonst aus den Alten, insbesondere den Eingaben des Bürgermeisters zu Pegau ergibt, reicht wohl aus zu der Feststellung, daß mindestens die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Vereins sozialdemokratisch gestimmt ist und daß diese Gestaltung auch von ihnen im Zusammenhang mit Ver einsangelegenheiten zum Ausdruck gebracht worden ist; aber es reicht nicht aus zu der Feststellung, daß der durch die sozialdemokratischen Organe des Vereins zum Ausdruck gebrachte Willen des Vereins sich auf sozialdemokratische Propaganda und politische Betätigung im Sinne der Sozialdemokratie richte. Vielmehr kann nicht verkannt werden, daß die bezeichnete politische Überzeugung der Mehrheit der Vereinsmitglieder und der für sie maßgebenden Personen bisher immer nur einen solchen Ausdruck gefunden hat, der die einer öffentlichen Tätigkeit des Vereins als solchen gefügten Grenzen, wenn auch fast erreicht, doch bisher nicht überschritten hat. Werden aber die von dem maßgeblichen Beschuß des Oberlandesgerichts bezeichneten Grenzen von den neu hervortretenden Vorgängen (Blatt 68, 69, 88, 10 ff. des 2. Bandes) noch weniger erreicht, als von den zuvor schon festgestellten, enthalten vielmehr auch diese neueren Vorgänge in der Hauptsache nur Verstärkung sozialdemokratischer Gestaltung der einzelnen Vereinsmitglieder, nicht aber deren Verstärkung durch Maßnahmen des Vereins als solchen, so braucht auf diese Vorgänge im einzelnen nicht mehr eingegangen zu werden. Es war daher von weiteren Erörterungen Abstand zu nehmen und der Beschwerde stattgegeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf Nr. 29, Ann. 1 des Tarifs zum Gesetz vom 21. Juni 1900.

Leipzig, den 22. Juni 1908.

Königliches Landgericht (Zivilkammer II)."

Dr. Winzer, du Cheseau, Schmid.

Dieser Prozeß hat den Gerichten ungeheure Arbeit gemacht, und einen ganzen Berg von Alten angehäuft. Er zeigt aber auch wiederum, mit welcher Ausdauer Bürgermeister Heydemann bemüht ist, die aufgelaufene Arbeitsschafft niedergehalten. Der Verein war das erste Mal mit seiner Beschwerde vom Landgericht abgewiesen worden. Trotz der Eingaben des Bürgermeisters erhält das Gericht nach Aufhebung des Urteils durch die Zeugenvernehmungen ein anderes Bild, was dazu führen mußte, daß der Verein in seine alten Rechte wieder eingezogen wurde. Wenn der Allgemeine städtische Turnverein weiter besteht, und jetzt lebensfähig dient er ist, Bürgermeister Heydemann trägt daran keine Schuld, denn seine Eingaben reichen ja nicht aus, um den Verein zur Auflösung zu bringen. Ein Glück, daß weder die Stadt, noch diejenigen Personen, welche den Prozeß veranlaßt haben, die Kosten tragen müssen. Mit 500 oder 600 M. wäre die Sache nicht abgetan. Hat doch die Stadt allein in dem Prozeß, den der Allgemeine städtische Turnverein gegen den Stadtrat wegen der verweigerten Auszahlung seiner in hessiger Sparfassade angelegten Spargelder angestrengt hatte, mindestens 400 Mark Prozeßkosten zahlen müssen. Eine nette Belohnung für die Pegauer Steuerzahler!

Die Mittelstandsleute opponieren. Im 4. städtischen Wahlkreis (Pirna usw.), wo bekanntlich der konservative und der nationalliberale Kandidat zugunsten einer Kompromisskandidatur verzögerten, erklärte sich eine Mittelstandsversammlung gegen die neue Konstellation im Wahlkreis, weil sie ohne Hinzuziehung der Mittelstandsgrupierung erfolgt sei. An Dr. Speich soll das Erklären gerichtet werden, von seinem Entschluß zurückzutreten und die Kandidatur wieder anzunehmen. Was nun machen?

* * *

Dresden. Für die Brandgeschädigten auf der Vogelsweise hat der Rat unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Stadtverordneten 10 000 M. bewilligt und dabei die Erwartung ausgesprochen, daß auch die privilegierte Vogelschädlingslinie einen entsprechenden Betrag zugunsten der Brandgeschädigten bewilligen werde. Bei dem Auschluß, den der Rat zur Verteilung der Spenden eingezogen hat, sind für 452 990 M. Schäden angemeldet worden. Bis jetzt ist bei vorliegender Abschätzung ein Schaden von rund 150 000 M. festgestellt. Das Sammelergebnis ist weit hinter den Erwartungen und dem tatsächlichen Bedarf zurückgeblieben. Es beträgt bis jetzt einschließlich des vom Rat bewilligten Betrages erst rund 20 000 M.

Bischofswerda. Zum Bürgermeister von Bischofswerda ist einstimmig der Ratsassessor Hagemann aus Crimmitschau gewählt worden. Die Crimmitschauer Arbeiter werden dem Herrn, der sich bekanntlich als Gewerberichter "verbündet" gemacht hat, keine Träne nachweinen.

Freiberg. Aufsehen erregt hier die plötzliche Entlassung des bisherigen Direktors Krämer der Borsigfabrik, die im amtlichen Teil des Freiberger Anzeigers bekannt gemacht wird. Krämer, der von einer Urlaubsreise zurückkam, hatte nicht die geringste Ahnung von dem Ungewitter, das sich während seiner Abwesenheit über seinem Hause zusammengezogen hatte. Als er wieder ins Kontor kam, wurde ihm eröffnet, daß er entlassen sei, das Gehalt wurde ihm sofort auf ein Vierteljahr ausbezahlt. Wie es heißt, hat man während seiner Abwesenheit eine Revision vorgenommen und gefunden, daß Krämer an verschiedene Personen in leichtgläubiger Weise größere Kreide gewährt hat.

Aleine Nachrichten aus dem Lande. Bei der Besetzung des am Rathener Basteiweg gelegenen Mönchsteines fuhrte ein Dresdner Reiter der Feuerwehr aus 20 Meter Höhe ab. Er zog sich eine Kontusion der linken Brustseite und einen Oberschenkelbruch zu und wurde nach Dresden transportiert, nachdem ihm von einem Arzt die erste Hilfe zuteil geworden war. — In der Hauptallee des Großen Gartens in Dresden schaute das Pferd eines Taxameters und ging durch. Der Kutscher fiel, als der Wagen an einen Baum anfuhr, vom Sitz. Das Pferd raste ohne Wagen weiter und sprang an einer Kreuzung über den radfahrenden Gastwirt Julius Martin hinweg. Der Bedauernswerte erlitt beim Sturz vom Rad einen Schädelbeinbruch, auch traf ihn ein Hufschlag des Pferdes ins Gesicht. — Mittergutsbesitzer Gräber aus Obermösel bei Zwickau, der sich vor drei Wochen zu erschöpft verhielt, liegt jetzt nach schwerem Leiden im Krankenhaus gestorben. — In Plauen bei Rötha wurde der 20jährige Arbeiter Max Beck aus Erdmannsdorf von einem umfallenden Baumwollballen erdrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Ein Bäderlehrer aus Wiesenburg, der Brot nach Oberhohbau gebracht hatte, begegnete auf der Dorfstraße einem Belämmerten, der Bäderlehrer B., und zeigte diesem ein Pistole, daß er in der Tasche hatte. Auf bestem Veranlassung gab er auch Schläge daraus ab. Als er zum drittenmal geladen hatte, ging der Schuß plötzlich los und die Kugel traf den Bäderlehrer B. in den linken Oberarmsehnen. — In Oelsnitz i. B. ist das dreijährige Söhnchen des Waschmühlenschlossers Eichhorn in der Elster ertrunken. Der Kleine wurde seit Freitag vermisst. Erst nachdem man ein Wehr abgelassen hatte, fand man die Leiche des Kindes unweit der elterlichen Wohnung. — Auf der Chaussee von Bernsdorf nach Oschatz verunglückte ein vom Ulan Müller gelehrter Automobil, das einem Wagenwachtmester d. R. gehörte, der sich jedoch nicht mit in dem Gefährt befand. Der Kraftwagen fuhr gegen einen Baum und wurde zertrümmt; die Insassen wurden herausgeschleudert. Der Reisende Enzenberg aus Leipzig erlitt eine Brustquetschung, der Buchdrucker Krieg einen Schädelbeinbruch und beide außerdem schwere Gehirnerschütterungen. Der Ulan Müller blieb unverletzt.

Sozialdemokratische Landesversammlung für Sachsen.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Erster Verhandlungstag.

Zittau, 28. August.

Pipinski eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Verlesung eines Schreibens des Genossen Laden, der an der Teilnahme an der Landesversammlung verhindert ist und denselben herzliche Grüße und Wünsche überendet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt die Landesversammlung den

Bericht der Mandataprüfungskommission

entgegen.

Berichterstatter Krause: Anwesend sind 63 Delegierte einschließlich einer Delegierten. Von den Landes- und Bezirkskomitees sind je drei Vertreter anwesend. Die Mandate sind sämtlich ordnungsmäßig ausgestellt, und beantragt die Mandataprüfungskommission, sie sämtlich für gültig zu erklären.

Rothe-Chemnitz: Wir können wohl annehmen, daß nicht nur alle Mandate ordnungsmäßig ausgestellt, sondern daß alle Delegierten ordnungsmäßig gewählt sind. In der Leipziger Volkszeitung ist nach der vorjährigen Landesversammlung festgestellt worden, daß zwei Delegierte der Landesversammlung beigeblieben haben, die gar nicht gewählt waren. (Hört, hört!) Die Wahlen waren zwar ordnungsmäßig vorgenommen; weil aber die Gewählten verhindert waren, wurden einfach zwei andre Genossen mit Mandaten ausgerüstet und hierher geschickt.

Pipinski: Die Angelegenheit ist in Leipzig strafrechtlich als schwerste gehabt worden (Selbstfeind); sie hat dort lebhafte Erörterungen hervorgerufen. Die gewählten Delegierten waren verhindert und Erfasstelegierte waren nicht gewählt worden, deshalb hat der Vorsitzende den nächsten Personen Mandate ausgestellt. Das ist schief gerichtet worden und es ist Ablösung geschafft und das ist gesorgt, daß etwas Ähnliches in Zukunft nicht wieder vorkommen kann.

Giemert schließt die Debatte.

Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Die Landesversammlung tritt in die Tagesordnung, deren erster Punkt der

Geschäftsbericht des Zentralkomitees ist.

Sindermann berichtet über Organisation und Agitation: Genossen! Einem Akt der Pietät folgend, lassen Sie uns zunächst in dankbarer Anerkennung derjenigen gedenken, die im letzten Jahre durch den Tod von unsern Freunden gestorben sind. Das ist in allererster Linie Hermann Goldstein, der bis zum letzten Jahre für die Partei seine Tätigkeit im Landtag entfaltet hat, und in schwerer Krankheit zusammenbrach, ferner Julius Seifert, der stets sowohl im Landtag tätig gewesen ist, als auch den 10. Kreis im Reichstag vertreten hat, dann Reinhold Ende, der durch seine besondere Tätigkeit in der Oberlausitz dazu beigetragen hat, daß sich hier der Sozialismus bedeutend entwickelte, Genosse Steinert in Dresden, ein gemahrgeliebter Eisenbahner, und schließlich die Genossen Schwarz in Leipzig, Frau Anna Seifert, die Gattin unseres Parteikoloblers in Zwickau, Sophie in Niederplanitz, Höselbarth und Fröhlich in Werda, Alius in Schwarzenberg, Emil Weißmann-Leipzig, Fischer-Wittweida und Böhne-Hohenstein. Alle diese haben ganz besonders an der Spitze der sozialdemokratischen Bewegung in Sachsen marschiert und bis zu ihrem Ende ihre Tätigkeit für die Partei entfaltet. Ich ersuche Sie, sich zu Ehren der Verstorbenen vor den Plätzen zu erheben.

Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.

In meinem Bericht kann ich mich kurz fassen, da der schriftliche Bericht der umfangreiche ist, der jemals erarbeitet ist. Wenn wir mit Genugtuung eine Steigerung der Mitgliederzahl im letzten Jahre konstatieren können, so ist das sicher ein erfreuliches Zeichen dafür, wie aufopferungsvoll unsre Genossen sind und wie agitatorisch sie die Situation ausgenutzt haben, denn das vergangene Jahr mit seiner wirtschaftlichen Depression hat am schwersten auf der Arbeiterklasse gelastet. (Sehr richtig!) Diese wirtschaftliche Depression wird in allen Fragebögen konstatiert, namentlich aus dem 10. Kreis der Oberlausitz und dem Vogtland wird angegeben, daß die wirtschaftliche Krise und ungeheure Schäden zugegangen ist. Trotzdem ist die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen, sondern sogar um 200 gestiegen. (Bravo!) In der ersten Hälfte des Geschäftsjahrs ist allerdings durch zahlreiche Abgänge von organisierten Arbeitern der Mitgliederbestand gesunken, aber im letzten halben Jahre ist er wieder wiedergestiegen, und wenn die Agitation weiter so einsetzt, wenn besonders die Landtagswahlbewegung ausgenutzt wird, dann werden wir im nächsten Jahre jedenfalls konstatieren können, daß das erste Hunderttausend überschritten ist und daß sich selbstverständlich dementsprechen auch die Kassenverhältnisse bedeutend verbessert haben werden.

Die Finanzen haben sich im vergangenen Jahre bedeutend gehoben, die Gesamteinnahme ist von 404 000 auf 451 000 M. also um rund 47 000 M. gestiegen. (Bravo!) Allein die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen haben sich gesteigert von 287 000 auf 341 000 M. Es sind in Sachsen immer noch vier Reichstagswahlkreise vorhanden, die dem Beschluß der Landesversammlungen nicht nachgekommen sind und den wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. noch nicht eingezahlt haben. Wenn ich das

Im schriftlichen Bericht nicht erwähnt habe, so deshalb, weil ich glaubte, daß die Genossen dem Beschluß der Landesversammlungen wenigstens legt auf ihren letzten Generalversammlungen nachkommen würden, aber das ist nicht geschehen, die Genossen des 10., 15., 17. u. 19. Wahlkreises haben den Beschluß noch nicht ausgeschloßt, und ich habe ihnen im Namen der Komitees den höchsten Tadel deshalb auszusprechen. Man durfte in den Parteiveranstaltungen, die zu der Beitragserhöhung Stellung nahmen, nicht fragen, ob wir dem Beschluß der Landesversammlungen nachkommen wollen oder nicht, sondern man mußte unbedingt konstatieren, daß die Landesversammlungen diesen Beschluß gefaßt haben und daß ihm unbedingt Rechnung zu tragen ist. (Sehr richtig!) Es ist für die Kreise, die auch nicht ganz platt die Beitragserhöhung durchgeführt haben, für die Lausitz und das Melsner Hochland, besonders ungern, immer hören zu müssen: Wie kommen wir dazu, den 10-Pfennig-Beitrag zu zahlen, wenn sich ganz alte Parteidienstorganisationen sträuben, dem Beschluß nachzukommen? (Sehr richtig!) Es hat selbstverständlich freilich auch in andern Kreisen nicht an Opposition gegen die Beitragserhöhung geheißen, auch in den städtischen Kreisen gab es Genossen, die dagegen opponierten und betonten, daß es dann nicht gelingt, die Massen heranzuziehen. Aber gerade in den Kreisen, wo die Beitragserhöhung durchgeführt ist, ist in den letzten Jahren kein Aufschlag zu konstatieren, sondern in einzelnen Kreisen, sogar in einem rein ländlichen, dem 11. Können wir einen ganz besonderen Fortschritt feststellen. Wir sagen deshalb: Wenn es jenen älteren Kreisen möglich war, den 10-Pfennig-Beitrag durchzuführen, so muß das in den genannten oder alten Kreisen erst recht möglich sein. (Sehr richtig!) In dem Bericht des Chemnitzer Agitationskomitees heißt es: „Für unsern Bezirk stehen noch Wahlkreise aus, die der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse wegen es noch nicht fertig brachten, Beiträge in den verlangten Höhe zu erheben. Beimetzt muß werden, daß in allen zum Bezirk gehörigen Wahlkreisen eine Erhöhung der Beiträge, zumeist von 20 auf 30 Pfennig, stattgefunden hat und weitere Erhöhungen noch folgen werden. Eine Steigerung von 20 Pfg. sofort auf 40 Pfg. pro Monat vorzunehmen, war allenfalls nicht möglich.“ Der Fragebogen aus dem 17. Kreis sagt laufend: „Der 10-Pfennig-Wochenbeitrag ist noch nicht zur Einführung gelangt, weil die Krise zu sehr anstritt.“ Aus dem Bericht der Chemnitzer Volksstimme über die Versammlung, in der die Genossen des 17. Wahlkreises zu der Beitragserhöhung Stellung genommen haben, geht hervor, daß die Vertreterin des 17. Kreises im Prinzip mit der Beitragserhöhung einverstanden sind, daß sie aber nur den Anbruch einer wirtschaftlichen günstigen Konjunktur abwarten wollen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die wirtschaftliche Depression den andern Kreisen genau so tiefen Schlägen hat, wie dem 10., 15., 17. und 19. (Sehr richtig!) Man darf auch nicht vergessen, daß so mancher Kassierer angehört der gelehrten Agitation in Sachsen und erklärt hat: Wo wären wir geblieben mit unserer Finanzgarantie, wenn wir den 10-Pfennig-Beitrag nicht eingeführt hätten! (Sehr gut!) Wir haben nun einmal in der Gegenwart mit ganz andern Faktoren zu rechnen wie in der Vergangenheit. Bloß war das Bürgeramt gespalten, jetzt aber hat sich das Bild bedeutend verändert. Der Reichsverband läßt seine Hilfe jeder bürgerlichen Partei angeboten, die Nationalliberalen bedienen sich dieser Hilfe genau so wie die Freisinnigen, er ist überall tätig, er hat Rednerschulen errichtet und schickt seine Agitatoren überall hin, in unsre Versammlungen genau so gut wie in die der bürgerlichen Parteien, und diese Erbanten haben die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu verteidigen. Das angesichts solcher verglasten Agitation auch wir bedeutend mehr auf dem Posten sein müssen als früher, versteht sich am Rande, und daß angesichts der vielen Schriftschriften der Gegner auch unterstellt eine gesteigerte Abstimmungsverteilung eintreten muß, ist ebenfalls klar. Es kommt hinzu, daß die Zahl der Säle, die uns in Sachsen zur Verfügung stehen, sich bedeutend gehoben hat, überall können Versammlungen abgehalten werden und die Agitation zu folgen erforderlich ebenso wie Mittel, als früher. Wir müssen ferner daran denken, daß bei den kommenden Landtagswahlen Ansprüche an die Partei gestellt werden, die wir früher nicht gekannt haben. Wir haben in 01 Wahlkreisen die Agitation nach dem vorsichtigen Wahlsystem zu betreiben, was in jedem einzelnen 2000 bis 2500 Ml. erfordert wird, und wenn auch in einzelnen Landtagswahlkreisen nur wenig Mittel nötig sein werden, so doch in andern erheblich mehr, so daß wir also ½ Million Mark nötig haben, um die Wahlbewegung für die Partei mit Erfolg zu betreiben. So erfreulich es auch ist, daß die Kassenbestände gestiegen sind, so reicht das doch bei weitem nicht aus, um der Partei die nötigen Mittel zur Versorgung zu stellen. Wenn man sich darauf beruft, daß die Arbeiter in den Großstädten Leipzig und Dresden noch höhere Beiträge leisten sollen, so muß ich aufrichtig sagen, daß, sobald die Partei in finanzieller Not ist, die Parteidienstorganisationen in Leipzig und Dresden und ebenso wohl auch die in Chemnitz es nicht daran lassen werden, mit höheren Beiträgen aufzutreten; aber selbstverständlich verlangen sie, daß zunächst auch in den andern Kreisen den Beschlüssen der Landesversammlung nachkommen wird. Dresden und Leipzig erheben übrigens schon seit lange einen Extrabeitrag von 10 Pfg. vierteljährlich, um einen Wahlkonto für solche Kreise zu schaffen, in denen ein schnelles Eingehen nötig wird.

Ich muß ferner noch konstatieren, daß im verschwundenen Jahre Material über die behördlichen Maßnahmen gegen die Arbeitervereine an das Zentralkomitee nicht eingegangen ist, trotzdem doch die Beschlüsse der Landesversammlungen existieren, daß uns alles derartige Material mitgeteilt werden soll. Demzufolge mußte man zu der Aussöhnung kommen, daß in dieser Beziehung in Sachsen alles auf das beste bestellt ist, daß die Behörden die Radikalpolitik aufgegeben haben. Wenn man aber die Parteidienstorganisationen sieht, so sieht man, daß das nicht der Fall ist, obwohl doch der Minister Hohenholz ein sogenanntes überales System in Sachsen einführen wollte; aber die unteren Organe richten sich gar nicht nach dem, was vom Ministerium des Innern an sie ergeht, sondern sie erfüllen ihre Aufgabe darin, den Arbeitervereinen ihre Tätigkeit zu erschweren, und geben sich ganz offen der einseitigen Bekämpfung der Arbeitervereine hin.

Die neuen Landeskalender für 1910 werden hier verteilt werden, wir haben zum erstenmal Infanterie darin aufgenommen. Überall, wo solche Kalender verbreitet werden, werden die Kosten durch die Aufnahme der Infanterie gedeckt, und das soll in Zukunft auch in Sachsen der Fall sein.

Zum schriftlichen Bericht will ich noch hinzufügen, daß am 22. Februar in Berlin die Landarbeiterorganisation gegründet worden ist. Der Parteivorstand und die Gewerkschaftskommission haben die Anregung gegeben, daß in allen Wahlkreisen, wo wir es mit Land-, Wald- und Weinbergarbeitern zu tun haben, unsre Genossen die Tätigkeit der Vertreterin dieser Organisation unterstützen. Das wird möglich sein, wenn unsre Genossen Adressen auf dem Lande angeben können von Leuten, die unter den Land- und Waldbauern leben und dort agitieren können. Wenn wir das Statut der neuen Landarbeiterorganisation ansehen, können wir natürlich noch nicht erwarten, daß wir es mit einer schlagfertigen Kampfsorganisation zu tun haben. Es muß darauf Rücksicht genommen werden, daß die Landarbeiter unter der Gesindelordnung leben, und es sind zunächst Unterstützungsseinrichtungen zu schaffen, um sie gegen den Terrorismus der Großgrundbesitzer zu schützen. Man muß auch konstatieren, daß seit dem halben Jahre des Bestehens dieser Organisation die Großgrundbesitzer nicht mehr so vorgehen wie früher, wo diese Leute überhaupt kein bares Geld in die Hände bekamen und schuldblos der Willkür preisgegeben waren. Vor allem durch die Gewährung von Rechtschutz wird es möglich sein, dem Terrorismus der Großgrundbesitzer vorzubeugen.

Von den einzelnen Komitees wird auch konstatiert, daß die Bestrebungen der Sportvereine, Arbeiterradfahrervereine, Arbeiterturnvereine, in letzter Zeit auch Schwimmvereine, in einer Weise ausarten, die geeignet ist, die Parteidienst zu verhindern, die Genossen zum Vernachlässigen ihrer Parteidienst zu bringen. (Sehr richtig!) Und es wird gewünscht, daß auf der Landesversammlung darüber gesprochen wird. Sobald die Partei größere Aktionen vorbereitet — und dasselbe gilt auch von der gewerkschaftlichen Bewegung — ist es Pflicht, daß die Bestrebungen der Radfahrer, Turner, Sänger usw. zurücktreten müssen; in erster Linie kommt die Partei, und auch die Sportgenossen sollen in erster Linie Parteidienst sein, die ihre Pflicht zu erfüllen haben. Ich hoffe, daß diese Anregung auf der Landesversammlung genügt wird, daß auch diese Genossen, wenn die Partei sie ruft, ihre Pflicht tun und in der Agitation zur Stelle sein werden; in erster Linie muß die Ausbreitung des Sozialismus auf der ganzen Linie unterstützt werden. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Lipinski: Bevor die Diskussion eröffnet wird, will ich erwähnen, daß im schriftlichen Bericht festgestellt ist, in Leipzig sei eine Bereitschaftsversammlung von der Polizei unter der Vergründung überwacht worden, daß ein so großer Personentreis in Betracht komme, daß er nicht mehr als Verein zu betrachten sei, und daß das Ministerium sich dieser Aussicht angeklagten habe. Das ist richtig, falsch ist aber das folgende, daß der Einberufer in der ersten Instanz eine Freisprechung erzielt habe, und in der Verurteilung zu einer Geldstrafe verurteilt sei. Es sind hier zwei vollständig von einander unabhängige Vorgänge miteinander verwechselt. Es handelt sich im ersten Falle um eine Mitgliederversammlung des 12., im zweiten Falle um eine kombinierte Versammlung des 12. und 13. Reichstagwahlkreises.

Sindermann: Wenn Lipinski sich noch den Beschlüssen der Landesversammlung gewidert und uns zur rechten Zeit Mitteilung gemacht hätte, so wäre die Verichtigung hier nicht erst notwendig geworden. Ich hoffe, daß in Zukunft sich alle Mitglieder nach den Beschlüssen der Landeskonferenz richten, und rechtzeitig Mitteilung machen, und daß Lipinski mit gutem Beispiel vorangeht. (Heiterkeit.)

Lipinski: Der Bericht an das Zentralkomitee ist nicht meine Sache, sondern Sache des Parteidienstes; in unserem schriftlichen Bericht an das Zentralkomitee ist die Sache richtig dargestellt. (Sindermann: Der schriftliche Bericht kommt leider zu spät!)

Pöhlmann-Planen: Die Landesversammlung in Plauen gab dem Zentralkomitee den Auftrag, für eine bessere Einteilung der Agitationsbezirke und der Verbreitungsbereiche für die Presse Sorge zu tragen. Beider ist das nicht geschehen; besonders schlecht kommt bei der Einteilung das Vogtland weg. Wir in Plauen bzw. im 23. Kreise werden alles anstreben, um bessere Grundlagen für die Presse zu schaffen, und wir werden dann mit einem entsprechenden Antrag wiederkommen.

Günther-Pulsöni: Im schriftlichen Bericht ist gerügt, daß aus der Amtshauptmannschaft Kamenz usw. keine Fragebogen bezüglich der Gemeindevertreter eingegangen sind, und wird das der Gleichgültigkeit und Unmengen der Genossen zugeschrieben. Wir haben aber die Fragebogen schon am 14. Mai dem Kreisleiter abgegeben.

Hein-Limbach: Es ist begreiflich, daß Kreise mit einer ausgeworfenen einseitig industriellen Bevölkerung in den Zeiten der Krise nicht die Beiträge erhöhen können. Wir wollen jetzt noch einmal erst in eine intensive Agitation zu den Landtagswahlen eintreten und dann werden wir unsere Pflicht auch in der Frage der Beitragserhöhung tun. In der Großstadt ist auch aufgrund der höheren Bildung mehr Opfermut vorhanden als auf dem Lande. Die Bereitschaftsvereine, die Sindermann gerügt hat, ist vorhanden und gar nicht zu entschuldigen.

Sindermann: Dem Genossen Günther bemerkte ich, daß aus dem dritten Kreise die Fragebogen über die Gemeindevertretung erst eingegangen, als der Bericht schon fertiggestellt war, also zu spät. Über die Angelegenheit, die der Genosse aus Plauen anknüpft, ist schriftlich so eingehend berichtet. Es geht durchaus nicht so leicht, die Agitationsbezirke anders einzuteilen. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, einen Entwurf zu schaffen, der dem Landesversammlungsbeschluß in vollem Maße Rechnung trägt. Es fehlen uns aber vor allem die Mittel, für eine eigene Druckerei sind ganz andere Mittel nötig, als die Parteidienst sich träumen lassen. Die Druckerei in Zittau kostet uns einschließlich des Grundstücks rund 200 000 Ml. Das Vogtland bringt zwar ebensoviel Mitgliedsbeiträge auf, etwas über 30 000, aber der Abonnementenstand ist keineswegs wie hier 11 bis 12 000. Wir hatten damit gerechnet, daß Plauen, das mit 110 000 Einwohnern jetzt in die Reihe der Großstädte eingerückt ist, eine ganz andere Abonnementzahl aufweisen würde, als es der Fall ist. Voraussetzung für das Projekt war auch, daß beide Kreise hinter ihm gestanden hätten, der 22. Kreis aber war keineswegs damit einverstanden, und für einen Kreis allein mit nur etwa 4000 Abonnementen ist eine eigene Druckerei ein Unding, wenn wir nicht jährlich 25 000 Ml. Defizit haben wollen. Auch die andere Einteilung der Kreise ist keineswegs einfach. Dresden hätte sehr gern den 9. Reichstagwahlkreis abgegeben. (Heiterkeit und Zorn: Daran zweifeln wir nicht!) Der 9. Kreis wollte aber bei Dresden bleiben und ebenso erklären sich der 10., 17. und 19. Kreis mit der Chemnitzer Volksstimme und der Tätigkeit des Chemnitzer Agitationskomitees sehr zufrieden und wollte sich von Chemnitz nicht trennen, ebensoviel wie sich der 22. von Zwickau trennen will. Wir können doch nicht zugunsten eines einzelnen Wahlkreises etwas schaffen, was förend in den Vertrieb der andern eingreifen würde. Dazu kommt die geographische Lage. Unser Entwurf wollte den 19. Kreis an Zwickau angliedern, weil er näher an Zwickau liegt. Aber neben der geographischen Lage sind die Verkehrshverhältnisse in Betracht zu ziehen, und diese sind so, daß es einfach unmöglich ist, von Zwickau das Blatt überall hin in den 10. Kreis zu bringen, das muß eben von Chemnitz aus geschehen. Wenn die Parteidienst und der Abonnementenstand sich nicht ganz außerordentlich entwickeln, wird auch in den nächsten Jahren gar nicht daran zu denken sein, hier wieder solche Anträge einzubringen. Auch der Zwickauer hat man Annexionsgelüste vorgeworfen, aber mit Unrecht, sie denken gar nicht daran, sich noch irgend einen Kreis einverleiben zu wollen.

Der Genosse aus Limbach wollte den 15. Kreis entschuldigen, weil er den 10-Pfennig-Beitrag noch nicht eingeführt hat. Es liegt in dem Kreise 3335 organisierte Genossen vorhanden, der Kreis hat im ganzen 7200 Ml. aufgebracht, das macht also pro Woche und Kopf nur 4 Pfg. (Hört! hört!) Dass man damit den Klassenkampf in hervorragender Weise nicht führen kann, und daß man damit die Agitation nicht in die ländlichen Kreise tragen kann, liegt doch auf der Hand. (Sehr richtig!) Man weiß auf die Großstädte hin, aber auch in den Großstädten haben wir genau wie auf dem Lande mit Wochenlöhnen von 10 bis 18 Ml. zu rechnen. Wenn über die Klassevereine geklagt wird, so muß doch auch konstatiert werden, daß es damit in den Großstädten keineswegs so schlimm steht wie auf dem flachen Lande. (Lebhafte Sehr richtig!) Alle Neben-, die hinausgehen, müssen oft genug konstatieren, daß die Versammlungen nur deshalb nicht besucht sind, weil die Turnvereine, die Gesangvereine, die Slatvereine und viele ähnliche ihre Sitzungen abhalten. Hier muß die Erziehung einlehen, es muß den Leuten gesagt werden: Wenn ihr über eure traurige Lage klagen, so könnet ihr sie nicht dadurch verbessern, daß ihr in Privathäusern zusammen kommt, sondern ihr müßt die politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen auf der ganzen Linie unterstützen. Wenn man den Leuten zu Gemüte führt, daß der Kampf energischer geführt werden muß, weil ja auch die Verschlechterungsbestrebungen der Gegner stärker eingesen, so werden sie sich nicht scheuen, den 10-Pfennig-Beitrag zu zahlen.

Winkler-Lichtenstein: Wir konnten bisher den 10-Pfennig-Beitrag nicht einführen, wir werden uns aber bemühen, ihn so bald als möglich einzuführen.

Vorsitzender Lipinski: Die Landesversammlung hat einen bestimmten Termin angelegt, den 1. Juli.

Müller-Zwickau: Der 23. Wahlkreis hat dem Genossen Pöhlmann seinen Auftrag gegeben, die Errichtung einer eigenen Druckerei zu verlangen (Hört! hört!); sie haben sich mit dem Beschluß des Zentralkomitees aufzuladen gegeben. Die Genossen des 23. Wahlkreises, außer den Plauener, sind mit dem sachlichen Volksblatt durchaus zufrieden. Ob in einer Großstadt, die bei 110 000 Einwohnern nur 1927 Abonnenten hat, eine eigene Druckerei zu errichten möglich ist, überlässe ich dem Urteil der Parteidienst.

Mehnert-Chemnitz: Die Durchführung des 10-Pfennig-Beitrages wird auch da, wo sie noch nicht geschehen ist, in absehbarer Zeit erfolgen. Die Durchführung des Beschlusses wird aber uns Komiteemitgliedern erlaubt durch einzelne Genossen, auzeilen sogar durch solche, die eine Rolle in der Arbeiterbewegung spielen. Ich denke hier an einen Vorgang im 10. Kreise; ein Genosse, der fünf Jahre Vertrauensmann des Kreises war und der jetzt bei den Textilarbeitern als Beamter angestellt ist, trat, als ich pflichtgemäß für die Durchführung des 10-Pfennig-Beitrages in einem Kreis eintrat, auf und warnte davor (Namen nennen!), indem er ausführte, der 10. Kreis habe bei der Einführung des 10-Pfennig-Beitrages sofort ein Drittel seiner Mitglieder verloren. Braune sollte in seinem Bericht uns auch nachweisen, wieviel pro Kopf an Beitrag entrichtet wird.

Schuetzler-Zittau: Ich bin von den Mitteilungen Mehnersts sehr überrascht. Es ist wohl nichts dabei, wenn wir seinen Verwahrmann beim Namen nennen, zumal da dieser Genosse als früherer Vertrauensmann jetzt im vollen Maße seine Pflicht getan hat. Um so mehr bin ich überrascht. Die Angaben selbst sind falsch, wovon sich jeder aus der Statistik überzeugen kann; wir sind im Laufe der Jahre, wenn auch langsam, so doch ständig gestiegen. Ich bedanke, wenn Genosse Braune so unrichtige Angaben gemacht hat.

Bonitz-Grumbach: Wel und ist es momentan nicht möglich, den 10-Pfennig-Beitrag einzuführen. Sobald die Krise vorbei ist, werden wir es aber tun. Ich bitte deshalb, uns kein Misstrauensvotum zu erteilen.

Krause-Vogtland: Mit Recht hat Mehnerst den 15. Wahlkreis hergenommen. Auch ich war in jener Parteidienstversammlung und habe mich darüber gewundert, daß Funktionäre der Partei so sehr gegen den 10-Pfennig-Beitrag Stellung nahmen. Trotzdem bitte ich Sie, von einem Misstrauensvotum abzusehen, wir werden dadurch nichts erreichen. Die Genossen, die gegen den Beitrag gestimmt haben, halten keineswegs die Absicht, gegen den Beschluß der Landesversammlung zu opponieren, sie lassen sich von anderen Erwägungen leiten.

Schmidt-Zwickau: Auch in den Wahlkreisen, die den 10-Pfennig-Beitrag noch nicht durchgeführt haben, sind die Gewerkschaftshälften nicht schlechter, als wo anders. (Sehr richtig!) Gerade in den ärmsten Bezirken sind die Beiträge erhöht. Die Bestreitung, daß durch den 10-Pfennig-Beitrag ein Mitgliederchwund eintrete, ist durch die Erfahrungen widerlegt. Die Genossen müssen schon die bittere Hilfe schließen und unser Tadel nicht mehr als schädlich empfinden. Hoffentlich trägt die heutige Debatte dazu bei, daß die Genossen Mores lernen. Es gibt sogar einige Genossen im 17. und 19. Wahlkreis, die darauf hoffen, daß der Leipziger Parteitag den Beitrag auf 20 Pfg. festsetzt, aber trotzdem bleibt der Beschluß der Landesversammlung bestehen, denn die 20 Pfg. pro Monat sollen nur der Mindestbeitrag sein. (Sehr richtig!)

Jungnickel-Hunaberg: Ich will den Kreisen des Erzgebirges, die dem Beschluß nicht nachgekommen sind, keine Vorwürfe machen, aber man darf nicht vergessen, daß uns in den Nachbarbezirken daraus große Schwierigkeiten erwachsen. (Sehr richtig!) Interessant waren die Ausführungen Mehnersts, daß Gewerkschaftsbeamte gegen die höheren Beiträge agitieren. Ich unzulässig halte ich es, wenn eine Kreisversammlung noch einmal zu dem Beschluß der Landesversammlung Stellung nehmen will. Was die Landesversammlung beschlossen hat, das gilt für alle Kreise. (Sehr richtig!) Sonst würde es ja dahin kommen, daß in Zukunft auf den Landesversammlungen nur Beschlüsse gefaßt werden, die den Kreisen empfohlen werden. (Sehr wahr!) Es wäre aber ratsam, wenn über ganz besonders tief einschneidende Maßnahmen vor der Landesversammlung eine Besprechung zwischen den maßgebenden Faktoren der Kreise stattfindet, damit wir später nicht in die Lage kommen, einem Kreis eine Lüge erteilen zu müssen.

Becker-Harthau: Ich wünsche, daß auf der Landesversammlung nicht bloß die grobäugigen Fragen erörtert werden, sondern daß hier auch Fingerzeige für die Kleinarbeit erhalten. Wir sollten überhaupt der Kleinarbeit mehr Beachtung schenken und darüber beraten, wie wir sie intensiver betreiben können.

Müller-Röchling: Ich wundere mich besonders darüber, daß der 10. Kreis den 10-Pfennig-Beitrag noch nicht eingeführt hat, andere Kreise, die bedeutend schlechter dastehen, haben dem Beschluß längst Folge geleistet. Wenn wir jetzt nicht dazu Stellung nehmen, dann wird es dahin kommen, daß nach wie vor Beschlüsse der Landesversammlungen unbeachtet bleiben. (Sehr richtig!) Ebensoviel wie der Mitgliederstand der Gewerkschaften durch höhere Beiträge geringer geworden ist, brauchen auch wir durch den 10-Pfennig-Beitrag ein Stück unserer Mitgliederzahl noch weiter sinken. Auf alle Fälle aber müssen die Beschlüsse der Landesversammlung durchgeführt werden. (Zustimmung.)

König-Schönbach: Wenn ein Kreis arm ist, so ist es wohl der 23. Kreis, der sich delegiert hat. (Sehr richtig!) Wir haben uns ursprünglich auch gesträubt, den 10-Pfennig-Beitrag einzuführen, aber nachdem der Beschluß der Landesversammlung gefaßt war, haben wir uns gesetzt. Allerdings haben wir einen Mitgliederverlust zu verzeichnen, aber es fragt sich, ob der auf die Beitragserhöhung zurückzuführen ist oder nicht vielmehr auf die Krise. In Schönbeck a. B. haben wir jetzt allein durch die neue Tabaksteuer wieder eine Arbeitseinschränkung um 10 Prozent zu verzeichnen. Es ist sehr wohl möglich, daß dadurch unsere Mitgliederzahl noch weiter sinkt. Auf alle Fälle aber müssen die Beschlüsse der Landesversammlung durchgeführt werden. (Zustimmung.)

Winkler-Lichtenstein: Mit meiner Neuerung, wann die Beitragserhöhung durchgeführt wird, wissen wir nicht, wollte ich nicht etwa gesagt haben, daß wir die Beitragserhöhung auf unbestimmte Zeit hinauszögern wollen, wir werden vielmehr so bald wie möglich dazu kommen. Dass übrigens die Beitragserhöhung nicht so leicht durchführbar ist, lehrt die Tatsache, daß z. B. die Textilarbeiter in Glashau-Meerane dadurch sehr zurückgegangen sind.

Hösel-Leipzig: Unser Kreis hat längst den 10-Pfennig-Beitrag eingeführt. Aber ich halte mich doch für verpflichtet, mitzutun, daß aus dem Verein Leipzig-Plagwitz-Bindnau, der über 5000 Mitglieder zählt, in diesem Jahre eine ganze Menge alter Parteidienst, ihre Mitgliedschaft zurückgesetzt haben, sie haben von der Vergünstigung der Beitragserhöhung keinen Gebrauch gemacht, sondern gefagt, wir treten wieder bei, wenn wir Arbeit haben. Also, die Krise wird in Großstädten genau so wie in kleinen Städten empfunden. Mit Nachgiebigkeit gegen diejenigen, die keine höheren Beiträge zahlen wollen, richtet man nichts aus.

Günther-Pulsöni konstatiert, daß in seiner Heimat die Mitgliederzahl trotz der Beitragserhöhung und trotz der Krise von 20 auf 80 gestiegen ist.

Diermit schließt die

Das Schlusswort erhält:

Sindermann: Für mich war es interessant, was Nehnert vorstellt hat, daß nämlich ein Gewerkschaftsführer, der jetzt im Erzgebirge angestellt ist, die Parteigenossen gewarnt hat, die Beiträge zu erhöhen und dem Beschluss der Landesversammlung Rechnung zu tragen. Wenn ein Gewerkschaftsführer seiner Pflicht gegenüber der Gewerkschaft gerecht werden will — und gerade die Textilarbeiter haben ja die Beitragserhöhung in erster Linie notwendig, denn bei allen höheren Kämpfen müssen ja die andern Gewerkschaften und die Partei für sie eintreten — will ein Gewerkschaftsführer seiner Aufgabe gerecht werden, dann kann er niemals für niedrige Beiträge in der Partei sein, er müßte denn den Gedanken haben, je niedriger die Beiträge in der Partei sind, desto höher können sie für die Gewerkschaften sein. Das aber traue ich diesem Genossen nicht zu. Wir müssen heute aussprechen, daß wir die Durchführung des Beschlusses der Plauener Landesversammlung unter allen Umständen erwarten. (Sehr richtig!) Wir sprechen diese Erwartung auch angesichts der Tatsache aus, daß die Redner der in Frage kommenden Kreise erklärt haben, daß der gute Wille da ist und daß sie sich bemühen werden, den 10 Pfg.-Beitrag einzuführen. Haben die Funktionäre und die Vertrauensleute den guten Willen, dann wird die Beitragserhöhung auch durchgeführt werden. (Sehr richtig!) Einzelne Vertreter der Kreise, die den 10 Pfg.-Beitrag noch nicht haben, haben gesagt, daß sie in jeder Beziehung ihrer Pflicht nachkommen, daß sie keine Bushälfte von der Partei brauchen, und sie glauben, daß damit die Sache erledigt ist. Nein, so ist es nicht. Wenn so stark industrielle Wahlkreise, die über ein so großes Industrieproletariat verfügen, nicht in stande wären, Überhälften abzuliefern, was hätten wir dann in der allgemeinen Partei zu erwarten? Wie froh wären die Genossen des Ostens und die Genossen aus Mecklenburg, wenn sie keine Bushälfte brauchten! Nein, wir müssen dazu kommen, daß aus Sachsen mehr Überhälften nach Berlin geschickt werden, damit der Parteivorsitz schwächere Kreise unterstützen kann. Von diesem Gesichtspunkt müssen wir uns leiten lassen, denn wir sind keine sächsischen Partikularisten. (Sehr richtig!) Wenn und heute versichert wird, daß die Genossen alles tun wollen, was in ihren Kräften steht, um dem Beschluss der Landesversammlung Rechnung zu tragen, dann werden wir uns natürlich aufzuladen geben. Die Mütze fällt ja nicht weg, daß die Partefunktionäre nicht tätig genug waren, dem Beschluss nachzukommen. Landesversammlungsbeschlüsse unterliegen nicht der Genehmigung von Versammlungen, sondern sind einfach durchzuführen. Deshalb hoffe ich, daß wir und im nächsten Jahre nicht darüber zu unterhalten brauchen, sondern daß wir dann einfach konstatieren können, daß der 10 Pfg.-Beitrag in allen Kreisen durchgeführt ist. (Bravo!)

Pöhlmann-Plauen (persönlich): Ich möchte Müller gegenüber nur erklären, daß ich, wenn auch nicht die Meinung des Kreises, so doch wenigstens die Meinung der Plauener Genossen vertreten habe.

Müller-Zwickau (persönlich): Ich hätte meine Bemerkung nicht gemacht, wenn Pöhlmann nicht den Eindruck erweckt hätte, als ob er im Auftrage des Kreises spricht.

Vorsitzender Lipinski: Sindermann hat zuerst beantragt, den Kreisen, die den 10 Pfg.-Beitrag nicht durchgeführt haben, ein Tadelvotum auszusprechen, in seinem Schlusswort hat er erklärt, es dabei bewenden zu lassen, daß die Erwartung ausgesprochen wird, daß im laufenden Geschäftsjahre die Kreise den Beschluss durchführen. Ein bestimmter Antrag liegt nicht vor. Sindermann hat das Tadelvotum zurückgezogen (Widerspruch). Als Vorsitzender muß ich Abarbeit darüber haben, ob das Tadelvotum ausgesprochen werden soll oder ob die Landesversammlung die Erwartung aussprechen soll, daß ihr Beschluss bis spätestens zum Ablauf dieses Geschäftsjahrs durchgeführt sein muß.

Sindermann: Ich habe in meinen ersten Ausführungen betont, daß ich im Namen des Stift Komitees den Funktionären der Kreise, wo der Beschluss nicht durchgeführt, den schärfsten Tadel aussprechen muß. Will die Landesversammlung sich diesem Tadel anschließen, so ist das ihre Sache, ich habe einen solchen Antrag nicht gestellt. Deshalb habe ich im Schlusswort auch gesagt, daß die Allge. bestehen bleibt.

Vorsitzender Lipinski: Wir kommen also über das Tadelvotum zur Abstimmung. (Widerspruch.) Ja, wenn auch kein Antrag vorliegt, so ist doch die Willensmeinung der Versammlung zum Ausdruck zu bringen.

Kleßner-Dresden: Der Vorsitzende interpretiert ganz falsch was Sindermann gesagt hat. Wir haben nicht die Absicht gehabt, in Form eines Beschlusses ein Tadelvotum auszusprechen, wir wollten nur, daß Sindermann das hier vorbringt. Das ist geschehen und damit ist die Sache erledigt. (Zustimmung.)

Vorsitzender Lipinski: Da kein Widerspruch gegen diese Aussage erfolgt, können wir von einer Abstimmung Abstand nehmen.

Es folgt der

Kassenbericht.

Ernst Braune: Über den 10 Pfg.-Beitrag ist eine so ausgleibige Diskussion gepflogen worden, daß ich verzichten kann, hierauf einzugehen. Den Wunsch Nehnerts, die Kassenberichte der einzelnen Wahlkreise in bezug auf die materielle Wirkung auf den Kopf des einzelnen zu analysieren, kann ich heute nicht erfüllen, so interessant und wertvoll derartige Untersuchungen auch sind. Für das laufende Jahr werde ich aber diese Frage im Auge behalten. Den von Sindermann bereits ausgesprochenen Wunsch, die Gesamteinnahmen und Ausgaben in den Jahresberichten in Erscheinung treten zu lassen, kann ich nur unterstützen, denn nur dadurch erhalten wir ein klares Bild.

Der Kassenbericht selbst liegt gedruckt vor Ihnen, Sie verlangen deshalb wohl nicht, daß ich ihn vorlese. Vergleicht man die Zahlen des vorjährigen mit dem Ihnen vorliegenden Kassenabschlüsse, ergibt sich, daß bei einem Kontos die Ausgaben höhere geworden sind. Vor allem trifft das Gesagte zu auf das Konto Drucksachen, Agitation und Delegation. Ein sicherer Beweis dafür, daß die Arbeitsleistung des Zentralkomitees eine größere geworden ist. Der Kassenbericht ist bei unserer Kasse gegen das Vorjahr ein um rund 3000 M. geringerer geworden. Verschuldet wurde der Umstand dadurch, daß Fälle eingetreten, in denen es für die Partei zur Ehrensache wurde, daß helfen mit Unterstützung oder Darlehen eingegriffen wurde. Ein bedeutendes Anschwollen der Ausgaben auf diesem Konto war die unausbleibliche Folge. Als neues Einnahmetonto erscheint diesmal das Konto für den Agitationskalender. Die

erfolgreiche Arbeit des Zentralkomitees für die Arbeit, die er geleistet hat, um das Zentralkomitee zu unterstützen. Auch wir halten das Kartensystem für das einzige richtige und empfehlen es allen Kreisen zur Nachahmung und zur Einführung. Die großen Gewerkschaften haben ja mit diesem System außerordentlich gute Erfahrungen gemacht. Das die Fragebogen betrifft, so wurde auf der vorjährigen Landesversammlung ausdrücklich konstatiert, daß in allen Fragebogen an das Zentralkomitee die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben aufgeführt sein müssen. Das ist auch von allen Kreisen mit Ausnahme des 18. geschehen, und als ich den gedruckten Bericht aus dem 18. Kreise erhielt, habe ich sofort die Richtigstellung vorgenommen. Ich wiederhole noch einmal, daß selbstverständlich die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben aufzuzählen sind.

Weiterer Wortmeldungen liegen nicht vor.

Braune (Schlusswort): Wir wissen sehr wohl, daß sich die von Rößel empfohlenen Einrichtungen nicht mit einem Schlag durchführen lassen, aber ich möchte Sie bitten, die Ausführungen Rößels sich sorgfältig zu überlegen, ich glaube, Rößel wird die Freundschaft bestehen, den Wahlkreisen, die es wünschen, mit Material zur Seite zu stehen, damit so der Grundstein für eine einheitliche Buchführung gelegt werden kann. Die Hauptfach ist, daß Sie alle das Kartensystem einführen und ein Mitgliederverzeichnis einrichten, wie es hier vorgelegt ist. Das wird Ihnen die Arbeit bedeutend erleichtern, Sie werden dadurch eine bessere Übersicht und ein klareres Bild erhalten.

Entsprechend dem Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Auf Vorschlag von Lipinski werden im Anschluß hieran die Anträge 1, 2 und 3 zur Debatte gestellt:

Etwas Anträge, die bei Annahme und Durchführung die Wirkung haben, daß sie die Kasse des Zentralkomitees durch höhere Ausgaben in Wissenschaft ziehen, müssen wir damit beantworten, daß wir beantragen, den Teil, den wir prozentual der Mitgliederbeiträge im Umlageverfahren erheben, um mindestens 1% Prozent zu erhöhen. Soll diese Kasse ein Neues Reservoir bleiben, aus welchem in unvorhergesehenen Fällen einmal gefüllt werden kann, muß der Kassierer sorgen, daß sie nicht gänzlich ausgepumpt wird. (Sehr wahr!)

Nun zu dem in Plauen angenommenen Antrag des 17. Kreises, für eine einheitliche Führung der Kassenbücher und Mitgliederlisten die Unterlagen zu beschaffen. Wie es gar nicht anders sein könnte, wandten wir uns an die Kreise, welche die größten Mitgliederzahlen aufzuweisen haben, um deren Geschäftsführung genauer kennen zu lernen. Da hat nun in der jüngsten Zeit der 18. Wahlkreis ein vorzügliches System herausgebildet, mit welchem auch bei der stärksten Mitgliederzahl übersichtlich und korrekt gearbeitet werden kann, sich aber auch jedem kleinen Verein eignet. Ihm am nächsten steht der 6. Kreis. Der Parteisekretär Genosse Rößel, welcher hier anwesend ist, hat sich erboten, praktisch Ihnen dieses System vorzuführen, Sie damit vertraut zu machen.

Schon die Beitragsklärung ist vollständiger; die zuletzt gestellten vier Fragen überheben uns — bei genauer Beantwortung derselben — später der Höhe des Nachfrages: was wir von dem Mitglied zu wissen nötig haben. Eine sehr wichtige, vielleicht die wichtigste Einrichtung hierbei ist, das Hauptmitgliedsbuch zu verlaufen mit dem Kartensystem. Gegen dieses Mitgliedsbuch haben sich fast ausschließlich alle Bedenken gerichtet, namentlich wegen der vielen unzähligen Arbeit, die es bei der starken Fluktuation unserer Mitglieder verursacht und weil es zu oft erneuert werden möchte. Das Personal-Kartensystem — übrigens auch schon bei Gewerkschaften zur Einführung gebracht — verursacht diese unnötige zeitraubende Arbeit nicht. Es ermöglicht eine stete Kontrolle über prompte Beitragsleistung der Mitglieder durch den Bezirkskassierer, der die Beiträge durch den Haushaltsersteller einholen läßt. Ein großer Vorteil dieses Systems liegt in seiner Beweglichkeit, bei Wohnungsveränderungen unserer Mitglieder, sei es innerhalb des Kreises oder von einem Kreis in den andern, gehen uns diese nicht so leicht verloren, wenn die Karten sofort der betreffenden Bezirk-, oder Kreisorganisation zugesandt werden. Diese Personalkarte wird und muß ständig in Bezug auf geleistete Beiträge mit der Karte des Haushalters übereinstimmen, sobald sie ordnungsgemäß von einem oder dem andern geführt wird. Das Hauptmitgliedsbuch, oder Mitgliederverzeichnis, kann in Wechseln mit den Mitgliedern, in denen die Mitglieder summarisch geführt werden, wie wir sie empfehlen. Der Zu- und Abgang der Mitglieder ist in den hierfür eingerichteten Rubriken regelmäßig einzutragen und dabei auch die Ursache des Abgangs mit anzugeben. Es läßt sich somit zu jedem Zeitpunkt der Mitgliederbestand leicht feststellen. Über einheitliche Kassenbücher sind Ihnen ebenfalls Schemata zugegangen, und zwar ein solches zur Auslegung eines Kassenbuches für den Kassenkassierer und ein solches für Bezirkskassierer. Über Beibücher der Unterklasse im Verkehr mit den Bezirkskassierern zum Zwecke des gegenseitigen Drittiers über empfangene Gelder und Marken und deren zweckmäßige Einrichtung können Sie am besten sich orientieren, wenn Sie die Unterlagen, die Ihnen Genosse Rößel geben wird, selbst eingehend studieren. Sie würden durch bloße wörtliche Schilderungen wenig profitieren. Wir haben die Überzeugung, daß bei gutem Willen eine gründliche Neuerung durchzuführen, die zum Vorteil eines jeden Kreises sich beweisen lassen wird.

Wird es uns dadurch möglich, eine noch bessere Ordnung und Übersicht in unseren gesamten Haushalt zu bringen, wird uns dadurch möglich, eine Musterseinrichtung zu schaffen, mit der wir die Fluktuation meistern können, so werden wir damit im Ausbau und Stärkung unserer Gesamtorganisation einiges Stütz vorwärts kommen. Der Sozialdemokratie zu Nutzen und deren Feinden zum Trutz! (Beifall.)

Schmidt-Zwickau teilt namens der Revisoren mit, daß Bürger und Belege in Ordnung sind, und beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen.

Rößel-Leipzig wünscht, daß das Zentralkomitee eine Revision seiner Fragebögen vornehme. Wir haben jetzt zwei verschiedene Systeme, in einigen Kreisen herrscht das zentralistische System, in anderen Kreisen arbeiten die Ortsvereine selbstständig, sie führen nur 25% Proz. an die Kreiskasse ab und dafür werden alle Agitationskosten belastet. Aus diesem Zustand erwachsen dem Kassierer Schwierigkeiten. Warum möchte ich davor, dort, wo das Kartensystem besteht, wieder auf das Mitgliedsbuchsystem zurückgreifen. (Zustimmung.) Das Kartensystem hat den Vorteil, daß an jeder Zeit beliebig viel Personen daran arbeiten können, die Statistik wird dadurch leichter aufgenommen werden können. Über den Wert der Statistik werden ja die Meinungen nicht auseinandergehen. Im Interesse einer Verminderung der Fluktuation empfiehlt sich die Wahl von Beikassierern neben den Ortskassierern; je weniger die Mitglieder mit Beiträgen rückständig sind, desto stabiler wird der Mitgliederbestand sein. Für Revisionen ist der Markenkontozeitest, den wir eingesetzt haben, dringend nötig, es werden dadurch Beitragsreihen verhindert. Auch die Beikassiererbücher halte ich für empfehlenswert; werden diese Beikassiererbücher richtig geführt, dann sind Unterschlagungen ausgeschlossen. Man wende nicht ein, daß unsere Einrichtungen burokratisch sind, es handelt sich lediglich darum, die Buchführung klar und übersichtlich zu gestalten, den Grund der Fluktuation statistisch zu erhalten sowie weiteres statistisches Material zu gewinnen.

Sindermann: Wir sind Rößel dankbar für die Arbeit, die er geleistet hat, um das Zentralkomitee zu unterstützen. Auch wir halten das Kartensystem für das einzige richtige und empfehlen es allen Kreisen zur Nachahmung und zur Einführung. Die großen Gewerkschaften haben ja mit diesem System außerordentlich gute Erfahrungen gemacht. Das die Fragebogen betrifft, so wurde auf der vorjährigen Landesversammlung ausdrücklich konstatiert, daß in allen Fragebogen an das Zentralkomitee die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben aufgeführt sein müssen. Das ist auch von allen Kreisen mit Ausnahme des 18. geschehen, und als ich den gedruckten Bericht aus dem 18. Kreise erhielt, habe ich sofort die Richtigstellung vorgenommen. Ich wiederhole noch einmal, daß selbstverständlich die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben aufzuzählen sind.

Weiterer Wortmeldungen liegen nicht vor.

Braune (Schlusswort): Wir wissen sehr wohl, daß sich die von Rößel empfohlenen Einrichtungen nicht mit einem Schlag durchführen lassen, aber ich möchte Sie bitten, die Ausführungen Rößels sich sorgfältig zu überlegen, ich glaube, Rößel wird die Freundschaft bestehen, den Wahlkreisen, die es wünschen, mit Material zur Seite zu stehen, damit so der Grundstein für eine einheitliche Buchführung gelegt werden kann. Die Hauptfach ist, daß Sie alle das Kartensystem einführen und ein Mitgliederverzeichnis einrichten, wie es hier vorgelegt ist. Das wird Ihnen die Arbeit bedeutend erleichtern, Sie werden dadurch eine bessere Übersicht und ein klareres Bild erhalten.

Entsprechend dem Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Auf Vorschlag von Lipinski werden im Anschluß hieran die Anträge 1, 2 und 3 zur Debatte gestellt:

1. Die fünf Agitationssomitees:

Die Landesversammlung beschließt, beim Parteitag zu beantragen, daß der Mindestbeitrag für die Partei im Organisationsstatus auf 10 Pfg. pro Woche festgesetzt wird.

2. Die Genossen des 20. Kreises:

Dem § 14 des sächsischen Organisationsstatus ist folgende Fassung zu geben: Außerdem sind stimmberechtigt auf der Landesversammlung: die sächsischen Landtags- und Reichs-

tagabgeordneten der Partei, die Mitglieder des Zentralkomitees und der Bezirks-Agitationssomitees, sowie die Bezirks-Parteisekretäre.

3. Die fünf Agitationssomitees zu § 6 Ziffer 4 Satz 2:

Für Referate ist in der Regel zu vergüten: für Versammlungen, zu denen der Redner sich erst in den Abendstunden zu begeben braucht und vor Mittwochnacht wieder an seinen Wohnort zurückkehren kann, mindestens 6 M.; für Versammlungen, die einen größeren Zeitraum erfordern, exclusive der erledigten Lohnentgelte bis 10 M.; für Versammlungen außerhalb des Wohnortes des Redners, sofern sie ein Übernachten nötig machen, einschließlich des Übernachtens 10 M. Außerdem ist Fahrgeld dritter Klasse zu vergüten.

Außerdem wird mit zur Beratung gestellt ein Zusatzantrag Pöhlmann-Plauen zum Antrag 1:

Die Bücher und Marken müssen für ganz Deutschland gleich sein.

Sindermann: Der Antrag 1 spricht für sich selbst, er ist nur die Konsequenz unserer Beschlüsse. Der Antrag wird jedenfalls auf dem Parteitag in Leipzig angenommen werden. Lipinski und ich sitzen in der Organisationskommission, und wir wissen, daß der Beschluß, den Mindestbeitrag auf 10 Pfg. monatlich zu bemessen, nur dem Umstand zu danken ist, daß die Berliner damals nicht für 10 Pfg. wöchentlich zu haben waren. Inzwischen hat sich in Berlin ein Meinungsumschwung vollzogen und auch in der Diskussion über das neue Organisationsstatut ist ja in weitesten Kreisen das Streben aufgetreten, den Mindestbeitrag auf 10 Pfg. pro Woche festzulegen. Zu dem Zusatzantrag Pöhlmann kann ich mich im Namen des Komitees nicht äußern, ich persönlich billige ihn nicht. Unsere Bezirkssekretäre und Vertrauensleute würden dadurch eine kolossale Arbeit erhalten.

Der Antrag 1 wird hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Pöhlmann-Plauen begründet seinen Antrag, der lediglich eine Konsequenz des eben gesagten Beschlusses sei. Auch wenn einheitliche Mitgliedsbücher eingeführt sind, können natürlich Extrabeiträge von den einzelnen Organisationen erhoben werden. Zeit gibt es Genossen, die drei, vier, fünf verschiedene Mitgliedsbücher haben. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Lipinski: Ich bitte, sich, bevor man Anträge stellt, besser zu informieren. Der Parteitag hat bereits beschlossen, einheitliches Verwaltungsmaterial zu beschaffen, und der Parteivorstand hat auch bereit Probematerial verlandt. Würden wir nun diesen Antrag annehmen, dann würden wir dadurch konstatieren, daß wir davon keine Ahnung haben, wir würden uns ein Ausweiszetteln ausstellen. (Sehr richtig!) Ich bitte also die Antragsteller, doch vorher mit sich zu Rate zu gehen, ob ihre Anträge nicht etwa schon überfordert sind. (Zustimmung.)

Rößel-Leipzig: Diejenigen, die ein einheitliches Buch noch nicht haben, können es hier einsetzen. Der 18. Kreis hat bereits einheitliche Bücher angesetzt. Wünschenswert wäre es nur noch, daß dafür gesorgt wird, daß die Marken der einzelnen Kreise in einer Größe hergestellt werden, die den vorgebrachten Feldern entspricht. Diese Anregung könnte man vielleicht auf dem Parteitag geben.

Plermit schlägt die Debatte.

Der Antrag Pöhlmann wird abgelehnt.

Den Antrag 2 begrüßt

Jungnickel-Arnaberg: Es handelt sich darum, eine Klärung zu schaffen. Wir haben in Sachsen bereits Bezirksssekretäre, die unserer Meinung nach eine Stellung einzunehmen, die es notwendig macht, auf der Landesversammlung zu erscheinen. Die Landesversammlung läßt an unserer Tätigkeit kritisieren, da müssen wir doch die Möglichkeit haben, uns zu verteidigen. Die Unterstützer, die dadurch entstehen, sind nicht beträchtlich und werden ja auch von Berlin aus gedeckt.

Sindermann: Anträge soll man nicht annehmen, wenn es nicht nötig ist. Und nötig ist es nicht, es sind die drei Bezirksssekretäre, als Delegierte gegen und serner ein Wahlkreissekretär. Was übrigens den Bezirksssekretären recht ist, ist den Wahlkreissekretären billig. (Sehr richtig!) Die Verantwortung, von der Genosse Jungnickel sprach, liegt bei dem Bezirksssekretärs.

Gerhard Pöhl schlägt sich den Ausführungen Sindermanns an.

Götsche-Mittweida verzichtet, da Sindermann schon das Nötige ausgeführt hat.

Antrag 2 wird abgelehnt.

Es folgt Antrag 3.

Sindermann: Dadurch, daß heute schon konstatiert werden muss, daß die Redner, die hinausgehen, aus ihrer Tasche zu legen müssen, haben die Gewerkschaften die Sache für Referenten erhöht, und es ist verständlich, wenn die Landesversammlung ein gleiches beschließt. Es handelt sich um eine Erhöhung von 1 Mark.

Rößel-Leipzig: Ich habe Antrag, mich gegen den Antrag zu wenden, seine Annahme würde in den kleinen Vereinen eine Krise herbeiführen.

Lipinski: Statt der Säge von 5 bis 10 M., die heute vorgenommen sind, sollen nach dem Antrag die Säge 6 bis 10 M. betragen; der Rest des Antrages ist nur eine klarere Fassung dessen, was auch jetzt beim Übernachten üblich ist.

Meissner-Dresden: Ich bitte, gegen die Erhöhung von 5 auf 6 M. zu stimmen; 5 M. stellen einen angemessenen Ertrag der Auslagen dar. In Preußen zahlt man nur 5, höchstens 4 M. Die anderen Säge des Antrages bitte ich anzunehmen.

Fröhndorf: Auch ich werde gegen eine Erhöhung des Mindestbeitrags stimmen.

Kleßner-Dresden: Ich will doch darauf hinweisen, daß es eine ganze Reihe von Referenten gibt, die nicht in

2. Beilage zu Nr. 194 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 24. August 1909.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. August.

Geschichtsalender. 24. August 1572: Bartholomäusnacht (Pariser Bluthochzeit). 24. August 1652: Niederneigung zahlreicher Augenototen. 1750: Der Dichter Adolf Christian von Kleist gestorben. 1897: Der Dichter Adolf Wissbrandt in Rostock geboren. 1868: Die Altherrschaftstellerin Charlotte Birch-Pfeiffer in Berlin gestorben. 1888: Der Physiker Rudolf Clausius in Bonn gestorben. 1808: Vorschlag des Barons von Kuglau zu einer allgemeinen Abstimmungskonferenz. 1903: Der Schriftsteller Ernst Krause (Carnus Sterne) gestorben. 1905: Der Augenarzt Karl Schwegger in Berlin gestorben.

Sonnenaufgang: 4.58, Sonnenuntergang: 7.8.
Mondaufgang: 2.4 nachm., Monduntergang: 10.14 nachm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. August:
Ostwestwinde, heiter, warm, trocken.

Noch keine Einigung im Bierkrieg.

Die Handelskammer, die von den Gastwirten als Einigungsinstant angerufen wurde, hat es abgelehnt, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Sie sandte dem Vorsitzenden des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, Jährlinie Leipzig, folgendes Schreiben:

Dem Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Jährlinie Leipzig, teilen wir auf das Schreiben vom 20. d. M. nach eingehender Beratung mit dem Ausdruck des Dankes für das uns geschenkte Vertrauen folgendes mit:

Das Handels- und Gewerbeamtsgesetz vom 4. August 1900, das den Geschäftskreis der Handelskammer umgrenzt, sieht im vorliegenden Falle geboten worden ist, nicht als Aufgabe der Handelskammer vor. Aber selbst wenn man hiervon absieht, ist die Handelskammer nicht in der Lage, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, so lange nicht sämtliche an der Frage beteiligten Verkehrsfirmen die Handelskammer als Einigungsinstant anrufen. Erst dann wird die Handelskammer endgültig Entschließung fassen können. Uebrigens glauben wir, wenn wir uns das Zustandekommen einer Einigung im Interesse aller Beteiligten wünschen und befürworten, daß als Einigungsinstant im vorliegenden Falle weit eher eine Staats- oder Verwaltungsbörse in Frage kommt, der alle Beteiligten gleichmäßig untersteht.

Die Handelskammer.

Trotzdem die Wirt in ihrer letzten Versammlung zum Ausdruck brachten, daß das Anrufen der Handelskammer als letztes Entgegenkommen gegenüber den Brauereien zu betrachten sei, haben sie sich dennoch entschlossen, weitere Einigungsverhandlungen mit den vereinigten Brauereien anzubahnen. Heute früh nahmen die Leiter der hiesigen Gastwirtschaftsorganisationen noch einmal Stellung zu der Angelegenheit. Wie wir hören, wollen die Gastwirte auf ihrem Standpunkte beharren und den Brauereien nicht mehr als 2.50 M. pro Hektoliter bewilligen.

Die Flaschenbierhändler haben sich, ohne den Brauereien ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen, der Preiserhöhung unterworfen. Die Brauereien hatten den Flaschenbierhändlern ein besonderes Schreiben zugesetzt, in dem die Preise für Flaschenbiere an Wiederverkäufer festgesetzt wurden: Ein Kasten, enthaltend 30 Flaschen Lagerbier 2.85 M., Tafelbier 2.85 M., Kulmbacher 3.30 Mark, Pilsener 3 M. und Schankbier 2.10 M. Dementsprechend haben die Flaschenbierhändler ihre Preise ebenfalls erhöht.

Heute vormittag 11 Uhr fand eine Sitzung des Ausschusses der Gastwirte mit Vertretern der Brauereien statt, in der man sich aber nicht einigen konnte. Die Vertreter der Gastwirte rütteten daher das dringende Erfuchen an die Brauereien, bis Mittwoch früh endgültig Bescheid zu geben, ob die Brauereien an der Erhöhung von 3.20 M. pro Hektoliter festhalten. Die Brauereivertreter werden heute Nachmittag zur Beratung zusammenkommen, während die Gastwirte morgen früh zu dem Entschluß der Brauereien Stellung nehmen werden.

*

Eine in Breslau abgehaltene Beratung von Vertretern der Eisenbahndirektionen Breslau, Kattowitz und Posen wegen Festsetzung der Bierpreise in den Bahnhofswirtschaften hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Bahnhofswirte für die Zukunft $\frac{1}{2}$ Liter Lagerbier für 10 Pf. (bisher $\frac{1}{2}$ Zehntel) und $\frac{1}{2}$ Liter für 15 Pf. (bisher $\frac{1}{2}$ Liter) verkaufen dürfen. Eine Erhöhung der Verkaufspreise für die aus Bayern und Böhmen kommenden Biere tritt nicht ein. Auf einer Versammlung der Bahnhofswirte der Provinz Schleswig-Holstein wurde mitgeteilt, man habe den Eisenbahminister erfuhr, eine andere Preisberechnung für Getränke auf allen Bahnhöfen der Provinz zu genehmigen, nachdem infolge der Steuererhöhung für das Hektoliter Bier 5 M. mehr bezahlt werden müsse. Der Minister habe geantwortet, daß den Wünschen der Bahnhofswirte nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll. Ob der Minister den Herren nicht mitgeteilt hat, daß der Preisaufschlag pro Hektoliter infolge der Steuererhöhung nicht 5, sondern höchstens 2 M. beträgt? — Auch die Frankfurter Wirt und Brauereien wollen die Konsumenten schützen und den Preis des Bieres auf 14 resp. 12 Pf. erhöhen. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Partei- und Gewerkschaftsvertrauensleute beschloß jedoch, nur 13 resp. 11 Pf. zu zahlen. Falls die Wirt und Brauereien damit nicht einverstanden sind, soll der Kampf aufgenommen werden. Die Frankfurter Arbeiter wollen zeigen, daß sie sich nicht freiwillig das Fell über die Ohren ziehen lassen.

In Bant-Wilhelmshaven haben die Wirt einer Erhöhung um 4 M. pro Hektoliter seitens der Brauereien zugestimmt und versuchen jetzt, für jedes Zehntel-Liter 5 Pf. zu nehmen, während bisher pro Liter 30—40 Pf. bezahlt wurden. Eine Versammlung unter freiem Himmel, die 5000 Teilnehmer aufwies, nahm eine Resolution an, in der sich die Anwesenden verpflichteten, nur in solchen Wirtschaften Bier zu trinken, in denen nicht mehr als 10 Pf. für $\frac{1}{2}$ Liter, 15 Pf. für $\frac{1}{2}$ Liter und 18 Pf. für $\frac{1}{2}$ Liter gefordert werden. — Eine große Anzahl von Wirt hat bereits den alten Preis von 10 Pf. für

$\frac{1}{2}$ Liter wieder eingeführt, nachdem in den letzten Tagen in Versammlungen usw. fast nur Seltner oder dergleichen getrunken wurde, doch verlangt man jetzt für den $\frac{1}{2}$ Liter 20 Pf. Um die Heraussetzung dieses Preises auf 18 Pf. dürfte es noch zu Konflikten kommen.

Der Tarif der Bautischler

spielte in der gestrigen Sitzung des Gewerbegerichts Leipzig-Stadt die Hauptrolle. Es handelte sich um eine Streitsache, die bereits seit langer Zeit anhängig ist und deren Entscheidung dadurch Schwierigkeiten verursachte, daß der Tarif der Bautischler infolge von offensichtlichen Ecken vorstieg. Der flagende Tischlergehilfe hatte eine Anzahl Türen angefertigt und sie nach Tarif berechnet. Er hat jedoch, da die Türen teilweise in außergewöhnlicher Art hergestellt waren, noch besondere Arbeit damit gehabt, die im Bohn Tarif nicht vorgesehen ist und für die der Gehilfe daher besondere Vergütungen forderte. Der Tischlerobermeister Sievers wurde vom Gericht als Gutachter herangezogen. Dieser Herr erstaunte sein Gutachten zu ungünstigen Bedingungen. Er hält den von dem Gehilfen geforderten Preis für zu hoch und rechtfertigte ihn daher um 50 Pf. für jede Tür. Obwohl der Gehilfe ausdrücklich darlegte, daß ihm nicht zugemutet werden kann, Mehrarbeit lediglich deshalb umsonst zu leisten, weil der Tarif darüber keine Bestimmung enthält, ließ sich der Herr Obermeister nicht herbei, irgendwelche Konzessionen zu machen. Selbst die Anregung eines bestehenden Tischlermeisters, aus Billigkeitsgründen etwas zugulegen, vermochte Herrn Obermeister Sievers nicht irre zu machen. Er erklärte, daß der flagende Gehilfe bestreitbare, ihn tariflich festzulegen, um dadurch für den Holzarbeiterverband etwas herauszuschlagen. Auf vielfaches Drängen, selbst von Seiten des Vorstehenden, bestätigte der Herr Gutachter seine Ansicht, daß der von ihm herabgerechnete Preis angemessen sei, als seine "persönliche praktische Annahme". Er wollte keine Angeständnisse machen, weil diese sofort vom Holzarbeiterverband als eine Tariffestlegung angesehen werden würden.

Das Gericht zog sich zur Beratung zurück. Der Vorstehende teilte alsdann mit, daß man sich dahin entschieden habe, dem Gehilfen für jede Tür 15 Pf. zuzulegen. Er empfahl daher den Parteien, sich vor der Verkündung des Urteils in diesem Sinne zu vergleichen, damit sie die Gerichtskosten ersparen. Diesen Rat befolgte man auch, worauf der Gutachter erklärte, daß er selbst dafür sei, daß etwas mehr beachtet werde, aber man möchte die schwierige Position beachten, in der er sich als Vorstehender der Tischlerunion befindet, wenn er in seiner Eigenschaft als Gutachter vor dem Gewerbegericht den Tarif ausschneiden sollte.

Die Gewissenhaftigkeit des Gutachters, soweit seine Unternehmernatur in Frage kommt, erkennen wir lächelhaft an.

Nach allgemeiner Meinung aber hat der vereidigte Gutachter vor Gericht den Unternehmer abzustreifen und objektiv ohne ängstliche Rückfrage auf Auftretende sein Verdikt abzugeben, wenn er sich nicht dem Vorwurf ausgesetzt will, daß er als gerichtlicher Sachverständiger lediglich die Interessen der Unternehmer vertrete.

Der Rat des Vorstehenden an die Parteien, in Zukunft vor Beginn der Arbeiten die Preise im einzelnen genau zu vereinbaren, ist allgemein beherzigend gewertet.

Ein prügelter Bäckermeister. Am Mittwoch voriger Woche, abends 11 Uhr, wurden die Bewohner des Hauses Gasteinstraße 35 in Connewitz durch herzerreißendes Schreien und Jammer aus dem Schlaf geschreckt. Der Bäckermeister Oskar Lindner erprobte praktisch seine Erziehungsmethode an einem Lehrling. Einmal geringen Vergehens wegen verprügelte der Meister den Jungen derartig, daß sich dieser in ärztliche Behandlung begeben mußte. Etwa 30 blutunterlaufenen Streifen, teilweise fingerbreit, hatte der Junge, wie das ärztliche Attest besagt, davongetragen. Bei einer solchen Behandlung verspürte der Lehrling selbstverständlich keine Lust, in dem Bäckereidorado weiter zu arbeiten, zumal er befürchtete, noch einmal Prügel in verbesselter Auslage zu erhalten. Er wendete sich an die Organisationsleitung vom Verband der Bäcker und Konditoren und bat diese, den Meister zu bewegen, daß er die Sachen des Lehrlings herausgabe. Der Meister jedoch erklärte dem vorstehenden Verbandsvorstand kategorisch: Die Sachen bleiben hier! Nicht einmal einen Anzug gab er heraus, wodurch der Junge gezwungen ist, im mehbstäubigen Arbeitsanzug herumzulaufen.

Nach dem Vorgesetzten und was sonst noch über Herrn Lindner bekannt ist, scheint derselbe besonders dazu qualifiziert, den armen Lehrlingen die Lust an dem „geheiligten, von den Vätern ererbten Beruf“ völlig auszubauen.

Abrufvorrichtungen auf den Bahnhöfen. Abrufvorrichtungen, um den Reisenden die Abfahrtzeit und den Abfahrtsbahnsteig der einzelnen Züge rechtzeitig bekannt zu geben, sind verschiedenweise auf einer Anzahl von preußischen Bahnhöfen aufgestellt worden. J. B. besteht eine solche in Halle. Die Einrichtung hat sich bewährt. Die preußische Eisenbahnverwaltung bestätigt deshalb, sie auch auf anderen größeren Bahnhöfen einzuführen. Dagegen erwartet die Eisenbahnverwaltung keinen Erfolg mit Vorrichtungen zum Anzeigen der Stationen innerhalb der einzelnen Abteile der Eisenbahnwagen. Sie ist der Ansicht, daß sich solche Einrichtungen im Verkehr nicht bewähren würden. Zu den unverhältnismäßig hohen Betriebsaufwendungen würde noch eine erhebliche Vermehrung des Personals zur Unterhaltung und Bedienung dieser Einrichtungen eintreten. Bei dem Kauf der einzelnen Personenwagen in verschiedenen Zuggattungen und auf verschiedenen Strecken sind Brillen in der Bedienung der Vorrichtungen zu erwarten, die unrichtige Stationsangaben herbeiführen würden. Da solche Anzeigevorrichtungen judem starken Schlagwirkungen der Schnellfahrenden Züge ausgesetzt sind, würde auch ihr öfteres Verfallen nicht zu vermeiden sein. Es sollen deshalb erst gar nicht Versuche damit gemacht werden. Dagegen ist die Eisenbahnverwaltung bemüht, durch Vermehrung der Schilber mit dem Stationsnamen an den Bahnhöfen an Stellen, wo sie ins Auge fallen, den Reisenden das rechtzeitige Erkennen der Zielstation zu erleichtern.

Reinigt das Obst vor dem Essen! Die Hauptzeit des Obstverkaufs und -genusses steht jetzt ein. Es ist daher notwendig darauf hinzuweisen, daß gekauftes Obst vor dem Genuss unbedingt gereinigt werden muß. Es ist nicht nur unappetitlich, staubiges Obst, wie es vom Markt kommt, auf den Tisch zu bringen, sondern auch nachteilig für die Gesundheit. Besonders den für alle Krankheitserreger sehr empfänglichen Kindern kann ungereinigtes Obst oft verhängnisvoll werden. Abwaschen, bei Apfeln und Birnen starkes Abreiben mit einem reinen leinenen Tuch, ist in jedem Falle zu empfehlen. Gewaschenes Obst lasse man vor dem Genuss wieder trocken.

Die Universitäts-Ausstellung im Alten Rathaus ist vom Donnerstag ab wieder regelmäßig von 10 bis 1 Uhr und von 8 bis 8 Uhr geöffnet. Dank dem einflügigen Entgegenkommen der beteiligten Universitäten, Bibliotheken, Museen, Behörden und Privatsammlungen kann die Ausstellung auch weiterhin in ihrem ursprünglichen Umfang gezeigt werden. Mit besonderer Dankbarkeit ist es zu begrüßen, daß die Handzeichnungen Goethes der Ausstellung erhalten geblieben sind.

Berungslück ist gestern nachmittag eine 82jährige Frau in Möckern. Infolge eines Rehritzes stürzte sie die Kellertreppe hinab und lugte sich die rechte Schulter aus. Außerdem erhielt sie eine starke Verletzung am Hinterkopf. Sie mußte nach ihrer Wohnung getragen werden, wo sie sofort in ärztliche Behandlung genommen wurde.

Vermisst wird seit dem 20. v. M. die in der Winborfer Straße wohnende Arbeiterschreineraus Anna Marie Wadewitz geb. Becker mit ihrem fünfjährigen Knaben. Die Angehörigen beklagen, daß sich die Frau mit ihrem Kind ein Leid angeliebt hat. Sie ist mittelgroß, schlank, hat blondes Haar, braune Augen und gesundes Aussehen.

Zwei Selbstmorde. Erstochen hat sich gestern in der Löherstraße ein in Rösen geborener 27 Jahre alter Bankbeamter. — In der Elisenstraße legte sich gestern früh der Kurz vor dem Assessorexamen liegende, sehr vermögende Referendar Walter May aus Dresden, vor den Spiegel und schoß sich eine Kugel in den Kopf. In beiden Fällen soll Krankheit der Beweggrund zur Tat gewesen sein.

Abgestutzt. In der Gutsmuthsstraße ist vorgestern ein 18jähriger Knabe aus dem Abiturienten im 3. Obergeschoss eines Hauses auf die äußere Fensterbrüstung gestiegen, um von da aus auf das danebenliegende niedrigere Dach zu klettern. Dabei ist der Wagenhals abgerutscht und in den Hof gestürzt, so daß er mit Arm- und Beinbrüchen sowie einer Kopfverletzung liegen blieb. Der Knabe mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Verhaftungen. Wegen Expressionsversuchen an Liebespaaren, die er belästigt hat, wurde ein 22 Jahre alter Kutscher aus Wittenberg in Haft genommen. — In Schmöller Weiß hat sich ein 30 Jahre alter Schuhmacher aus Berlin in L.-Lindau Frauen gegenüber vergangen, weshalb seine Verhaftung erfolgte. Gestern genommen wurde hier ein kleiner in Görlitz wegen zahlreicher Fahrrad- und Gelddiebstähle festgenommener, aber wieder aus der Haft entwichener 22 Jahre alter Warttheimer aus Sonnenburg. Als er von einem Schuhmann verhaftet wurde, schrie er einen schwergeladenen Revolver und bedeutende Goldmittel mit sich.

Ein bedeutender Diebstahl ist in einer Wohnung an der alten Elster verübt worden, als die Bewohner abwesend waren. Unter den gestohlenen Sachen befinden sich: Tisch- und Bettwäsche, Frauenwäsche, ein Spazierstock von Ebenholz mit silberner Grifff, silberne Besteck, Messer und Gabeln mit hellen Horngriffen, Kinderschmucksachen, ausländische Münzen und andre Sachen.

Mit Hilfe eines Nachschlüssels wurde aus einer Wohnung in der Grassistraße eine goldene, großgliedrige Herrenruhle, ein goldener Ring mit einem Rubin, eine silberne Damensonnenbrille mit langer goldener Kette und ein Damengesteck aus Goldbrokat gestohlen.

Hus der Umgebung.

Borsdorf. Landtagswahl. Vom Bunde der Landwirte ist der Gemeindevorstand Friedrich in Hirschfeld als Kandidat im 22. ländlichen Wahlkreise aufgestellt worden.

Böhlig-Ehrenberg. Der Zeichnam eines jungen Mädchens von etwa 10 bis 17 Jahren wurde am Montag aus der Suppe gezogen. Er war bereits so verworfen, daß er zwei bis drei Wochen im Wasser gelegen haben dürfte.

Anautleeburg. Honoriges. Schon wiederholt mussten wir Fälle der Oeffentlichkeit übergeben, wo Kerze es ablehnen, Hilfe zu leisten, wenn die Hilfsbedürftigen nicht ausfällig zu ihrem Kundenkreise zählen. Heute können wir einen Fall vorbringen, der dem der Arbeiterschaft von Großschocher noch aus der Zeit des Arztfestivals lächelhaft bekannten Dr. Freund aufs Konto zu setzen ist. Am Freitag abend gegen 9 Uhr wurde zu der Entbindung einer Frau in Anautleeburg ein Arzt gebraucht. Von den beiden hiesigen Arzten Dr. Willmes und Dr. Pappe war keiner in seiner Wohnung angetreten. Man wandte sich an Dr. Freund in Großschocher mit dem Ersuchen, zur Entbindung nach Anautleeburg zu kommen, weil von seinen Kollegen keiner zu erreichen und Hilfe dringend nötig sei. Dr. Freund lehnte die ärztliche Hilfe ab mit dem Bemerkern, sein Kollege Dr. Pappe habe ihn nicht beauftragt, Patienten von ihm zu behandeln. Der Vater mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Der alemalige Versuch wurde der Vater zu Dr. Freund geschickt mit dem Auftrage, die Gebanme ließe ihn bitten, doch zu kommen, es handle sich darum, ein Menschenleben zu retten. Auch auf das bitten der Gebanme hin lehnte Dr. Freund ab; sei es der Wunsch des Dr. Pappe, so werde er schließlich kommen. Nun blieb nur noch ein Ausweg übrig. Man wandte sich telegraphisch an den Arzt Dr. Aszert in Cölln, der auch mit dem Juge nichts $\frac{1}{2}$ Uhr erschien. Während dieser Zeit war Dr. Willmes aus Leipzig zurückgekehrt und hatte sich sofort zu der schwerkranken Frau gegeben, um Hilfe zu leisten. Den nun anwesenden Arzten gelang es, die Frau vom Tode der Verblutung zu retten. Überredet stimmen die Kerze konstatieren, daß ärztliche Hilfe in diesem Falle sehr dringend nötig war; sie sandten es in Schön (wie gellend!), daß Dr. Freund auf wiederholtes Drängen und Bitten nicht erschien. Dem Kenner der ärztlichen Verhältnisse in unserm Bezirk wird es allerdings erklärlich erscheinen, daß Dr. Freund die Hilfeleistung ablehnt, wenn er weiß, daß Dr. Willmes bisher behandelnder Arzt der betreffenden Familie war, ferner auch weiß, welches kollegiales Verhältnis zwischen den Arzten Dr. Freund und Dr. Pappe besteht und wie gespannt das Verhältnis dieser beiden Arzte zum Dr. Willmes ist. Dr. Freund scheint es offenbar mit seiner Standesehrer verlobt zu halten, eine der dringenden Hilfe bedürftige Frau in den schwersten Stunden ihres Schicksals zu überlassen. Hoffentlich nehmen der Krankenhausvorstand und die ärztliche Vertrauenskommission Notiz von diesem Falle und ergriffen Maßregeln, die eine Wiederholung ausschließen. Wir überlassen es unserm Leser, sich ein Urteil über das "honorige" Verhalten des Dr. Freund zu bilden und die Konsequenzen zu ziehen.

Görlitz. Eine Flugmaschine hat hier Herr Michael sen. erfunden. Er läßt sie jetzt in der Fabrik von Studium und wird dem Aeroplane ähneln. Sie wird ungefähr ein Gewicht von vier Zentnern haben und durch einen Benzinkotor angetrieben werden. Der Erfinder hofft, im Herbst die ersten Flugversuche unternehmen zu können.

3. Beilage zu Nr. 194 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 24. August 1909.

Antithese und Wahlrecht in Holland.

Das politische Leben in Holland erreichte in den letzten Wahlen seinen Höhepunkt. Aber das Interesse daran ist mit der Wahlbewegung nicht vorüber, und wenn wir jetzt unserm holländischen Korrespondenten zu diesem Thema das Wort geben, so tun wir das in erster Linie, weil seine überaus interessanten und klaren Ausführungen Licht werfen über die gesamten politischen Verhältnisse, unter denen Holland schon seit Jahren leidet und die zu den für die internationale Arbeiterbewegung höchst lehrreichen, gleichzeitig freilich auch höchst bedauerlichen Erscheinungen einer ultrarevisionistischen Politik geführt hat. Unser Korrespondent schreibt:

Die Wahlen wurden durch zwei große politische Merkmale charakterisiert: erstens dadurch, daß die sogenannte "Antithese" zwischen den Parteien der Linken und der Rechten wieder gänzlich vorherrschend war zweitens durch das Fehlen einer wirklichen, kräftigen Bewegung für das allgemeine Wahlrecht.

Seit den ersten allgemeinen Wahlen unter dem herrschenden Wahlrecht im Jahre 1897 befindet sich die Macht bei den Klassen der kleinen Bauern und Bürger und des Mittelstands. Wie bekannt sein dürfte, überwiegt hier der Handel und die Agrikultur bei weitem die Industrie, die ihrerseits überwiegend Klein- oder Mittelindustrie ist. Die Arbeiterklasse, für einen bedeutenden Teil noch aus rückständigen Elementen bestehend, protestanten wie Katholiken, ist bloß zur kleineren Hälfte wahlberechtigt, und zwar so, daß in den großen Städten, wo der Einfluß der Kirche auf die Arbeiter relativ am stärksten abnimmt, viel mehr denn die Hälfte das Wahlrecht nicht besitzt, während in den Gegenden, wo die Lebenshaltung niedriger ist und die Arbeiter oft neben der Fabrikarbeit auch noch ein Stückchen Land für sich selbst bebauen, die Mehrheit das Wahlrecht besitzt. So gibt es z. B. in Rotterdam, der größten Handelsstadt des Landes, wo der Kapitalismus sich am stärksten entwickelt, jetzt 46 565 Wähler bei einer Bevölkerung von mehr als 400 000 Einwohnern, während die Zahl der Männer von 25 Jahren und älter ungefähr 94 000 beträgt. Die rund 47 000 erwachsenen Männer, die demnach das Wahlrecht nicht besitzen, sind alles Arbeiter, weil die Männer über 25 Jahre aller andern Klassen das Wahlrecht besitzen. Der Prozentsatz der Männer aus der Arbeiterklasse, die das Wahlrecht nicht besitzen, ist also bedeutend höher als 50. Für die Gemeinden haben wir ein Wahlrecht, das noch ein wenig ungünstiger für die Arbeiterklasse ist, und nun besaßen im vorigen Jahre in einigen Städten 30, in andern weniger als 20, ja 15 Prozent der Männer das Gemeindewahlrecht, während bei allgemeinem Wahlrecht 17 Prozent der Männer das Wahlrecht besitzen würden, wenigstens wenn die gleiche Altersgrenze (das 25. Lebensjahr) aufrechterhalten bleiben würde. Im allgemeinen kann man behaupten, daß je entwickelter in den Landesteilen der Kapitalismus ist, ein desto größerer Teil, bis zu 75 Prozent der männlichen Arbeiter, besitzt das Wahlrecht nicht. Dies bestehende Wahlrecht nun liefert den Boden, auf dem in Verbindung mit der historischen Entwicklung in Holland der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien sich aufbaut.

Vor dem Jahre 1887, als die Revision der Verfassung stattfand, die das Wahlrecht der großen Masse der "kleinen Leute" (Kleinbürger und Kleinbauern) verlieh, regierte in unserem Lande die liberale große Bourgeoisie fast unumschränkt. Gegen sie erhoben sich allmählich die Klassen der Kleinbauern und Kleinbürger, d. h. die Klassen, die durch die kapitalistische Entwicklung in Bewegung gebracht wurden, und zwar unter klerikalischer Führung. Der Kampf wurde hauptsächlich um die Schule geführt, die neutral und religionslos war. Im Jahre 1887 wurden die Bauern und Kleinbürger die zahlreichsten Klassen der Wählerschaft. Im Jahre 1896 bekam ein Teil der Arbeiter das Wahlrecht unter dem Druck der ersten sozialistischen Bewegung. Die S. D. A. P. war im Jahre 1894 errichtet, weil der alte Sozialdemokratische Bund unter Nieuwenhuis' Führung in anti-parlamentarische Bahnen abgeswichen war und die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht und für die Eroberung der politischen Gewalt im Stiche gelassen hatte. Im Jahre 1897 vereinigte die S. D. A. P. auf ihre Kandidaten in einigen Wahlkreisen 13 000 Stimmen, davon etliche Hundert in den großen Städten, wo der Antiparlementarismus unter der Arbeiterschaft vorherrschte, die meisten aber im agrarischen und demokratischen Norden, in den Provinzen Friesland und Groningen, sowie in einigen Industriestädten wie Enschede. 1901 errangen die vereinigten klerikalen Parteien, unter Führung des Dr. Kuypers, des großen Organisators der orthodoxen Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, einen gewaltigen Sieg bei den allgemeinen Wahlen, wodurch das, was man die Politik der Antithese nennen kann, und was im Grunde nur die Frage: für oder gegen den Klerikalismus? ist, definitiv inauguriert wurde.

Dem Führer der klerikalen nämlich war es gelungen, drei Klassen und drei Parteien zu einer politischen Maschine zu vereinigen. Drei Klassen: die klerikalen Elemente der großen Bourgeoisie nämlich, besonders die Landjunker im Osten, die Patrizier in den Provinzstädten, die von ihrem Geldkapital vegetierende Großbourgeoisie, die politisch vereinigt ist in der Christlich-historischen Partei, und die sich zum Schutz der niederländischen Staatskirche, der sogenannten "großen" Kirche, emporgerafft hat und die vor allen Dingen konservativ ist. Zweitens die Kleinbauern und Kleinbürger seiner eigenen Partei, die Antirevolutionären-Partei (Calvinisten), die kirchlich sich stützt auf die sogenannten "getrennten Kirchen", eine Partei, deren Ideologie gleichzeitig einen antikapitalistischen wie einen kapitalistischen Charakter trägt, alles in christlichen Formen, weil sie eine kleinbürgerliche Partei par excellence ist. Drittens die römisch-katholische Staatspartei, deren Charakter dem des deutschen Zentrums entspricht, die unumschränkt herrscht in zwei Provinzen, von denen die eine agrarisch ist und die andre ziemlich viel Großindustrie besitzt, in Brabant und Limburg nämlich, die jedoch in den andern Landesteilen (nördlich des Moers)

durch ein Bündnis mit andern Parteien Bedeutung erlangt. Lange Jahre, als bloß römisch-katholische Bourgeoisie das Wahlrecht hatten (das heißt nach 1818), gingen diese mit den Liberalen zusammen, aber seitdem die Katholiken in der Hauptstadt Kleinbürger, Kleinbauern, Mittelständler und Arbeiter unter ihren Wählern zählen, liegt ihr Interesse in einem Bündnis mit den Antirevolutionären und den Christlich-historischen. Die Antithese, d. h. der Gegensatz zwischen Christen und "Heiden" wurde nun der ideologische Krieg, wodurch diese bisher durch Klasseninteresse und Ideologie voneinander getrennten Gruppen zusammengehalten wurden, und so eine starke Wahlmacht bildeten, womit Kuypers im Jahre 1901 den Liberalismus niederschmetterte.

Diese Antithese hatte nun aber eine ganz andre Bedeutung wie der frühere Antiliberalismus der Kleinbürger und Bauern vor 1887. Beimal ging es in der Hauptsache darum, vom liberalen, großbürgerlichen, kapitalistischen Staat die Schule, die eigene Schule, die religiöse Schule zu erobern. Erstens gründete man "freie" Schulen, später suchte man durch eine gewaltige Propaganda vom Staat Geld für die "freie", d. h. die klerikale Schule zu erhalten. Die sozialistische Arbeiterbewegung der neunziger Jahre und die ersten Wahlerfolge der S. D. A. P. bei den Wahlen von 1897 und der folgenden Jahren verwandelten nun diese Antithese zwischen Christen und "Heiden" in das große ideologische Mittel zur Mobilisierung der christlichen Arbeiter gegen den Liberalismus und gegen den Sozialismus. Dies bewirkte, daß die großbürgerlichen klerikalen Elemente sich unter Kuypers Führung begaben, weil sie in ihm den erfolgreichsten Verteidiger der Arbeiterbewegung und des Sozialismus erblickten. So wie in Deutschland in den Zentrumsbürgern, so hatte auch die Bewegung der Arbeiter in den Gegenden, wo der Kapitalismus einzog, einen religiösen und antiliberalen Charakter. Der Liberalismus ist die Ideologie der Besitzenden, der Unternehmer, der Industriellen. Dies war auch der Fall in unserem Lande, z. B. in den Industriedistrikten des Ostens (Twenthe), wo die "christliche" Arbeiterbewegung sich als Folge der modernen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren kräftig entwidelt, sogar derartig, daß sie für die moderne Arbeiterbewegung aus politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet eine gefährliche Konkurrentin wurde. (Im Wahlkreis Enschede in Twenthe, wo Van Sol 1897, 1901 und 1905 in der Stichwahl durch die Hilfe der Liberalen gewählt wurde, ist er jetzt im ersten Wahlgang durchgesunken, und zwar mit 4000 Stimmen gegen 7000, die auf den klerikalen Kandidaten, einen antirevolutionären Mittelständler, fielen.) Und so wurde die Antithese im Verlauf der letzten Jahre mehr und mehr das Mittel, um die niederländische Arbeiterklasse in zwei Gruppen zu zerren, in die christlichen und die nichtchristlichen Arbeiter, und als solches erweist sie der ganzen bestehenden Klasse, allen Gruppen, die von der Ausbeutung der Arbeiterklasse leben, ausgezeichnete Dienste.

Die Liberalen, die in drei Parteien zerteilt, gleichfalls vier verschiedene Gruppen und Klassen repräsentieren; diese drei liberalen Gruppen, die Freiliberale (Alt- oder Konservativ-Liberale), die Unionsliberale, und der Freisinnig-demokratische Bund, bedürfen der Antithese gleichfalls und schließen sich dann auch, trotz ihrer verschiedenen Programme, jedesmal wieder zusammen, wenn es bei den Wahlen um Mandate geht. Sie brauchen die Antithese, d. h. den Kampf für die "Freiheit", wider den Klerikalismus, wider die Pfaffenherrschaft, gegen die Einmischung der Geistlichen in Staatsangelegenheiten, genau so gut als Ideologie, als Wahlslösung, weil das, was sie sonst gemeinsam haben, nichts ist, absolut nichts Positives. Die Klerikalen haben wenigstens noch eine positive Ideologie, welche sie den Massen vorhalten können; sie bedienen sich außerdem in stets stärkerem Maße der nationalistischen, und sofern es in unserem kleinen Lande möglich ist, imperialistischen und militaristischen Lösung, während sie auf der andern Seite den Arbeitern unter ihren Wählern soziale Gesetze versprechen, deren Kosten durch Erhöhung der Tarife und Schutz der "nationalen" Arbeit, d. h. durch Schutzjazz gedeckt werden können. Die Freisinnigen jedoch stehen als Ganzes den Massen vollkommen nackt gegenüber, weil sie in keiner einzigen Frage, weder hinsichtlich des Wahlrechts, noch der Lokalgelehrgebung, eine Einheit vorziehen können. Das einzige Positive, das die Freisinnigen gemeinsam haben, ist die Erhaltung des Freihandels. Über dies ist bereits an sich etwas Negatives, weil die Massen sehr gut einsehen, daß der Freihandel nicht imstande ist, die Arbeitslosigkeit, die niedrigen Löhne, kurz, das ganze Elend, das der Kapitalismus verursacht, zu beseitigen. Die Antithese, d. h. der Kampf gegen den Klerikalismus, ist also das mächtige ideologische Mittel für alle bürgerlichen Parteien geworden, um die Arbeiterklasse zu teilen und gleichzeitig an die Regierung zu kommen. Denn jede bürgerliche Gruppe für sich ist nicht imstande, zu regieren, weil keine der bürgerlichen Klassen unter dem heutigen Wahlrecht regierungsfähig ist, da sie sich gegenseitig das Gleichgewicht halten. Die demokratischen Elemente der bürgerlichen Parteien dienen dabei stets nur als notwendige demagogische Ergänzung der Regierungsgruppen. Von 1901 bis 1905 regierte Kuypers mit einer starken Mehrheit in der Zweiten Kammer und einer Ersten Kammer (Senat), die zuerst der Mehrheit nach liberal war, die aber, als sie sich einem seiner Gesetzentwürfe widersetzte, aufgelöst wurde und darauf auch eine klerikale Majorität bekam. Seine Regierung wurde gekennzeichnet durch Erhöhung der Militärlasten, brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung im Jahre 1903, Ausbreitung des klerikalen Unterrichts, auch des höheren, und durch vollkommenen Stillstand der Sozialgelehrgebung. Eine Revision der Zolltarifsätze, die die Mittel liefern sollte für eine Alters- und Krankenversicherung, kam nicht zu stande. Den Liberalen gelang es im Jahre 1905 noch einmal, mehr Mandate in der Zweiten Kammer zu erobern, als die Klerikalen, obgleich die Klerikalen 70 000 Stimmen mehr auf ihre Kandidaten vereinigten. Über

dieser Sieg war nur möglich durch die Hilfe der S. D. A. P., die den Liberalen aller Allianzen bei den Stichwahlen 17 Mandate rettete, obgleich die Liberalen keine einzige Garantie dafür boten, daß sie etwas mehr zu Stande bringen würden als die Klerikalen, und obgleich der Kongress der S. D. A. P. beschlossen hatte, bloß die bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen, die sich für die Dringlichkeit der Wahlreform erklärt hatten.

Die revisionistische Mehrheit der S. D. A. P. hatte die Liberalen deshalb unterstützt, um ihnen die Durchführung ihres Programms zu ermöglichen, und dies gemeinschaftliche Programm bestand u. a. in dem sogenannten "Blanko-Artikel". Die Mehrheit der Liberalen nämlich, die sog. Unionsliberale, unter Führung eines besonders prinzipielllosen Politikers Borgebus, hatte versprochen, die Bahn für das allgemeine Wahlrecht dadurch frei zu machen, daß den Artikel in der Verfassung, der über das Wahlrecht handelt, in einen nichtssagenden Blanko-Artikel verwandelt würde. Man plante also, eine Revision der Verfassung, eine sehr schwierige und langwierige Sache, nicht etwa um das allgemeine Wahlrecht zu erobern, sondern nur um alle positiven Bestimmungen über das Wahlrecht aus der Verfassung auszumerzen. Der spätere Gesetzgeber würde dann natürlich imstande sein, wenn dies hübsche Pläne hätte verwirklicht werden können, ein Wahlgebot durchzuführen, das vielleicht noch ungünstiger für die Arbeiterklasse sein würde, als das bestehende Wahlrecht.

Jedoch die liberale Regierung unter dg. Meester hielt sich bloß zwei Jahre: sie verfügte über keine Mehrheit in der Zweiten Kammer, sie hatte eine klerikale Erste Kammer neben sich, und mehr noch: eine große Mehrheit unter den Wählern. Das liberale Interregnum ging ruhm- und lärmlos zu Ende, und ein „gemäßigt klerikales“ Kabinett Heemskerk kam an die Regierung, ein Ministerium, worin die Sitze unter den drei Parteien der klerikalen Rechten verteilt wurden. Das Ministerium Heemskerk kündigte sich zuerst als ein gemäßigt-konservatives Kabinett an, das der "Antithese" nicht zum Regieren bedürfe. Aber der mächtigste Mann der Klerikalen, Kuypers, meinte zutreffend, als die Wahlen näher kamen, daß dies ein Irrtum sei. Wenn die Klerikalen die Massen ihrer Wähler fortsetzen wollten, dann müßten sie im Zeichen der "Antithese" auftreten, dann bedürften sie der christlichen Ideologie. Toelstra, der Führer der Revisionisten, meinte freilich 1905, daß wenn die Sozialdemokratie eine Anzahl Mandate der Rechten entrüfe und der Linken zufüge, zugleich der "Antithese" ein Ende bereitet würde. Er schrieb damals fröhlich: Die Antithese ist getötet durch uns! Er vergaß die Kleinigkeit, daß keine Wenderung in den reellen Machtverhältnissen, in dem Verhältnis der Klassen stattgefunden hatte und daß die S. D. A. P. im Gegenteil dadurch, daß sie 1905 alle Liberalen unterstellt, die "Antithese" gekräfftigt hatte.

Und so kam es denn auch ganz anders, als er meinte. Von den frohen Erwartungen, die die S. D. A. P. 1905 in das Auftreten eines liberal-demokratischen Ministeriums gegrüßt hatte, wurde keine einzige verwirklicht und im Jahre 1909 zeigte die "Antithese" sich lebendiger denn je.

Dies war ja auch keine Überraschung für alle, die vom marxistischen Standpunkt aus die Politik der versloßenen vier Jahren verfolgt hatten. Bereits im Jahre 1907 war die 1905 für tot erklärte "Antithese" neu entstanden, und zwar dadurch, daß die Liberalen jeglicher Richtung damals den Versuch machten, unter Beiseitelassung aller trennenden Punkte so viele Sitze in den Provinzialständern zu erobern — die Provinzialvertretungen wählen die Mitglieder der Ersten Kammer — daß die Erste Kammer wieder eine liberale Majorität erhalten würde. Die sogenannten Kreislandschaften, die dem Namen nach das allgemeine Wahlrecht wollen, aber noch nie eine Hand dafür geregt haben, und die es im Jahre 1905 fallen ließen, gingen nun in Reth und Gied mit den Konservativ-liberalen. Und selbstverständlich schlossen die Klerikalen sich unter diesen Umständen nur noch fester um das Banner der "Antithese" zusammen, obgleich die konservativen großbürgerlichen Elemente in ihren Reihen bereits im Jahre 1905 der "Antithese" überdrüssig waren, weil sie sich infolge ihrer Klassenslage vielmehr den konserватiven Elementen der Linken verwandt fühlten. Die S. D. A. P. war bereits 1907 in einigen Gegenden, besonders in Süd-Holland und Friesland, nichts anders wie die äußerste Linke des liberalen Blocks, der zur Eroberung der Ersten Kammer ins Feld zog.

Auskunfts in Rechtsfragen.

Bei allen Anfragen an die Redaktion ist die Abonnementquititung vom letzten Quartal mit einzusenden. Anfragen, denen die Quititung nicht beigelegt ist, werden nicht beantwortet.

O. S. Lindenau. Sie müssen die Police anmelden.

P. S. R. 104. 1. u. 2. Sie sind verpflichtet dafür aufzutreten, soweit Ihr Unterhalt dadurch nicht gefährdet wird.

Z. P. 70. 1. Wenn Sie volljährig sind, müssen die Eltern nur aufkommen, soweit nicht ihr eigener Unterhalt gefährdet ist. Anscheinend bezahlt das aber doch die Kasse. 2. Sobald Sie ausgesteuert oder gesund sind, müssen Sie sich anmelden.

R. A. Alenzschofer. Kommen Sie in die Sprechstunde.

N. P. Hallische Straße. 1. Sie haben nur eine bestimmte Summe für den Unterhalt zu zahlen. 2. Dazu sind Sie verpflichtet. 3. Das wird nicht zusammengerechnet. 4. Nein.

Cheimitz 216. 1. Sie müssen dem Wirt zur Befestigung der Wände eine billige Frist stellen. Wenn er dann nichts tut, können Sie auszahlen. 2. Wenn Sie die Stelle aufgegeben haben, weil Sie krank waren, muß die Kasse zahlen.

E. D. Jößen. Wenn Sie in der Zeit, wo Sie in Arbeit standen, erkrankten, haben Sie Anspruch auf Unterstützung. Erkranken Sie später, dann haben Sie nur dann Anspruch, wenn Sie vor Ihrer letzten Stelle weniger als drei Wochen keiner Kasse angehörten.

E. H. Alenzschofer. Lassen Sie die Arbeit taxieren und weigern Sie sich dann eventuell, das zu zahlen, was zuviel verlangt wird. Wenn Sie noch Geld zu erhalten haben, dann müssen Sie klagen.



Erscheint 3 mal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeitsmarkt bei
Elkhausen zur Beschaf-
fung empfohlen



Königs-
Automat u.
Restaurant

Windmühl-
straße 1-5

Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aquarien

A. Fischer, Promenadestr. 10.
Arthur Mühlner, Nürnberger Str. 24

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Ll., Henriettenustr. 11.
Adolf Braune, Ll., Reuterstr. 39.
O. Hempel, Paunzstr. Johannist. 13.
Rob. Herold, Lind., Reuterstr. 53.
W. Habitsch, Böhl., Ehrb., Südstr. 34
Ott. Kind, Schl., Könneritzstr. 59.
A. Kruczinsky, Co., Biedermannstr. 65
Rich. Pöhl, Ll., Heinrichstr. 12.
W. Poppendieker, Weißnab. Str. 5.
Paul Scholz, Pl., Klingenstein. 11.
K. Schröter, Ll., Ecke Kaiser- u.
Gießstrat.
P. Schupp, Stött., Ferd.-Joststr. 50.
A. Schwendler, Barneck, Str. 18.
H. Selle, Ll., Eckelstz.-u.-Josefstr.
W. Steinke, R., Gemeindestr. 11.
E. Volkmann, Ll., Gundorfer Str. 39.
O. Wagner, Neurd., Cäcilienstr. 23.
H. Wuttke, Schönfeld, Südstr. 20

Beerdigungsanstalten u.

Bargmagazine

W. Fuchs, verw., Vo., Bogialawst. 28
Hübner & Schillie, Bornaische Str. 33
Hugo Irmer, Schleußig
Ernst Koenz, Könneritzstr. 64
E. Merkel, Zweinaudorfer Str. 5.
Gebr. Reich, Zochobersche Str. 12.
Gebr. Reich, Ltz. St. 48, Köln. St. 36
Otto Röhlich, Ll., Marktstr. 8.
W. Stenggrüber, Go., Eisenach. Str. 34
Thanatos, Wurzner Str. 41, Zwe-
naud, Str. 13. 15% R.
M. Verbeek, Kirchstr. 82.

Berufskleidung

H. Heerde, Bayreiche Str. 34.
Ludw. Holthausen, Schönfeld,
Sonnt. v. 11-2 Uhr geöffnet.
Herm. Volgt, Böhlitz-Ehrenberg.

Bettfedern, Betten

Ad. Kirschberg, N., Reichstr. 30.
E. Messe, Reudn., Oststr. 9.
H. Oldas, Südstr. 2.
A. Petzold, Ll., Böhlitz. 12.
J.C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1780.
G. Straube, Hedwigstr. 15.
Th. Tröhl, Hospitalstr. 26.

Bildereinrahmungen

Olio Stein, Co., Pegauerstr. 24.
M. Türpe, Flößl. 25. Tel. 11030.
Spec.: Arbeiter-Sinnspüche.

Brauereien, Bierhandig.

Brauerel Burghausen-Leipzig,
eingest. Genossensch. m. b. H.,
empfiehlt ihre vorzügl. Biere.
Markrästädter Brauerel

liefer erstklassige Biere.
Neumann & Co., Schönau

Leipzig.

Brauerel

Nickau & Co.,

Gohls.

J. Pottkämper, Butzsch, empfiehlt
seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere.

G. Schubert, Porter- u. Flaschen-

bierhandlung, Südstadt 5.

F. A. Ulrich

Trinkt Biers von:

Gebr. Ulrich, Leipzig-Stötteritz.

Vereins-Bier-Brauerel

zu Leipzig.

Dampfbrauerel Zwenkau A. G.

Zwenkau.

Briketts, Kohlen

G. Behr Nachl., Oskar Schönfuss,
L.-Vo., Kirchstr. 100 (a. Viad.)
Br. Berger, Stött., Hauptstr. 60.
Ernst Clauß, Josephinenstr. 31.

O. Dorn, Neu-Moakau.

O. Freiberg, Co., Pfeffingerstr. 19.

B. Freiberg, Kochstr. 13, Glückauf-

Brik., v. Bitterl. 30. St. 65 Pf.

Ferd. Grahan, N., Tauchaer Str. 39.

Bob. Hahn, Tauchaer Str. 47.

G. Kirschbaum, Ll., Quackstr. 3.

R. Kreuzschmar, Go., Möck. Str. 8.

Leipziger Kohlenkontor

Bil. Bezugquelle f. Heizungsmat.

E. Morgenstern, Koch-Str. 25.

Bruno Paukert, Co., Peg. Str. 31.

B. Riedeberger, Schönf., Süds. 11.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

Stötteritzer Straße 111.

Alfr. Richter, Paunz.-Sommerf.

Windmühl-

straße 1-5

Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof

Tel. 13604

<p

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 194

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Tanger.

Von N. Anderson-Negö.

Auf den Höhen wächst hohes trockenes Gras, das kein Tier frisst will, sieben Reihen von Aloe, deren Blätter zu Stoffen verarbeitet werden und einzeln verstreute Palmen, und man genießt weite Ausblicke auf die Karawanenstraßen, die durch Sand und wieder Sand weiterführen. Unten in den Klippen aber sind dichte Dschungel mit giftigen Schlangen; und saures stinkendes Wasser, das die Stadt mit Trinkwasser und Pest versieht; und Herden von kleinen kurzhaarigen Bläffeln, die von der Besatzung drüben auf Gibraltar verzehrt werden. Denn der Marokkaner selbst braucht kein Fleisch.

Hier in dem dichten Dschungelgestrüpp haben auch die Sklaven, die aus dem Innern des Landes geflüchtet sind, ihren Zufluchtsort. Tanger ist eine Freistadt für sie geworden — die einzige im ganzen Lande — wiewohl die Stadt denselben Gesetzen unterworfen ist, wie das übrige Land.

Statt in der Hauptstadt wohnen nämlich die Gesandten der Mächte in Tanger — in kritischen Fällen ist es gut, sich Europa so nahe als möglich zu wissen — und die Gesandten haben statt geschäftige Villen, die nahe beisammen liegen, und eine reiche Dienerschaft, wesentlich aus Negern bestehend.

Diese sind häufig entlaufene Slaven; die Gesandten nehmen sie unter ihren Schutz und haben durch ihr energisches Tätigkeitszentren den Slavenmarkt in Tandja — „der von Gott gesegneten Stadt“ — unmöglich gemacht.

Sklaven gibt es wohl noch eine ganze Menge in der Stadt, aber sie sind den Dienstleuten fast gleichgestellt, die es so gut haben, daß sie nicht fortzurennen und sich der freien Konkurrenz auszuzeigen brauchen.

In jenseit haben also einzelne aufjägige Europäer durch ihre Autorität diesem Ausläufer der marokkanischen Sultanie einen Begriff von europäischer Kultur beigebracht.

Aber gegenüber der Kultur in ihrem großen Ganzen ist Tanger ebenso „abu“ (unvergleichbar) wie das übrige Marocco. Südeuropäische Kultur ist nicht sonderlich erobерungsstärtig und die Strömung geht reichend in der schmalen Gibraltarsstraße. Hier auf der Südseite der Straße steht die Anzahl der Ehefrauen eines Mannes im geraden Verhältnis zu seiner ökonomischen Stellung. Pascha besitzt nur deren acht, er hat nicht die Mittel, sich mehr zu halten, und wenn so viele sich mit einer behelfen müssen, und noch mehr mit gar keiner, so ist dies Hadji aufzugeben ausschließlich den schlechten Zeiten anzuschreiben. Hadji selbst ist nicht verheiratet und hat auch nicht im Sinne, sich zu verheiraten, ehe er sich nicht zwei Frauen halten kann. Das könnte er bereits jetzt, wenn bloß etwas mehr Engländerinnen in die Stadt läufen, denn diese bezahlen ihre Führer so gut. Aber seitdem der Brückenkopf da unten am Strand gebaut worden, so daß die Boote anlegen können, und man nicht mehr auf dem Rücken eines nackten Negers ans Land reiten muß, ausgenommen wenn die See gerade hoch geht, kreuzen sie nicht halb so fleißig die Straße. Und darum will er nicht heiraten, denn es ist so langweilig, sich mit einer einzigen Frau zu behelfen, das tun ja nur „diese Neger“.

Ein ums andermal kommt er auf Pascha's Harem zurück und erzählt mit viele Unwahrscheinlichkeiten von ihm und seinen Einwohnern. Aber er weiß nichts von grauenhaften, romantischen Gesichtern, von treulosen Haremmeibern, die in einen Sack gestopft und nachts in die Straße versteckt werden, wo der Strom am stärksten ist. Pascha's Frauen sind stolz auf ihre Stellung, die sie sich mit freiem Willen erwählt, sagt er, und lassen sich nicht auf Abenteuer ein. Indessen gibt es doch Wachen mit langen Speeren, und Gunnichen rund um den Harem, so daß es kaum den Anschein hat, als würde sich Pascha selbst seiner Frauen so sicher wie Hadji. Männer dürfen den Harem nicht betreten, aber eines Tages, als ich vorbeiging, erhaschte ich den Anblick eines bauschördigen Eunuchs, während man eben eine Engländerin herausstieß. Und dieser erzählte mir, alle Frauen sätzen da drinnen in einem halbdunklen schönen Gemach und sticken kleine Gegenstände zum Verkauf. Pascha's Lieblingsgattin, die sich vor den andern dadurch auszeichnete, daß sie nichts tat, läßt sie die Hand, als sie ging und bittete um einen Franken für Kaffee!

Diese Wesen, die so tief stehen, daß jedes einzelne nur auf einen kleinen Bruchteil der Gunst des großen Muselmanns verzählt zu legen vermag, waren natürlich zu jeder Zeit, wo es ihm nicht beliebte, sie auszusuchen, seines Blicks unwirtige Gegenstände. Daher dürfen sie sich auf der Straße nur in einem ganz einförmigen weißen Sack und mit verhülltem Angesicht zeigen; sie dürfen die Hauptstrafe nicht passieren, sondern es ist ihnen befohlen, sich in den kleinen Gäßchen zu halten und, wo Männer haufenweise beisammen stehen, sich weit um sie herumzuschleichen.

— Sie erinnern an wandernde Mehlsäcke, die sich längs der Mauern hindrücken, und der beständige Anblick von verhüllten und wieder verhüllten Frauen wirkt rätselhaft und führt zu fabelhaften Vorstellungen, aber nicht von wunderbaren Schönheiten, sondern von alten Weibern, die so häßlich sind, daß sie nicht mit unbekleidetem Antlitz auf der Straße erscheinen dürfen. Allein so gedrückt sie auch sein mögen, so bestehen auch sie etwas von der angeborenen Furchtlosigkeit des Weibes. Und begegnet man ihnen an entlegenen Stellen, wo kein Mohammedaner in der Nähe ist, so schlagen sie die Hölle helle, lächeln einen an und zeigen Zunge, die sich ihrer sehen lassen können. Und man spürt Lust zu dem Unmöglichen, nämlich Angesicht zu Angesicht mit diesen verworfenen Wesen zu sprechen und sie zu fragen, ob sie an Allah glauben — sie, die keine selbständige Seele haben — und ob sie es nicht entbehren, niemals in der Moschee zu ihm beten zu dürfen. Ober ob sie etwa nicht wissen, daß sie in das Paradies der Gläubigen kommen können, sofern ihre Männer um ihre Freiwillen auf einige ihrer himmlischen Frauen Verzicht leisten wollen? — Vielleicht wissen sie es, vertrauen aber darauf, dennoch in den Himmel zu kommen, weil sie Frauen sind und als Frauen an die Männer glauben. Und was würde es wohl zum Beispiel Pascha schaden, wenn er von den 72 Schönheiten, die ihm nach dem Tode beschieden sind, auf acht verzichten würde, um seinen acht Frauen ins Paradies zu verhelfen! Selbst wenn er hienieden von ihnen genug bekommen und ihren Anblick nicht mehr ertragen hätte, könnte er es dennoch tun; es blieben ihrer ja noch 64 andre übrig. — Ob er es aber doch tut? — Und legen Frauen überhaupt Wert darauf, in den Himmel zu kommen?

Man ist hier zwar noch weit entfernt von einem gemeinsamen Unterricht, aber Schulen gibt es doch in Marocco; jedenfalls ist eine solche in Tanger zu finden, in einem der engsten Gäßchen der Stadt. Hier sitzen acht bis zehn Knirpse aus den wohlhabenden maurischen Familien lauernd auf dem Steinboden und lehren den Koran herunter. Sie sind wie Erwachsene im roten Fez, weißen Burnus und gelbe Pantoffeln gekleidet. Ihre kleinen Glieder ertrinken förmlich in den ba-

schigen Gewändern, während sie sich hin und her wiegend, die heiligen Verse mit geschlossenen Augen herunterplappern. Das Zimmer ist ohne Fenster und erinnert an eine leere Wagen-einsahrt. Da gibt es keine zerstreuten Landkarten an den Wänden, keine Schultische, an denen die Jungen schreiben, keine Tintenfässer, die man umwerfen kann. Keine Spur von Material, nur ein alter weibärtiger Mohr, der vor den Kindern hockt und eine Peitsche in der Hand und den Koran ausgeschlagen auf den Kindern Schulmeister spielt. Er lächelt und nickt, und ich lächle und nide; er lädt mich höflich ein, Platz zu nehmen, und ich setze mich auf den beschmutzten Boden und mache einen Versuch, die Flüche nach Araberweise unter mich zu ziehen. Dann bin ich Zeuge, wie der kleinste Knabe ein Kapitel aus dem Koran unaufhaltsam und ohne Kleinsten Fehler daherhschatternd zum besten gibt.

Wir unterhalten uns hierauf eine Weile mit Hadji als Dolmetsch — wiewohl der Schulmeister „alle Sprachen der Welt sprechen kann“ — und ich komplimentiere ihn pflichtschuldig wegen seiner Eleven. Dann nehme ich ein paar Anläufe, ihm auf den Kahn zu führen, aber er lädt dies nicht zu, und ich muß mich mit dem Bewußtsein aufzudenken geben, daß er zumindest lesen kann. Ich erhebe mich, blicke so unmerklich wie möglich, um keinen Anstoß zu erregen, den Schimpf von meinem Hinterteil und nehme Abschied. In der Tür blinzelt mir Hadji mit seinem großen Auge zu, und ich verstehe das Signal und gebe dem weibärtigen „Professor“ eine halbe Krone für Kaffee.

Die Staatsmaschinerie ist nichts weniger als kompliziert. Zweimal in der Woche host Pascha unter dem großen Tor vor seinem prächtigen Palast und pflegt Rechts nach gut altstaatlicher Sitte. Die streitenden Parteien kommen von je ihrer Straßenseite auf ihn zu und ziehen verzählt längs der Mitte ab. Legt eine besonders verzweifelte Sache vor, so auftzt Pascha zornig an seinem langen weißen Bart, „und dann klärt sich die Frage jedesmal“.

Gegen ein kleines Douceur für die Wache erhält man Erlaubnis, die Schlammmer der Provinz von außen zu besuchen. Es ist ein massives Steingebäude mit einem soliden, durch sieben große Vorhangschlösser versperrten Tore. Die sieben Schlüssel zu den sieben Schlössern sind bei sieben verschiedenen achtbaren Männern der Stadt verwahrt, und so ist man gegen einen Diebstahl der öffentlichen Mittel nach Möglichkeit gesichert. Die Schlüssel dürfen nicht einmal Pascha selbst anvertraut werden, da sein Monatseholt nicht viel mehr als 100 Mr. beträgt.

Eines Tages nahmen Hadji und ich alle öffentlichen Anstalten der Reihe nach vor und besuchten unter andern das

Städtische Hospital und Gefängnis. Ersteres liegt in einem engen überbauten Gäßchen an der Hinterwand der Moschee. Ein Stück weiter unten steht Hadji eine Türe auf, und wir betreten einen dunklen Raum, aus dem ein erstickender Gestank mich nach wenigen Minuten wieder vertriebe. Aber ich hatte genug gesehen. Es war ein langer Raum, der auf der einen Seite in Stände eingeteilt war, ähnlich unsern Ställen. In jeder Abteilung befand sich ein Bund Stroh oder etwas zerstreute Matten — es war zu finstern, um dies richtig zu unterscheiden — und mittan darin erkannte ich die Umrisse von nackten Menschenkörpern, die sich wanden und hockten. Aus einem Stand ragten ein Paar gelblich-fahle Beine hervor, aus einem andern trocken ein nacktes Kind mit Schorf über dem ganzen Körper. Die alte Frauensperson, die die Aussicht führte, segte das Kind mit ihrem Stock in den Stand zurück, und zwar mit einer so ärgersichen Miene, als sei sie selbst ein sonderbares Stubenmädchen und das Kleine eine Kröte, die über die Türrschwellen gekommen war.

Die Alte hat bloß das Amt, aufzupassen, daß die Kranken nicht davonlaufen und daß sie in ihrer richtigen Abteilung sterben. Denn sterben muhnen sie, natürlich — was hätten sie sonst andres im Hospital zu tun? Sie erhalten kein andres Essen, als was ihnen gutwillig von ihren Verwandten gebracht wird; aber es ist ja klar, daß man, hat man erst seine Kranken hierher gebracht und sie somit in die Lage verlegt, in den richtigen Umgebungen zu sterben, ihnen nicht allzu oft etwas zu essen bringt. Dies hieße ja nur Allahs Gaben zum Fenster hinauswerfen. Dort, wohin sie kommen, gibt es genug zu essen — viel mehr als hier, nach Hadjis Meinung. Wenn sie aber nun keine Miene machen, zusammenzupaden? „Dann schlägt man nach dem Medizimann, und er hilft Ihnen sterben“, lautet Hadjis einfache Antwort. Daher kommt es also, daß ich nicht einen einzigen Kuss — Südeuropas große Landplage — in Tanger gesehen.

Das Gefängnis ist auf denselben Prinzip gegründet. Es liegt hoch über der Stadt, neben Kasbah — dem Fort — und erinnert an eine Mündkirche. Es hat weder Fenster noch Türen; das Licht kommt oben aus dem unlichten Dach, und wird ein neuer Gefangener eingesperrt, so bricht man ein Loch in die Mauer und mauert nach ihm wieder zu. Heraus kommt er nie mehr — ausgenommen wenn er um eine Summe ausgelöst wird, aber dies muß bald geschehen, denn er lebt nicht lange hier drinnen. Und es geschieht selten. Neben der Mündmauer ist ein kleiner Vorbau; darinnen liegt die Wache und schlummert auf Steinbänken, mit Blümchen und langen Speeren neben sich.

Die Wache öffnet ein Gußloch von einer Quadratelle Größe, und man starrt in das Gefängnis hinein. War der Gestank im Hospital unerträglich, so ist er hier zehnfach ärger: man muß sich die Nase zuhalten und jeden Augenblick den Kopf zurückziehen, um Atem zu schöpfen. Der Boden darinnen ist ein Morast von Dünge und Schliff; einige liegen darin, andre hoden, wieder andere gehen rundum in der Peripherie ihrer Ketten. Sie sind an die Mündmauer und an die das Dach tragenden Pfeiler gefestet.

Sobald sie mich bei der Lücke entdecken, schleppen sie sich herbei, soweit die Ketten es erlaubt. Aus dem düstersten Hintergrund strecken sich magere schlafferne Hälse und dünne zitternde Arme mir entgegen; in ihren Augen, ihren offenen Mundern ist eine verzehrende Forberung. Sie paden einander, um sich weiterzuziehen, und vergessen, daß es die Ketten ist, die sie zurückhält. Verfilzte Bärte und zottiges Haar, nackte Rücken mit dicken Wälzen von strohgemischt Menschendünger, einzelne Lappen, die ihnen nah von den Lenden hängen und um die nackten Beine klatschen, so oft sie an der Kette reißen, um näherzukommen!

Sie werden niemals herausgelassen, sie erhalten kein Wasser zum Waschen und bekommen nur dann zu essen, wenn Verwandte und Freunde ihnen etwas bringen. Oder wenn sie sich etwas verdienen — und sie! Die Not hat sie fleißig und erforderlich gemacht. Sie, die vielleicht niemals einen ehrlichen Erwerb gekannt, so lange sie in Freiheit waren — hier führen sie mitten in Schmutz und Elend und verfertigen die niedligsten kleinen Körbe und Taschen aus bunten Binsen und marokkanischen Leder und verkaufen sie den Reisenden, die herbeikommen, um das abscheuliche Schauppiel anzusehen. — Und die unmenschliche Behandlung hat sie gegeneinander menschlich gemacht; warum sonst würden die Vornehmestehenden, die selbst Gegenstände haben, die sie um jeden Preis zu verkaufen wünschen, die Ar-

beitenden hintersten Gefangenen barreichen und sie zusammen mit ihren eigenen feilschten? Das würden sie auf freiem Fuße kaum tun; so handelt ja nicht einmal die Gesellschaft, die sie hier eingesperrt und dem gewissen Los preisgegeben hat, vor Hunger und Unreinlichkeit zu sterben. Und auch keine andere Gesellschaft.

Hans von Marées als Porträtmaler.

II.

Direkte Einflüsse Italiens auf Marées' Porträtkunst lassen sich zunächst nicht nachweisen. Die Kopien, die er für den Grafen Schad übernommen hatte — es befindet sich darunter auch eine nach einem Meisterporträt Philipp IV. von Velazquez — lächeln vorerst sein eigenes Schaffen. Aus dem Jahre 1887 stammen einige Tafeln, die unter dem Titel Familienbild gehangen. Man darf sich jedoch durch diese Bezeichnung nicht verleiten lassen, in ihnen etwa einen Still zu suchen, wie man ihn aus den niederländischen Familienbildern kennt, wo die porträtmäßige Charakterisierung der einzelnen Personen eine Hauptaufgabe ist. Das Problem ist hier für Marées ein rein malerisches: aus figürlichen und landschaftlichen Elementen ein einheitliches Bildganzes zu komponieren. An Bildnissen entstand in der italienischen Zeit nur das des jungen Adolf Hitlerbrand: ein glänzendes Beweisstück dafür, wie Marées sich seine volle künstlerische Kraft als Porträtmaler bewahrt, während er sich mit den Werken der großen italienischen Vergangenheit auseinandersetzt und um eine neue, eigene Kunstrichtung rang. Wohl abschließend hat Marées alle Raumprobleme hier noch ferngehalten und in engem Rahmen nur plastische Werke entwickelt; wie stolz erhebt sich das Haupt auf der breiten Säule des Halses, und wie ist, bei aller Konstanz der Modellierung, den Formen doch die Weite des Kringlingsalters gelassen.

Erst von 1890 ab, wo er in der Freundschaft mit Konrad Friedler neuen Lebensmut fand, und als er dann Anfang der siebziger Jahre für längere Zeit nach Deutschland zurückkehrte, sehen wir Marées wieder lebhaft für die Bildnismalerei interessiert. Zweiterlei tritt seitdem für ihn zu der alten Aufgabe exakter Modellierung hinzzu: Das Problem, mit der Person zugleich ein gewisses Raumvolumen zu geben, und der Darstellung bei aller Wahrhaftigkeit einen repräsentativen Charakter zu verleihen; beide Momente stehen in enger Beziehung.

Das 1890 gemalte Bildnis des Vaters wirkt allerdings noch ganz intuitiv: wie der alte Herr, im Profil gesehen, bequem da steht, das Buch in der Rechten und vor sich hinblickend, als ob er über das Gelehrte nachfände, erzeugt die Illusion: wir beobachten ihn, ohne daß er es merkt. Man stellt aber das zweie Jahre später gemalte Porträt des Bruders daneben, um die neuen Bestrebungen Marées recht deutlich zu erkennen. Es ist hier gleichermassen erstaunlich, wie der Eindruck des Sichereren und dabei ungezwungenen Dargestellten erzielt wird, ohne daß man die einzelnen Formen nachkontrollieren könnte, und wie der Körper ganz im Bilde gehalten bleibt, ohne daß irgendwelche bestimmte räumliche Orientierung geboten werden. Ein Hauptmittel der Illusion ist die Farbgebung; man könnte von einem modernen Hellpunkt sprechen: nicht mehr die tiefen Schatten und das helbe Licht des ersten Selbstporträts, aber ein nicht minder gehaltenes, intensives Leuchten. Die Gestalt sitzt in einem nächtlichen Dunkel, der nur auf der Mitte der rechten Bildseite sich zu einem emailartigen Blau kondensiert und dadurch seine Gesamtkarater erhält; etwas Rot am Waffenrock und der Degenknauf leuchten aus dieser Schwärze, aber keineswegs drastischen oder „fauchigen“ Finsternis hervor; sonst ist nichts gegeben, was dem dunklen Innern des Antlyses und der Hände Abbruch tun könnte. Zu der vollendeten, ganz direkt ausgeführten Modellierung von Kopf und Händen tritt hier noch als besonderes Charakteristikum der Blick. Marées sieht es in allgemeinen nicht, seine Personen durch den Blick zu charakterisieren; ihn beschäftigt mehr, wie der Augapfel in der Höhe steht, wie ihn die Röte umschlässt. Hier aber offenbart der minimalistische Ausdruck mit die Individualität der Persönlichkeit. Während der Vater des Künstlers auf beiden Bildnissen von dem Betrachten nicht Notiz nimmt, schaut und dieser ruhig und sicher an; nicht, daß er uns scharf ins Auge sieht, wie etwa der Maler auf einigen der späteren Selbstbildnissen; er weicht und nur nicht aus, begegnet unsern Blicken, seiner Kraft, seines Wertes bewußt. Es besteht ein ganz eigenartiges Verhältnis zwischen Dargestelltem und Betrachter: sie treten nicht in direkte Beziehung zueinander, und jener ist doch nicht vollkommen für sich. Gleichheit von Intimität wie von Pose, erzeugt die Haltung dieses Mannes den Eindruck vornehmer Repräsentation.

Was Marées hier noch hauptsächlich durch mimische Ausdrucksmitte erreicht, gelingt ihm auf dem großen Selbstporträt von 1872, rein malerisch zu lösen: Die Bedeutung des Menschen wird gesteigert durch den Raum, in dem er gestellt ist. Wie dieses Problem die Phantasie des Malers bewegte, lassen alle Bildnisse von 1890 an erkennen, die sämtlich in großem Maßstab gehalten sind; am meiste das des Dr. Rabach (1871), der in einem Innenraum, an einem Tisch sitzend, dargestellt ist. Im Gegensatz hierzu ist auf dem „Selbstbildnis im japanischen Mantel“ der Raum an sich keineswegs näher bestimmt; Wände, Möbel, alles, was der menschlichen Gestalt kontrastieren könnte, fehlt; es ist ein durchaus neutrales Raumvolumen, das den Menschen gleichsam wie seine Machtphäre umglibt. Vielleicht war es das Vorbild der großen italienischen Porträts, von dem Marées hier gelernt hat; Tizian vor allem liebt es, auf manchen seiner Kniestühle den Personen diese Bewegungsfreiheit innerhalb des Bildraumes zu lassen, und ihnen dadurch etwas besonderes Machtwollen, Imponierendes zu geben. Man kann auch an Marées großen Zeitgenossen, Feuerbach, erinnern, der in einigen seiner Frauenporträts ähnliche Tendenzen verrät. — Wenn Marées in dem nächsten Selbstporträt, das mit dem obengenannten großen Ähnlichkeit hat, von neuem ein kleineres Format wählt, so gefällt es vielleicht, weil er in dem ersten einen gewissen Widerspruch fühlte zwischen der ruhigen Haltung des Antlyses und der Gestalt der linken Hand, die einen Ausdruck zu begleiten scheint. Auch das Porträt des Dr. Koppel entwickelt vor allem plastische Werte. Aber aufgegeben hat Marées das Problem der komplizierten Bildnismalerei deshalb nicht.

Das Jahr 1873, wo Marées den Erholungsraum der Zoologischen Station in Neapel mit Freunden schmückt, bringt zunächst ein Gruppenbild: Marées und seine Freunde auf einer Terrasse, an einem Tisch vereinigt. Durch geschickte Kombination von Profil und en face-Stellungen weist der Künstler hier, wie schon auf dem kleineren Tafelbild: Grant und Hitlerbrand (1889), eine außerordentliche Geschlossenheit der Gruppe zu erzielen. Die Raumenthaltung, so beachtenswert sie ist, hat hier jedoch nicht die Bedeutung, die Wirkung der Persönlichkeiten zu steigern. Dagegen spielt sie eine bedeutende Rolle auf den

drei Selbstporträts von 1874. Recht ist es nicht mehr ein neutraler Raum, sondern eine landschaftliche Umgebung, in die die Person hingestellt wird.

Damit nimmt Marées einen Versuch wieder auf, den er schon 1869 auf dem lebensgroßen Bildnis Konrad Fiedlers gewagt hatte. Er malte Fiedler damals in ganzer Gestalt, frei in einem Park stehend, rechts hinter ihm eine Gruppe hoher Bäume, links einen Ausblick in die Weite. Die Wirkung dieses Bildes ist nicht vollkommen einwandfrei. Das Auge wird allerdings zwingend auf die Gestalt als den natürlichen Hauptteil der Bildtafel hingelenkt; man kann also nicht sagen, daß die Landschaft die Figur verschlingt. Und doch wird man den Eindruck nicht los, daß die Persönlichkeit an Halt, Dauer, Monumentalität verliert, indem sie hier in den Zusammenhang von Licht, Lust und natürlicher Vegetation hineingezogen wird. Es ist dem Künstler noch nicht gelungen, sein Werk so zu komponieren, daß auch in unserer Vorstellung die Natur dem Individuum nichts von seinen Rechten raubt.

Auf den Selbstbildnissen von 1874 hat Marées diese Schwierigkeiten überwunden. Eine glückliche Vereinfachung bedeutet es schon, daß er jetzt nicht mehr die ganze Gestalt zeigt, sondern etwas oberhalb der Knie abgeschnitten, einmal ruhig stehend, auf den beiden anderen frei stehend, uns voll zugewandt. Eine Ge- fahr lag freilich noch nahe, die Marées auf dem einen der Bilder nicht vollkommen vermieden hat; es ist dasjenige, wo die ste- hende Figur ungefähr die Mitte der Tafel einnimmt. Die Land- schaft wirkt hier mehr als gemalter Prospekt, denn es an Tiefe geht, und wo die Dinge nur als Silhouetten erscheinen. Auf den beiden andern ruht er die Gestalt geschrägt nach links, gibt ihr als unmittelbaren Hintergrund Geblüsch, das wesentlich als Blätter behandelt wird, und führt rechts in die Tiefe hinein, die zwar nicht mit detailliert geschilderten Objekten gefüllt ist, aber trotz ihrer summarischen Behandlung den Eindruck vollgültiger Wirklichkeit hervorruft. So vermeidet Marées hier die beiden Altpins gleichermaßen: Die Person in der natürlichen Umge- bung untergehen zu lassen, und die Landschaft zur blohen Kulisse herabzusehen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Modellierung von Kopf und Händen die alte Meisterschaft ver- rät; besonders die Augen, die jetzt tiefer in die Höhlen gesunken sind und von etwas geröteten Lidern umspannt werden, sind von wunderbarer Feinheit. Man charakterisiert den Gesamtein- druck dieser beiden Bildnisse am treffendsten mit den Worten: Der Mensch wirkt hier als Herz aus eigenem Grund und Boden. Damit hat Marées ein Problem selbstständig gelöst, das seit der Renaissance die großen Bildnismaler auf höchste Interessenz hat. Tizian wurde schon einmal genannt; man könnte an dieser Stelle vor allem noch Velazquez zitieren, natürlich mit dem Bewußtsein, daß auf ihren Fürstensbildern, die den Menschen in ganzer Gestalt oder zu Pferde zeigen, die Vereinigung von Figur und Landschaft noch größere Schwierigkeiten bot. Aber gerade wenn man ihre Werke in Gedanken neben Marées Selbst- porträt stellt, wächst der Respekt vor den Leistungen der modernen Künstlers. Der nahe liegenden Verführung, sich von diesen gro- ßen Vorbildern beeinflussen zu lassen, und die strenge Wahrheit angunten eines historischen Arrangements aufzugeben, ist er nicht unterlegen. Weder in der Landschaft noch in der Person kann man eine Anpassung an den Geschmack früherer Zeiten entdecken; es sind Werke von durchaus eigenem Stil.

In seiner leichten Zeit hat Marées selten noch ein Porträt gemacht; aus dem Jahre 1882 stammen ein Selbstporträt und ein kleines Bildnis Konrad Fiedlers. Vielleicht, daß ihm nach den Leistungen der siebziger Jahre das Porträt keine wesentlichen neuen Probleme mehr bot. Und vor allem bewegten seine Phantasie jetzt die großen Kompositionen, wo er die plastischen, räumlichen und farbigen Faktoren zu einem neuen malerischen Stil zu verschmelzen strebt.

Der Kreis der Personen, die Marées gemalt hat, ist nicht groß; das darf man bei der Beurteilung seiner Porträtkunst nicht außer acht lassen. Er malte sich selbst und die wenigen, die ihm persönlich nahestanden. Er gehörte nicht zu den elastischen Geistern, denen es ein Bedürfnis ist, sich in möglichst viele und verschlebene Naturen einzuführen; auch war er keiner von den geistreichen Malern, die es verleihen, die Individualität eines Menschen in einem Blick, einer flüchtigen Bewegung zu erkennen und festzuhalten. Der Modellierer einer ganzen Zeit und Ge- sellschaft zu werden, war Marées demnach ebensowenig berufen, wie Feuerbach, und wenn seine Bildnisse, die dem Publikum im Vergleich mit seiner übrigen Malerei doch am ehesten noch den Eindruck des Fertigen machen, dennoch auf die Zeitgenossen so wenig gewirkt, und selbst heute kaum mehr als einen schönen Achtungs- erfolg errungen haben, so liegt das eben zum guten Teil daran, daß sie so wenig in die Augen springen. Marées' Porträtkunst ist vielmehr im besten Sinne des Wortes intim. Die wenigen Menschen, deren Bildnisse er schuf, hat er aufs sorgfäl- tigste studiert. Nie opfert er die Wahrheit dem Interessanten, die solide Modellierung dem gefälligen Arrangement. Von einer oft grauafarbenen Strenge gegen sich selbst, duldet er im eigenen Werk keine Leistungen, die zunächst blenden, aber der Kritik nicht standhalten. Wo er wie auf den Bildnissen der späteren Zeit der Darstellung einen repräsentativen Charakter gibt, erreicht er ihn durch echt malerische Mittel und geleitet von sicherem Gespür für wahre Monumentalität. Die Porträts, die Marées gemalt hat, gehören wie seine übrigen Schöpfungen zu jener Kunst, die sich nicht auf den ersten Blick dem Betrachter erschließt, die ihn aber immer von neuem und immer stärker ansieht und dann unvergänglich im Gedächtnisse haftet.

Dr. W. Valzner.

Technisches.

Die telephonierenden Elektromagnete.

Die uns aus dem Fernsprechverkehr bekannten Instrumente Mikrophon und Telephon genossen von jeher neben ihrer welt- umfassenden praktischen Bedeutung das lebhafteste Interesse des Physikers. Diese beiden Grundapparate, die im Verhältnis zu andern gleich wichtigen Geräten einen fast spielerisch leichteren Zusammenbau haben, verlören den Beweis, mit wie einfachen und doch so feinen Mitteln die Natur bei der Erzeugung und Fortpflanzung des Schalls zu Werke geht, daß aber auch ein physikalischer Apparat die vollkommenen Effekte dann erzielt, wenn er sich denselben natürlichen Mitteln anzupassen vermag. Mikrophon und Telephon wetteifern ja in der Genauigkeit der Schallaufnahme mit dem menschlichen Ohr, während sie es in der Schallübertragung tausendfach über- treten. Deshalb, weil sich die beiden Apparate die Mittel der Natur zu eignen machen, können sie uns auch ihrerseits neue Schallphänomene zeigen, deren schon eine ganze Reihe in der wissenschaftlichen Literatur geschildert worden ist. Hierher gehören: die sprechende Bogenlampe von Simon, der Telephonograph von Poulsen, das Photophon von Ruhmer, der tönende Kondensator von Volbear, die telephonierenden Selenzellen von Graham Bell usw. Diese Phänomene sind wegen ihres größeren oder geringeren praktischen Wertes bereits in frischeren Zeiten berücksichtigt worden, heute möchten wir ein neues be- trachten, das nicht minder interessant ist. Wir wollen es als die Erscheinung der telephonierenden Elektromagnete bezeichnen.

Unerlässlich ist dazu, einige Worte über jene beiden Grund- apparete vorzubringen, von denen der eine, das Mikrophon, den Schall tragender Worte oder Töne aufnimmt, der andre, das Telephon, die am entfernten Orte gegebenen Töne deutlich hören läßt. Wir können beide an den Fernsprech- apparaten der Reichspost betrachten, die aus mehreren Teilen zusammengesetzt sind und im Bass und im Bass und sehr unrichtig ins- gesamt als Telephon bezeichnet werden; streng genommen, ist

das Telephon nur der Hörapparat. Es ist eine blaue Metall- kapsel auf einem Handgriff, an den sich unten eine doppelte Drahtschraube anschließt. An der einen Seite der Kapsel sieht man inmitten einer flachen Hartgummitasche, die man beim Hören an das Ohr legt, eine kleine runde Öffnung, dahinter eine helle Blechschale. Diese hat ungefähr den Durchmesser der Kapsel, sie ist dünn, von Elsen, und kann darum, wenn auch ihr Rand fest eingehaftet, infolge ihrer Elastizität in der Mitte auf und ab schwingen. Für gewöhnlich aber wird sie von den Enden eines Stahlmagneten angezogen, der innwendig in der Kapsel steht. Zwischen die elastische Blechschale und die Magnete sind jedoch zwei kleine Bolzen aus welchem Schnittmesser eingestellt, und erst deren Enden reichen bis dicht an die Scheibe, die Membran, heraus. Zwei Wulstchen mit vielen Windungen von sehr dünnen, unspinnbarem Kupferdraht umgeben die Bolzen. Sobald durch die Drahtlagen ein elektrischer Strom fließt, den man in der Außenleitungsschraube ansetzt, werden die Bolzen momentan zu Elektromagneten, die je nach Stärke und Richtung des Stroms die Kraft der Stahlmagnete entweder mehr oder weniger unterstützen oder hemmen, auf die Anziehung der Membran verändernd einwirken und diese zu Schwingungen anstoßen. Bringt man ein solches Hörtelephon an das Ohr, vernimmt man stets Geräusche an der Membran, sobald man in seiner Leitungsschraube Stromveränderungen erzeugt, sie z. B. an den Schrauben eines galvanischen Elements reibt. Die Geräusche zu Tönen und Worten zu verdichten, ist die Aufgabe des Mikrophones. Eine ähnliche Kapsel — wir erläutern sie an dem beweglichen Gabelgestell vorn an den Post- fernsprechern — enthält unter einem Schaltrichter die gleiche Membran, nur ist sie von Holz, Metall oder Kohle. Im Innern lehnen sich Aligelen oder Stäbchen von Kohle lose gegen ihre Platte, so daß der von einer langen Drahtleitung zugebrachte Strom eines oder einiger Elemente durch die vielen Tress- punkte zwar übergehen kann, aber infolge der losen Verbindung nur recht mangelhaft. Gestalten nun irgendwelche Töne in den Trichter, so beginnt die Membran schwache Vibrationen, well jederzeit Schall nur von Schwingungen der Luft hererholt, die nach der Höhe und Stärke der Töne mehr oder minder schnell und kräftig erfolgen. Die Membran begleitet mit ihren Vibra- tionen die Luftschwingungen genau in demselben Charakter: dadurch wird indes, den Vibrationen entsprechend, die Ver- führung der Stromübergangsstütze in unzähligen kurzen Augenblicken wechselweise loser und fester, und schließlich muß sich an den Schwingungen die Stärke des Batteriestroms be- teiligten. Sie ist es, die ein am entfernten Orte an die lange Drahtleitung gekuppeltes Hörtelephon zum Mittnen erregt, und dieses kann nur nach dem Charakter der geschwinden Stromveränderungen die an das Mikrofon kommenden Töne, auch Worte, reproduzieren.

Es ist jedoch gar nicht notwendig, daß Mikrofon und Tele- phon mittels ein und derselben Drahtleitung verbunden sind, um Geräusche und Töne zu übertragen, und zwar sieht man das recht hübsch an den „telephonierenden Elektromagneten“. Eine wagerechte Eisenplatte trägt in der Mitte einen vertikal emporragenden, geraden Eisenstab von mäßiger Länge. Der wird von oben bis unten mit einem langen, isolierten Kupfer- draht umwickelt, vielleicht mit 2000 Windungen, und die beiden Enden schraubt man an eine kleine Akkumulatorenbatterie. Sogleich aktiviert deren Strom über die vielen Drahtlagen, die Grundplatte und das obere Ende sind kräftige Magneti- pole geworden. Solcher Geräte braucht man zwei, die gänzlich unabhängig voneinander auf zwei verschiedene Töle stehen. Ein Wagerechte Eisenplatte trägt in der Mitte einen vertikal emporragenden, geraden Eisenstab von mäßiger Länge. Der wird von oben bis unten mit einem langen, isolierten Kupfer- draht umwickelt, vielleicht mit 2000 Windungen, und die beiden Enden schraubt man an eine kleine Akkumulatorenbatterie. Sogleich aktiviert deren Strom über die vielen Drahtlagen, die Grundplatte und das obere Ende sind kräftige Magneti- pole geworden. Solcher Geräte braucht man zwei, die gänzlich unabhängig voneinander auf zwei verschiedene Töle stehen.

Ein Wagerechte Eisenplatte trägt in der Mitte einen vertikal emporragenden, geraden Eisenstab von mäßiger Länge. Der wird von oben bis unten mit einem langen, isolierten Kupfer- draht umwickelt, vielleicht mit 2000 Windungen, und die beiden Enden schraubt man an eine kleine Akkumulatorenbatterie. Sogleich aktiviert deren Strom über die vielen Drahtlagen, die Grundplatte und das obere Ende sind kräftige Magneti- pole geworden. Solcher Geräte braucht man zwei, die gänzlich unabhängig voneinander auf zwei verschiedene Töle stehen.

Für das eine Gerät benötigt man außerdem eine weitere Batterie, vielleicht eine solche, die sonst zum Betrieb elektrischer Klingeln dient. Sie wird mit einer Seite eines Blinds und un- sponnenen, rund 1½ Millimeter dicken Drähten verbunden, das ringsförmig mit 20 Zentimeter innerem Durchmesser an Trag- stangen wgerichtet um die Mitte des einen Elektromagneten hängt und gegen 200 Windungen zählt. Von seinem freien Ende und auch einer Schraube der zugehörigen Batterie reicht eine Hilfsleitung nach einem abgetrennten, verschlossenen Raum außerhalb des Verschlußzimmers, und an deren Ende befestigt man eine gewöhnliche, sanfte Heile, zunächst kein Mikrofon. Den Elektromagneten des zweiten Proberichts umgibt man ebenfalls mit einem freien, ähnlich großen Drahtbündel, das aber über 1000 Windungen besteht. Es wird zu den Schlitzen zweier Hörtelefone verlängert. In dem abgelegenen Raum steht eine Hilfsperson leise an dem bloßen Draht. Wir hören davon nichts, bis wir an jedes Ohr ein Telefon halten: deutlich dringt das kratzende Geräusch der Heilestriche zu und. Anstatt der Heile führt man ein Mikrofon in die Hilfsleitung, unser Hörer pfeift laut und gleichmäßig dahin. Am Ver- schluz ist noch alles still — indes, die Hörtelefone musizieren fein mit. Aber der Elektromagnet mit den Telefonen ist doch um, sagen wir, 1½ Meter von dem andern entfernt; seine Verbindung existiert zwischen beiden, selbst an dem einen empfängt doch nur das lose dicke Drahtbündel den Mikrofonstrom. Also eine wirkliche „drahtlose“ Telephonie im kleinen!

Die richtige Erklärung der Erscheinung ist eigentlich schwerer, als man vermuten könnte, und das um so mehr, da gewisse physikalische Tatsachen sich kaum durch Worte allein erklären lassen. Zunächst haben wir die Ursache der Über- tragung von dem einen auf das andre Gerät im Magnetismus und der Induktion zu suchen. Ein jeder Magnet von Stab- form sendet seine Kraft in Gestalt unsichtbarer Strahlen aus, die aus den Endflächen palmettenartig in die Luft hervorquellen. Man denkt sie sich jedoch in ihrem Existenz unabhängig von der Luft, als Strahlen des Lichts. Weil das eine Ende des Magneten der Süd, das zweite der Nordpol ist, verhalten sich die magnetischen Strahlen, die Kraftlinien, wegen der Wechsel- verschiebung zueinander freundlich. Sie liegen beiderseitig einander liegend, und deshalb die Palmettengestalt. So ist es auch bei unseren geraden Elektromagneten. Manchen Kraftlinien ist an der Freundschaft nicht so viel gelegen, daß sie sich völlig umbiegen, sie wandern lieber nach allen Rich- tungen in den umgebenden Raum hinaus. Man nennt das die Streuung des Magneten. Über die Kraft, die diese Strahlen führen, nimmt sehr rasch ab; doch liegt in unserm Versuch finden sie möglichst nah draußen in der Luft ihren freundlichen fremden Strahlen, nur sind das die des zweiten Elektromagneten. An dem ersten hatten wir ja oben einen Nordpol mit der Wahl der Stromzirkulation erregt, am andern einen Südpol. Die auseinanderlaufenden Kraftlinien beider Stäbe streben durch die Luft einander zu, und damit bestände zwischen beiden Geräten ein, für die Außenwelt freilich unwahrnehmbares, Band.

Es ist indes ein von großer Erfahrung bedrohtes Verhältnis: irgendein Verändern, Verdringen, Zurückweichen der einen Kraftliniengattung erweckt plötzliche Bewegung auch der andern. Und das geschieht, daß sie fortsetzt den Mikrofonstrom in dem Drahtbündel, das den ersten Elektromagneten umhüllt. Das Drahtbündel ruft ebenfalls einen Bereich von Kraftlinien, ein Magnetfeld, hervor, und dieses mag anfangs das des Stamm- magnetfelds lediglich von der Stärke des Mikrofonstroms be- hängt ist, dieser aber bei der Tonaufnahme sehr schwankt, gerät gleichzeitig in Vibrationen und zieht auch das Gefüse des Stammagnetens in Mitbewegung. Nach dem vorhin Er- wähnten werden die Vibrationen der magnetischen Kraft for- gepflanzt zu dem zweiten Elektromagneten, und da äußern sie sich auf Induktion beruhenden Rückwirkungen, Veränderungen

des magnetischen Felds rufen in benachbarten Drahtlinien rasch wechselnde Momentströme hervor, die hier im Takt der übrigen Vibrationen so schnell erfolgen, daß sie die Hörtele- phone zum Zählen bringen. Allerdings verläuft die Sache noch komplizierter, weil unter passenden Umständen die Wirkungen der Stammagneten mit der Erzeugung neuer Momentströme in die Vibration der Magnete günstig eingreifen. Diese und die andre Frage, ob man die Effekte durch Inhibitionnahme der in praktischen Telephonbetrieb gebrauchlichen elektrischen Kondensatoren und Detektoren erhöhen und technisch verwirk- bar machen kann, wollen wir Gegenstand späterer Betrachtungen sein lassen.

Die elektrochemische Fabrikation von Chlorflüssigkeiten. Zu den eigentümlichsten, wegen ihrer vielfachen industriellen Anwendungsmöglichkeit sehr wichtigen Neuerungen elektrischer Energie gehören die chemischen Wirkungen; ein elektrischer Strom vermag in geeigneten Apparaten innerhalb kürzester Flüs- sigkeiten, Salzlösungen sowohl wie in geschmolzenen Massen, Scheidungen der Stoffe und neue Verbindungen zuwege zu bringen. Nicht interessant gestaltet sich die elektrochemische Her- stellung des gewöhnlichen Kochsalzes, weil man damit eine Bereitung von Chlor und Chlorhochsalzen im großen durchführren kann. Unser Kochsalz ist eine chemische Verbindung eines Metalls, des etwa dem Zinn ähnlichen Natrium, mit einem grüngelblichen Gas, dem Chlor. Diese beiden Stoffe trennen sich unter der elektrischen Kraft, gehen jedoch sofort andre Ver- bindungen ein. Man beobachtet das bereits bei ganz einfachen Apparaten, z. B. einem mit Salzwasser gefüllten Glas, in das zwei an irgendwelche Elektroden gelegte Kohlenplatten eintauchen. Bald brausen in der Flüssigkeit Gasbläschen auf, sie trübt sich etwas, und in der Nähe spürt man den charakte- rischen Geruch des Chlors, der dem des Chloralkalis gleicht. Nach einiger Zeit ist die Flüssigkeit so reich an Chlorhochsalzen, die aus dem Kochsalz und Wasser gebildet worden sind, daß schon die bekannte Eigenschaft des Chlors, Barbstoffe zu zer- stören und gewisse Substanzen zu bleichen, deutlich hervortritt. Die harmlose Kochsalzlösung verwandelt sich demnach durch die elektrochemische Behandlung in eine Blechlauge, die für die Reinigungs- und Farbstoffzwecke von Haarstoffen pflanzlicher Herkunft, also Baumwolle, auch Hennelose usw., brauchbar ist. Der Gang chemisch verwandt ist darum das hin und wieder zur Wäsche benützte Eau de Javelle, die Lösung einer Kalichlorchemikalie. Die Natronchlorflüssigkeit dagegen hat man vielfach zu Fabri- kationszwecken auf der oben angegebenen Basis elektrisch in größeren Maßstäben dargestellt, und zwar nach verschiedenen Methoden, um zu geforderten Produkten von Chlorhochsalzen zu gelangen. Der wirkliche Verlauf der elektrolytischen Ver- fügung einer Kochsalzlösung ist allerdings für den Nichtfachmann wenig übersichtlich, da man bald den Grund-, bald den Sekundär- prozess beachten muß. Zuerst spaltet sich das Kochsalz in Chlor und Natrium; das eine erscheint an der Stromentzündung, das andre an der Stromauslaufflage. Natrium als reines Metall kann indes infolge seines Bestrebens, sich mit andern Stoffen weiter zu vereinen, nicht bestehen, es bildet sogleich Natriumoxyd, Natron. Dann beteiligt sich das Wasser selbst an der Her- stellung, es wird in bestimmten Stufen Wasserstoff und Sauer- stoff abgeschieben, die beide mit dem Natron und Chlor die wirk- samsten Chemikalien, Hypochloride, ergeben, die in der behandelten Flüssigkeit gelöst bleiben. Doch Chlor, Sauerstoff und Wasserstoff können auch sich allein zusammenreten zu Chlor- saure, und diese vereinigt sich mit Natron zu Natriumchlorat, einem Salz von ganz andern Eigenschaften. Welche der Chemi- kalien vorwiegend geschlossen werden, ob die Hypochloride oder das Natriumchlorat, hängt von den Manipulationen ab, dem Gehalt der Lösung an Natron, den Temperaturen, Strommengen usw. Sehr viele Erfindungen, die sich auf die elektrochemische Fabrikation solcher Chlorprodukte und Blechlauge bezleben, haben Apparate zum Gegenstand, die für den gewöhnlichen Ver- lauf der Prozesse besonders geeignet sind. Zur Bereitung der Blechlauge verwendet man einen im Grunde gänzlich einfachen Apparat, der in verschiedenen Abänderungen und Verbesserungen existiert und bei dem die Herstellung der Kochsalzlösung kontinuierlich erfolgt. Es ist ein länglicher Behälter aus Stelingut, der durch mehrere Querwände aus saurer- und laugenfestem Material in einzelne Kammer geteilt wird. In die Eingeschlossenen sind Metallplatten als Anoden (Stromentzündungs-) und Kathoden (Stromauslauffpunkte) eingebaut. Die rohe Kochsalzlösung rinnt beständig vom Vorzugsgefäß in die erste Zelle, muß der Reihe nach um die Scheidewände durch die folgenden zirkulieren und läuft aus der letzten Zelle nach der Herstellung als dünne Hypochloridlösung. Bedient man sich jedoch bei den artigen Verfahren und Apparaten eines Kunstmittels, vermag man anstatt der vorhin genannten Chemikalien einfache Chlor- und Sulfatenlösungen zu erhalten, als letztere z. B. Soda-Lösung, eine in der chemischen Industrie vielgebräuchte Flüssig- keit. Um an derartigen Resultaten zu gelangen, muß man so in den Verlauf der Prozesse eingreifen, daß in den Behältern die Lösungen zwar in den Anoden- und Kathodenraum isoliert sind, der arbeitende Strom aber bequem von einer zur andern kommen kann, ohne die Flüssigkeit zu verlassen. Das Kunst- mittel wäre die Einsäufung eines Diaphragmas, das heißt, einer durchlässigen Scheidewand, die infolge ihrer Porosität die Anoden- und Kathodenflüssigkeit wohl miteinander in Be- rührung bringt, sie indes niemals völlig zusammenlaufen läßt. Diese und die übrigen Anforderungen, wonach das Diaphragma kein großes elektrisches Hindernis bieten, dann aber auch den verstörenden Wirkungen standhalten soll, wecken den Scharfsinn des Erfinders, die verschiedensten Materialien und Kombinationen zur Herstellung solcher Diaphragmen zu probieren. Ein neueres, nach dem Umfang der technischen Ausbeutung zu urteilen, jedenfalls recht praktisches Verfahren, das auf der Benutzung künstlicher Scheidewände basiert, ist das von den Amerikanern Hargreaves und Bird erfundene. Es beweist die Fabrikation von Chlor einerseits und gewöhnlicher Soda-Lösung andererseits und ist in einem großen nordamerikanischen Zellulose- und Papierwerk in Anwendung. Jeder Elektrolytapparat ist mittels eines Diaphragmas in zwei Einzelzellen gesiedelt; soviel uns bekannt, bauen Hargreaves und Bird die Scheidewände aus Kobalt, der durch Zusatz von Wasserglasmasse abbindet. Die Anode taucht in Kochsalzlösung, die Kathode, ein Metallstab, be- sitzt eigentlich Sulfatflüssigkeitsraum, sie schmiegt sich dicht an die leere Seite des Diaphragmas. Dieser leitet man in die Kathoden Zelle Wasser dampf und Sauerstoffgas in ununter- brochenem, starkem Strahl. Die elektrolytische Herstellung liefert aus der Kochsalzlösung im Anodenraum Chlor, das Natron der Kathode wird unter der Einwirkung jener Flüsse zu Soda, die in einer besonderen Lauge herabbringt. Zur Elektrolyt- erzeugung dienen in der Hauptanlage Wasserturbinen von 600 Pferdestärken, deren Dynamos einen Strom von mehr als 3000 Ampère bei 120 Volt Spannung durch die Zellen schilden. Jb.

Gingelauense Schriften.

E. Voith, Trennung von Staat und Kirche. München, Gesellschafter des Deutschen Freidenksbundes. Preis 10 Pf.

Der Schulanschluß unserer Achthäufigen. 155 Originalauszüge. Aus dem 6. Jahresbericht des Mädchenschulzums von Frau Dr. phil. Eugenie Schwarzwald in Wien. Mit einem Geleitwort von Dr. Robert Schenck. Zweite vermehrte Auflage. Wien, Verlag von Hugo Heller u. Cie.

Rudolf Goldschmid, Darwin als Lebenselement unserer modernen Kultur. Wien, Verlag von Hugo Heller u. Cie.